E&W

Erziehung & Wissenschaft 09/2017
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

GEW

Jugendgewalt

WILFRIED SCHUBARTH

Foto: privat

Die unsichtbare Gewalt

Ob rechts oder links begründet, islamistisch motiviert oder ohne erkennbaren Hintergrund aus „Spaß“ verübt: Einerseits scheint Jugendgewalt allgegenwärtig zu sein. Andererseits verweisen Statistiken auf sinkende Zahlen. Unsere aktuellen Erkenntnisse zur Gewalt an Schulen* bestätigen einen Rückgang – allerdings nur bei körperlicher Gewalt. Psychische Gewalt wird immer häufiger ausgeübt.

Eine Verlagerung von der physischen zur psychischen – „unsichtbaren“ – Gewalt lässt sich international beobachten. Laut einer im April veröffentlichten PISA-Sonderauswertung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wird jeder sechste 15-Jährige in Deutschland regelmäßig Opfer von Mobbing. Im Vergleich der Industriestaaten ist das Mittelfeld – eine Nachricht, die im Gegensatz zu früheren Studien keinen „PISA-Schock“ auslöste.

„Unsichtbare Gewalt“ umfasst mehreres: erstens neue Formen von Jugendgewalt wie Online-Gewalt oder Hate Speech, zweitens von Lehrkräften ausgeübte Gewalt wie Bloßstellen, Demütigen, unfaire Benotung oder unterlassene Hilfeleistung. Mit letzterer sind Fälle gemeint, in denen Lehrkräfte von Mobbing erfahren und untätig bleiben. In sieben von zehn Fällen, die ihnen zugetragen werden, werden sie unterstützend tätig – in dreien nicht. Ist Schülergewalt also auch eine Folge „unsichtbarer Lehrkräftegewalt“ in Form unterlassener Hilfeleistung?

Oder: Ist eine ausbleibende Intervention von Lehrkräften drittens Ausdruck unsichtbarer Gewaltverhältnisse – der Gewalt seitens der Institution? Bereits in den 1970er-Jahren wurden strukturelle „Schulgewalt“ sowie die Beeinträchtigung der Identitätsbildung von Kindern durch „Lernfabriken“ heftig kritisiert, unter anderem von dem schwedischen Friedensforscher Johan Galtung. Angesichts des immensen Leistungsdrucks, der Kluft zwischen Arm und Reich, der Vielzahl benachteiligter Kinder sowie der Unterausstattung von Schulen ist es an der Zeit, diese unsichtbaren Gewaltverhältnisse wieder transparenter zu machen. Oder was hat sich seit der ersten PISA-Studie im Jahr 2000 an der herkunftsbedingten Benachteiligung von Kindern, an der Personalsituation an Schulen oder an der Lehrkräftebildung wirklich geändert?

Damit sind wir viertens bei der unsichtbaren Gewalt gegenüber Lehrkräften. Lehrkräfte sind nicht nur „Täter“, sondern auch „Opfer“ – nicht nur der Schülerschaft, sondern auch von Eltern, Vorgesetzten und der Behördenbürokratie. Über manch unsichtbare Wunde, die das schlägt, gibt die Krankenstatistik Auskunft. Da Schule fünftens aber bekanntlich nur die Welt um sie herum spiegelt, dürfen auch die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht außer Acht gelassen werden. Damit sind nicht nur in Familien verübte oder medial vermittelte Gewalt gemeint, sondern auch der rasante soziale Wandel. Dieser kann überfordern, Angst auslösen und in Wut und Aggression münden.

Gibt es einen Ausweg aus diesen Gewaltverhältnissen? Eine „gewaltfreie Schule“ klingt nach einer schönen Utopie – Ansätze im Kleinen gibt es durchaus. So hat die Rütli-Schule in Berlin-Neukölln gezeigt, wie aus einer Brennpunktschule mit hohem Gewaltpotenzial eine Vorzeigeeinrichtung werden kann. Das Rezept: eine Schulentwicklung hin zu einer Kultur der Anerkennung und Wertschätzung, Geld, ein professionelles Kollegium und die nötigen Partner. Ob unsere Politik, unsere Hochschulen, unsere Gesellschaft dafür bereit sind? Wenn nicht, gilt: Die unsichtbare kann jederzeit in offene Gewalt umschlagen.

Wilfried Schubarth,
Professor für Erziehungs- und Sozialisationstheorie an der Universität Potsdam

***Wilfried Schubarth: „Gewalt und Mobbing an Schulen“, Bad Heilbrunn 2017**

Inhalt

Gastkommentar
Die unsichtbare Gewalt Seite 2

Impressum Seite 3

Auf einen Blick Seite 4

Prämie des Monats Seite 5

Schwerpunkt: Jugendgewalt
1. Reportage: „Manchmal muss man das machen" Seite 6
2. Plädoyer für Sozialpolitik als beste Prävention: Armut demütigt Seite 10
3. Interview mit Bernd Holthusen: „Prävention muss auf den Einzelfall schauen" Seite 12
4. Interview mit Prof. Joachim Kersten: Sinnentleerte Machtdemonstration Seite 14
5. Den Anfängen wehren: Mit klaren Regeln zur friedlichen Schule Seite 16

Hochschule
Reform der Lehrerbildung in der Diskussion: Die Lehrkraft von morgen Seite 18

Gesellschaftspolitik
1. Bildungsurlaub: Ohne Kinder ins Seminar Seite 20
2. Bayern bremst Asylsozialberatung: Bleibeberatung exklusive Seite 34

Bildungspolitik
1. Bundestagswahl 2017 – Thema Bildung: Was wollen die Parteien? Seite 22
   Ernst Dieter Rossmann, SPD: „Bildungsförderung ganz vorne" Seite 22
   Nicole Gohlke, Linke: „Bessere Hochschul-Grundfinanzierung" Seite 23
   Özcan Mutlu, Grüne: „Kooperationsgebot nötig" Seite 24
   Stefan Kaufmann, CDU/CSU: „Bildungsföderalismus bleibt" Seite 25
2. GEW-Kommentar: Mehr Geld für Bildung Seite 26

Initiative „Bildung. Weiter denken!"
1. Mythen der Steuerpolitik: Entscheidend ist die Schuldenquote Seite 27
2. GEW in Bildung unterwegs: „Unwürdig für reiches Land" Seite 28

Leserdebatte zur Inklusion Seite 30

Fair Childhood – Bildung statt Kinderarbeit
Geldanlagen und Kinderarbeit: Schmutzige Gewinne Seite 35

Jugendhilfe und Sozialarbeit
Personalbedarf in der frühkindlichen Bildung: Erzieherinnen gesucht Seite 38

Marktplatz Seite 39

Recht und Rechtsschutz Seite 40

Weiterbildung
Kompetenz gefragt: Widerstand will gelernt sein Seite 41

Leserforum Seite 42

Diesmal Seite 48

Titel: Werbeagentur Zimmermann

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 69. Jg.

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redakteurin: Helga Haas-Rietschel
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0
Fax 069 78973-202
katja.wenzel@gew.de
www.gew.de
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft
twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel
der 7. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.
Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträger der „Erziehung und Wissenschaft" auch auszugsweise nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann,
Heddernheimer Landstraße 144
60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 01.01.2017,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

Digitalpakt: Hü und Hott

Der„DigitalPakt#D“, mit dem der Bund die digitale Ausstattung der Schulen verbessern will, liegt bis auf weiteres auf Eis. Ein geplantes Treffen mit den Kultusministern der Länder, bei dem es um konkrete Vereinbarungen und Zusagen gehen sollte, sagte Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) Ende Juni kurzfristig ab. Bereits vor zehn Monaten hatte Wanka groß verkündet, die Bundesregierung wolle deutsche Schulen „fit für die digitale Welt“ machen. Für Netzanbindung, Server und Schulcomputer versprach der Bund, für alle 40 000 Schulen insgesamt fünf Milliarden Euro bereitzustellen. Schülerinnen und Schüler sollten digital lernen und arbeiten können. Das Programm ist auf fünf Jahre angelegt und soll 2018 starten. Bislang hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) dafür allerdings noch kein grünes Licht gegeben. Die Kultusminister stellten ihr Eckpunkte-Papier zum DigitalPakt Anfang Juni in Stuttgart auch ohne Wanka vor. Der Bund soll demnach in die digitale Infrastruktur investieren, während sich die Länder um Lehrkräfteausbildung und die pädagogische Umsetzung digitaler Kompetenzen kümmern wollen. Zur Verärgerung ihrer Ministerkollegen in den Ländern ließ Wanka daraufhin mitteilen, die Eckpunkte der Kultusministerkonferenz (KMK) seien nur „vorläufig“. Inzwischen hat KMK-Präsidentin Susanne Eisenmann (CDU) den Streit mit dem Bund etwas entschärft. Sie sei nach einem Telefonat mit der Bundesbildungsministerin Mitte August wieder optimistischer, so Eisenmann gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa), dass der milliardenschwere Pakt für die Schulen noch in diesem Jahr kommt.

Krankenversicherung für Rentner mit Kindern

Seit dem 1. August werden in der Krankenversicherung der Rentner (KVdR) für jedes Kind drei Jahre als Vorversicherungszeit berücksichtigt. Dies gilt für Mütter und Väter, egal, wer die Kinder betreut hat. Das bringt für die Betroffenen unter Umständen eine Ersparnis bei den Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen. Wer bislang nur freiwillig in der KVdR versichert ist, weil er in seiner zweiten Lebenshälfte nicht durchgängig gesetzlich versichert war, sollte bei seiner Krankenkasse klären lassen, ob durch eine Berücksichtigung der Kinder eine ggf. günstigere Pflichtversicherung besteht. Nicht betroffen sind gesetzlich krankenversicherte Beamtinnen und Beamte im Ruhestand. Sie können in der KVdR nicht pflichtversichert werden.

Siebernik und Erdmann im Amt bestätigt

Doreen Siebernik

Tom Erdmann

Fotos: GEW Berlin

Doreen Siebernik und Tom Erdmann sind als Vorsitzende der GEW Berlin Ende Juni bestätigt worden. Die Erzieherin Siebernik erhielt 95 Prozent der Delegiertenstimmen, für den Lehrer Erdmann votierten 81 Prozent. Beide bilden seit 2015 eine Doppelspitze und werden dem Landesverband für weitere drei Jahre vorstehen.

Studis in Nöten

Ein großer Teil der gut 2,8 Millionen Studierenden gerate finanziell immer stärker unter Druck, berichtet das Deutsche Studentenwerk (DSW) in seiner Ende Juni veröffentlichten 21. Sozialerhebung. Als Grund nennt das DSW vor allem massiv steigende Mietkosten und eine weiterhin oft zu niedrige staatliche Hilfe durch die Bundesausbildungsförderung, kurz BAföG. Die durchschnittliche BAföG-Unterstützung habe im Sommersemester 2016 lediglich bei 435 Euro gelegen. Außerdem erhielten zu diesem Zeitpunkt nur 18 Prozent aller Studierenden BAföG. DSW-Präsident Dieter Timmermann sieht hier „dringenden Handlungsbedarf“. Das DSW wies auch darauf hin, dass für das Studium verstärkt Elternhilfe nötig sei. Zudem sei die Jobber-Quote unter den befragten Studierenden innerhalb von vier Jahren um sechs Punkte auf 68 Prozent gestiegen. „Weil die staatliche Studienfinanzierung verkümmert, müssen immer mehr Studierende jobben und deren Eltern immer tiefer in die Tasche greifen“, kommentierte GEW-Vize und Hochschulexperte Andreas Keller diese Entwicklung. Die GEW hat alle politischen Parteien aufgefordert, sofort nach der Bundestagswahl eine BAföG-Erhöhung von mindestens zehn Prozent auf den Weg zu bringen. Das DSW plädiert ebenso wie SPD, Grüne und Linke für einen regelmäßigen Anstieg der Bundesausbildungsförderung. Bildungsministerin Johanna Wanka (CDU) lehnt dies ab und spielt auf Zeit. In der aktuellen Sozialerhebung spiegelten sich ihrer Ansicht nach noch nicht die positiven Folgen der BAföG-Anhebung vom Herbst 2016 auf bis zu 735 Euro wider.

Bildungskongress auf der Buchmesse

Unter dem Titel „Digitale Kompetenz – die Verantwortung von Kita und Schule als professionelle Bildungsorte“ findet am 11. Oktober ein Bildungskongress auf der Frankfurter Buchmesse statt. Er bietet Vorträge, Workshops und Gesprächsstationen u. a. zu folgenden Themen an: „Digitale Bildung in der Kita“, „medienpädagogische Elternarbeit“, „gesundheitliche Aspekte der Mediennutzung“. Der Kongress ist vom Hessischen Landesschulamt als Fortbildung anerkannt. GEW-Mitglieder zahlen eine reduzierte Teilnahmegebühr, die – inklusive Messeeintritt und Mittagsimbiss – 30 Euro (statt 39 Euro) beträgt. Programm und Anmeldung über www.buchmesse.de/bildungskongress. Bitte klicken Sie bei der Online-Anmeldung zuerst auf den orangefarbenen Button „Klicken“, um einen Aktionscode einzugeben. Dort geben Sie bitte den Code BK17PartnerGEW ein und bestätigen mit „Ok“ – der Preis reduziert sich automatisch. Beginnen Sie bitte erst danach mit der Registrierung.

Beitragsanpassung

Nachdem der Gesetzgeber zum 1. Juli 2017 die Rentenwerte erhöht hat, passt auch die GEW die Beiträge für Rentnerinnen und Rentner zum 1. Juli 2017 entsprechend um 3,59 Prozent in den Ost- und um 1,9 Prozent in den West-Landesverbänden der GEW an.

Petra Grundmann, Schatzmeisterin der GEW

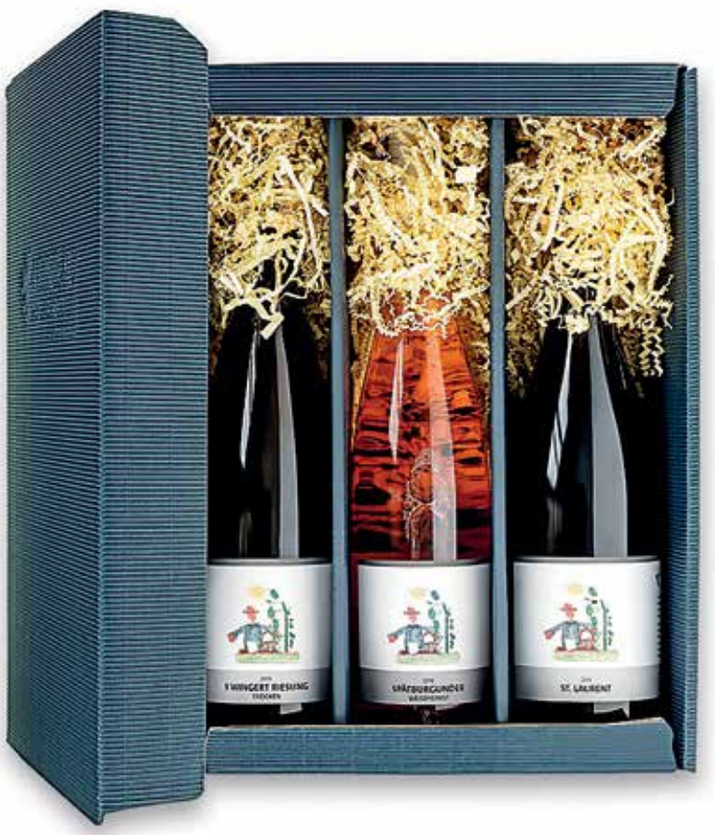
Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie ein Weinset der Lebenshilfe.*

Prämie des Monats September:

Weinset der Lebenshilfe

Drei Bio-Weine aus dem Weinbau der Lebenshilfe. Sozial, ökologisch und qualitätsbewusst. Eine gute Wahl.



Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern
www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!

Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon Fax

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

E&W-Prämie des Monats September 2017/Weinset der Lebenshilfe

„Manchmal muss man das machen“

// Der Streit um ein HSV-Trikot war der Auslöser: Aron war gerade einmal zwölf Jahre alt, als er zum ersten Mal zuschlug. Wer nicht verarscht werden wolle, sagt der junge Hamburger, müsse hin und wieder so handeln. Experten sagen: Konflikte auszutragen, muss gelernt – und damit vermittelt – werden. Auch Schulen sind hier in der Pflicht. //

Es ist früher Abend, als Aron einen Moment lang den Überblick verliert. Man könne ihn nach dem Unterricht in der Nähe seiner Schule treffen, hatte er vorgeschlagen, „ich gehe eigentlich nie vor abends um acht nach Hause“. Und jetzt, nachdem man mit ihm erst durch ein paar Straßen gelaufen ist und dann auf einer Parkbank eine Cola getrunken hat, fallen ihm die anderen, die damals mit dabei gewesen sein sollen, gar nicht mehr alle ein. „Ist schon so lange her“, sagt Aron.

Eine Wohnsiedlung im Hamburger Osten. Sein gesamtes bisheriges Leben hat der 16-jährige Schüler hier verbracht, mehrgeschossige Wohnblöcke erstrecken sich im Schatten überdimensionierter Hochhäuser. „Eigentlich schon schön hier – aber der Stress nervt“, findet Aron, der seinen richtigen Vornamen ebenso wie den Bezirk, in dem er lebt, verschwiegen wissen möchte. Stress wie damals, als ihn eine Gruppe anderer Jungs wegen seiner Schwärmereien für ein Mädchen gehänselt hatte. „Ich hab die erst geschubst“, erinnert sich Aron, „dann hat jemand mein HSV-Trikot zerrissen. Und dann habe ich zurückgeschlagen.“

Zwölf Jahre alt war Aron, als er das erste Mal in seinem Leben Gewalt anwandte. „Manchmal muss man das machen“, erklärt der Junge, und: „Als ich noch klein war, wurde ich immer verarscht. Jetzt weiß ich, dass man selber verarschen muss. Dann geht alles viel besser.“

Jugendgewalt ist kein neues Phänomen. Einer Wellenbewegung ähnlich zieht sich das Thema seit vielen Jahren durch die öffentliche Wahrnehmung. Mal wächst das Interesse wie in den 1990er-Jahren, als immer wieder Jugendgangs Schlagzeilen machten; dann wird es wieder stiller. Auch zurzeit scheint es eher ruhiger zuzugehen in Deutschlands Städten. Oder steht jemand wie Aron doch weiterhin stellvertretend für eine zunehmende Verrohung unter Jugendlichen? Wie so oft ist die Antwort nicht ganz einfach, richtig ist: teils, teils.

Gut 22 600 tatverdächtige Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren weist das Statistische Bundesamt für 2016 aus. Das sind deutlich weniger als im Jahr

Jugendgewalt ist kein neues Phänomen. Zurzeit scheint es eher ruhiger zuzugehen. Oder ist das trügerisch und es gibt doch eine zunehmende Verrohung Jugendlicher in den Städten?

Foto: imago

Foto: Babette Brandenburg

Eine Wohnhaussiedlung im Hamburger Osten. In einer solchen lebt der 16-jährige Aron. Mit zwölf Jahren wurde er zum ersten Mal gewalttätig. Er sagt, dass er hier gelernt habe, dass man „selber verarschen muss“, dann gehe alles besser.

des bisherigen Höchststandes 2007; damals waren es mit gut 46 000 mehr als doppelt so viele. Die Hamburger Polizei bestätigt diese Entwicklung im Grunde. Im Vergleich der vergangenen zehn Jahre verzeichne man „einen sehr deutlichen Rückgang“ der Fallzahlen, teilweise eine Halbierung, erklärt der Landesjugendbeauftragte Reinhold Thiede. Im Bereich der Gewaltkriminalität sank die Zahl der jugendlichen Tatverdächtigen in Hamburg in derselben Zeit um knapp 30 Prozent*. Dennoch hat sich auch einiges zum Schlechteren entwickelt. Hört man sich bei Praktikern um, nehmen gefährliche Körperverletzungen an Hamburger Schulen zu. Und: In einer Zeit, in der schon Grundschüler häufig ein eigenes Smartphone haben, bekommt das Thema Cybermobbing eine immer größere Bedeutung.

Christian Böhm leitet die Beratungsstelle Gewaltprävention bei der Hamburger Schulbehörde. Seit 25 Jahren befasst sich der promovierte Psychologe mit jugendlicher Gewalt. „Wenn man sich das Thema empirisch anschaut“, erklärt Böhm, „dann gehen die Zahlen und damit die Bedeutung in der Gesellschaft insgesamt herunter.“

Wie es an den Hamburger Schulen aussieht, ist mit Blick auf die Empirie schwer zu sagen. Vor zwei Jahren hat die Schulbehörde der Hansestadt ihre Melderichtlinie verändert, welche die Schulen verpflichtet, über Gewaltvorfälle zu berichten. Bis dahin war die Anzahl der gemeldeten Gewaltvorfälle von 500 im Schuljahr 2009/10 auf knapp 1 900 in 2014/15 gestiegen. Die Palette der Meldungen reichte vom einfachen Schubsen bis zur heftigen Schlägerei. Mit Inkrafttreten der neuen Richtlinie sind die Zahlen nicht mehr vergleichbar: Jetzt sind nur noch „gravierende Straftaten“ meldepflichtig – gefährliche Körperverletzungen, Raub und Erpressung, Sexualdelikte sowie Straftaten gegen das Leben.

Keine Zunahme von Gewalt

Zum Hintergrund der geänderten Richtlinie erklärt Böhm: In der Vergangenheit seien „immer mehr einfache Delikte“ abgebildet worden; man habe betroffene Schulen wie Schüler „nicht gleich mit der ersten Kleinigkeit stigmatisieren“ wollen. Die Annahme, aus dem Anstieg der Gesamtzahlen vor der veränderten Meldepflicht lasse sich eine Zunahme der Gewalt an Schulen ablesen, weist der Leiter der behördlichen Präventionsstelle zurück: „Über die Jahre wurden immer mehr auch niedrigschwellige Fälle gemeldet und genauer hingesehen“, so Böhm. Aber, und das ist ihm wichtig: „Bei allen Vorkommnissen kann sich jede Schule weiterhin an die Polizei wenden.“

Im Schuljahr 2015/16, dem ersten mit der neuen Melderichtlinie, meldeten die 400 Hamburger Schulen, an denen insgesamt 240 000 Schülerinnen und Schüler lernen, 202 schwere Gewaltvorfälle. Drei Viertel dieser Fälle stuften die Schulen als gefährliche Körperverletzungen ein. In 95 Fällen bestätigte die Polizei diesen Verdacht später. Noch 2011/12 hatte die Gesamtzahl der von Schulen gemeldeten gefährlichen Körperverletzungen bei 42 gelegen. Den kontinuierlichen Anstieg betrachte man mit Sorge, so Böhm.

Bei den allermeisten der schweren Gewaltvorfälle wurden Jungen als Tatverdächtige benannt. Opfer waren sehr überwiegend andere Schülerinnen und Schüler, aber auch 34 schulische Fachkräfte. Zum Problemfeld Cybermobbing führt die Schulbehörde bislang nur eine interne Statistik. „Aber wir haben da einen erheblichen Zuwachs bekommen, weil die ausübenden Kinder immer jünger werden“, so Böhm. Während in anderen Bereichen die Präventionsarbeit an den Schulen Früchte trage, „brauchen wir beim Cybermobbing verstärkt neue Konzepte“.

Die GEW Hamburg kritisiert die neue Melderichtlinie. Weil jetzt nur noch die vier schweren Kategorien gezählt werden, habe niemand mehr den Überblick, „was insgesamt und tatsächlich auf den Schulhöfen passiert“, erklärt der Personalratsvorsitzende in der Schulbehörde, Roland Kasprzak. Er fordert die Rückkehr zu dem umfassenden alten Meldesystem; ebenso eine bessere Ausstattung mit Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeitern. Kasprzak berichtet außerdem, längst nicht alle Gewaltvorfälle würden gemeldet. Man wisse von Fällen aus jüngerer Vergangenheit, in denen der neue Bogen nicht ausgefüllt wurde, obwohl es tätliche Angriffe gegen Schüler oder auch Lehrkräfte gab.

Zurück in den Hamburger Osten zu Aron. Der erzählt schon die ganze Zeit wie aufgezogen über seinen Alltag. Von den Partys, bei denen Jungs sich um Mädels streiten – und nicht selten auch mit ihnen. Von seiner Ehre, die ihm wichtig sei, „sonst verliert man sei-

Foto: dpa

Gefährliche Körperverletzungen nehmen an Hamburger Schulen zu. Ist die Hansestadt eine Ausnahme unter deutschen Großstädten?

Foto: Babette Brandenburg

„Here is heaven“ steht auf dem Graffito an der Brücke nahe einer Hochhaussiedlung in Hamburg-Billstedt. Ein Ort, an dem sich Jungs wie Aron treffen, für die der „Himmel“ weit weg ist.

nen Ruf“. Von den Eltern, die sich nicht für seine Probleme interessierten und bloß verlangten, dass er funktioniert. „Überall nur Stress“, klagt Aron. Und wenn man von ihm wissen will, welche angenehmen Erlebnisse ihm mit seinen Eltern einfallen, überlegt er eine Weile. „Weiß nicht“, antwortet er dann, „vielleicht, dass meine Mutter nicht so oft geschlagen hat?“ Schon früh im Leben, das wird deutlich, hat er durch beide Elternteile Gewalt erfahren.

„Manche haben zu Hause viel Mist erlebt“, sagt der Sozialpädagoge Marco Fischer, „in deren Familien eskaliert es regelmäßig.“ Und: „Auch in gutbürgerlichen Innenstadtvierteln trifft man auf solche Kinder.“ Die Emotionen der Jugendlichen, die in ihrer Familie Gewalt erfahren haben, kennt Fischer genau: Seit nahezu 15 Jahren arbeitet er bei dem hamburgweit tätigen Verein Nordlicht als Anti-Aggressions-Trainer mit gewalttätigen Jugendlichen. Seine Klienten schicken Schulen oder auch Jugendämter zu ihm. In den Gruppengesprächen mit ihnen macht Sozialpädagoge Fischer immer wieder die Erfahrung: „Wenn es um die Themen Gewalt und Familie geht, werden viele sehr still.“

Wer selbst Gewalt erlebt, übt wiederum mit höherer Wahrscheinlichkeit irgendwann selber welche aus. Bei jüngeren Kindern, „manchmal geht es schon ab acht los“, sagt Fischer, drehe es sich häufig um vermeintliche Ungerechtigkeiten. Diese würden verbal ausfällig, auch gegen Lehrkräfte, beleidigten und beschimpften andere oder würfen in der Klasse Stühle um. „Einige rasten aus und kloppen sich, aber nicht heftig“, so der Sozialpädagoge weiter. Ältere Kinder sowie Jugendliche hätten „meist irgendeine Rechnung offen und prügeln sich mit anderen Jungs“. Der Landesjugendbeauftragte der Polizei, Thiede, beobachtet zudem immer wieder „psychische Auffälligkeiten bis hin zu Gewaltphantasien“. Auch Thiede sieht einen Zusammenhang zu der sozialen Situation, in der diese gewaltbereiten Kinder aufwachsen.

Umgang mit Konflikten

„Ein Stück weit muss unsere Gesellschaft mit Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen aber auch leben können“, sagt Diplom-Sozialpädagoge Urs Erben. Wichtig sei allerdings, „diese jungen Menschen handlungssicher zu machen in der Frage, wie sie in die Austragung von Konflikten gehen“. Das lasse sich üben. Und es wird auch von ihm und seinen Kollegen an Hamburger Schulen vermittelt und eingeübt. Erben ist stellvertretender Leiter beim Hamburger „Institut für konstruktive Konfliktaustragung und Mediation“ (IKM), das seit 20 Jahren Präventionsarbeit leistet.

Dass das Thema Jugendgewalt in der Hansestadt im Augenblick „keine Dramatik“ besitze, wie Erben sagt, sei darin begründet, dass an den Schulen inzwischen mit Konflikten gut umgegangen werde. Das liege auch daran, dass vorausgesetzt wird, dass es zu Problemen kommen kann. Der Umgang mit Ausgrenzung, Konflikten und Gewalt sei „in den vergangenen Jahren konstruktiver geworden“. Viele Lehrkräfte wüssten heute besser Bescheid, wie sie mit auffälligen Kindern umzugehen und im Gewaltfall zu reagieren hätten. Verstärkt auf die Schulen zukommen sieht auch Erben allerdings das Thema Cybermobbing: „Bereits jetzt wenden sich auffallend viele Pädagoginnen und Pädagogen an uns und bitten um Schulungen schon für Drittklässler.“

Aron, der Junge aus dem Hamburger Osten, sagt, irgendwann müsse doch auch mal Schluss sein mit dem ganzen Stress. Später will er KfZ-Mechatroniker lernen, dann natürlich heiraten und eine eigene Familie gründen. Allen soll es dann besser ergehen als ihm bisher. Und bis dahin, in der nächsten Zeit? „Ich muss sehen“, sagt Aron, „ich verstehe einfach noch nicht richtig, wie das Leben funktioniert.“

Peter Brandhorst,
freier Journalist

***Das Hamburger Jugendlagebild 2016 ist zu finden unter: www.polizei.hamburg/jugendlagebild/. Unterschieden wird hier – wie in allen polizeilichen Statistiken – zwischen Jugendkriminalität und Jugendgewalt. Erstere meint kriminelle bzw. rechtliche Grenzen überschreitende Handlungen insgesamt; etwa auch Diebstahl oder Schwarzfahren. Jugendgewalt ist somit ein Ausschnitt der Jugendkriminalität. Einen guten Überblick über das Thema bietet die Website der Bundeszentrale für politische Bildung: www.bpb.de/politik/innenpolitik/gangsterlaeufer/203562/zahlen-und-fakten.**

Armut demütigt

// Ungleiche Verteilung materieller Ressourcen, Ausgrenzung und Isolation sind Faktoren, die in der Debatte über gewalttätige Jugendliche mit betrachtet werden müssen. Der Politikwissenschaftler Prof. Christoph Butterwegge plädiert für eine nicht neue, aber immer noch gültige Maxime: Sozialpolitik ist die beste Prävention. //

Gewalt ist kein „Jugend"-Phänomen – sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem, das mit Armut und Reichtum, wirtschaftlicher Ausbeutung und sozialer Ausgrenzung zu tun hat. Dies gilt mit Blick auf die Ausübenden ebenso wie für jene, die sie trifft: Täter wie Opfer sind häufig Angehörige ethnischer, religiöser und sozialer Minderheiten mit ähnlichen soziodemografischen Merkmalen.

Obwohl Armut seit etwa einem Vierteljahrhundert primär Heranwachsende trifft, wird das Thema Jugendarmut in Fachwissenschaft, Politik und Öffentlichkeit immer noch stiefmütterlich behandelt. Entweder sie wird nicht wahrgenommen, weil das Armutsbild von Not und Elend in der sogenannten Dritten Welt geprägt ist. Oder der – manchmal geradezu voyeuristische – Blick richtet sich lediglich auf (Klein-)Kinder. Diese, so die Logik dahinter, seien Prototypen „würdiger" Armer; schließlich könnten sie für ihre Misere nicht selbst verantwortlich gemacht werden.

Laut Erkenntnissen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung waren 2015 rund 2,55 Millionen der Heranwachsenden in Deutschland, die jünger als 18 Jahre alt sind, arm – mit 19,7 Prozent nahezu jeder und jede Fünfte*. In einem reichen Land wie Deutschland bedeutet Armut nicht nur, wenig Geld zu haben, sondern den Ausschluss von einer diskriminierenden Ungleichverteilung materieller Ressourcen.

Foto: imago

Kinder und Jugendliche in armen Familien sind persönlicher Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten beraubt, sozial benachteiligt und mit Blick auf Bildung, Kultur und Wohnumfeld unterversorgt. Armut wirkt deprimierend und demoralisierend.

Kinder und Jugendliche in armen Familien sind persönlicher Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten beraubt, sozial benachteiligt und in Hinblick auf Bildung und Kultur, Wohlergehen und Gesundheit, Wohnen und Wohnumfeld, Freizeit und Konsum unterversorgt. Ihre Armut führt dazu, dass sie mit weit höherer Wahrscheinlichkeit niedrige Schulabschlüsse erreichen und im Umgang mit Sprache und Lesestoff weniger geübt sind als Gleichaltrige, die im Wohlstand leben. Auch ihre Scheu vor kulturellen Angeboten – Theater oder Museen zum Beispiel – ist größer.

Hinzu kommt: Junge Menschen sind massivem Druck ihrer Peergroup ausgeliefert, durch Markenkleidung und immer neue, hochwertige Konsumgüter wie Tablets oder Smartphones „mithalten" zu können. Armut ist für sie noch beschämender als für Mitglieder anderer Altersgruppen; und sie führt zu sozialer Isolation. In einer Lebensphase, die für das Selbstbewusstsein von entscheidender Bedeutung ist – der Adoleszenz – wirkt Armut demütigend, deprimierend und demoralisierend.

In einer Zeit, in der gesellschaftliche Rahmenbedingungen, (geringe) materielle Ressourcen der Familie und (fehlende) Aufstiegsmöglichkeiten maßgeblich darüber mitentscheiden, ob junge Menschen aggressiv, gewalttätig und straffällig werden oder nicht, gilt eine mehr als 150 Jahre alte Maxime weiterhin: Die beste Kriminalpolitik ist eine gute Sozialpolitik. So hatte es bereits im späten 19. Jahrhundert der Strafrechtler Franz von Liszt formuliert.

Schule und Jugendhilfe können, wenn auch nur in beschränktem Maße, ebenfalls dazu beitragen, befriedigende Lebensverhältnisse und ein Höchstmaß an Chancengleichheit zwischen Jugendlichen unterschiedlicher sozialer wie ethnischer Herkunft zu schaffen. Denn: Wer in jungen Jahren sozial deklassiert und ausgegrenzt wird, vermag kulturelle und Bildungsprozesse womöglich sein Leben lang nicht im Sinne seiner persönlichen Emanzipation zu nutzen.

Christoph Butterwegge,
Professor für Politikwissenschaft, em., Universität Köln

***Der WSI-Berechnung liegt die offizielle Armuts(risiko)schwelle der Europäischen Union von 60 Prozent des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens des Haushalts bzw. der Familie zugrunde. Weitere Informationen: www.boeckler.de/pdf/wsi_vm_kinderarmut_2015.pdf**

Aktuelle Veröffentlichung: „Armut. Basiswissen Politik – Geschichte – Gesellschaft – Ökonomie", PapyRossa Verlag, Köln 2016

Jetzt wechseln und mitfeiern!

[1] Voraussetzung: Bezügekonto mit Online-Überweisungen; Genossenschaftsanteil von 15,– Euro/Mitglied.
[2] Für GEW-Mitglieder, Voraussetzung: Eröffnung Bezügekonto, Genossenschaftsanteil von 15,– Euro/Mitglied.
[3] Nur Hauptkarte, Voraussetzung: GEW-Mitgliedschaft; alternativ auch Mastercard® Classic mit gleichen Leistungen möglich.

Unglaublich: Das kostenlose Bezügekonto[1] der BBBank feiert seinen 10. Geburtstag!

Während andere Banken ihre Gebühren erhöhen, bieten wir unseren Kunden Kontoführung zum Nulltarif[1] inkl. BankCard und Depot! Wenn Sie jetzt zum Bezügekonto der BBBank wechseln, können Sie an über 3.000 Geldautomaten kostenlos Geld abheben. Hätten Sie es gedacht? Der Online-Kontowechsel dauert für Sie nicht länger als 8 Minuten.

Gewinnen Sie einen von 10 Event-Gutscheinen im Wert von je 500,– Euro und feiern Sie mit!

Exklusive GEW-Vorteile:

- **50,– Euro Startguthaben[2]**
- **Kostenfreie Kreditkarte VISA ClassicCard[3] zum Bezügekonto**

Jetzt informieren:

In Ihrer Filiale vor Ort, unter Tel. 0 800/40 60 40 190 (kostenfrei)
oder www.bbbank.de/gew

Mehr dazu unter www.bbbank.de/gew

GEW Vorteile für GEW-Mitglieder!

BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

„Prävention muss auf den Einzelfall schauen“

// Laut Statistik werden immer weniger Jugendliche gewalttätig. Politikwissenschaftler Bernd Holthusen, Experte beim Deutschen Jugendinstitut (DJI), führt das auf langjährige Präventionsarbeit zurück. Eine Gesellschaft ohne Jugendgewalt hält er allerdings für eine Illusion: Während des Aufwachsens sei es „normal“, Grenzen zu testen und auch schon einmal gegen Gesetze zu verstoßen. //

Foto: David Ausserhofer

Der Politikwissenschaftler Bernd Holthusen leitet die Fachgruppe „Angebote und Adressaten der Kinder- und Jugendhilfe“ beim Deutschen Jugendinstitut (DJI) in München. Zu seinen Schwerpunkten gehören Delinquenz im Kindes- und Jugendalter, Präventionsstrategien und junge Geflüchtete.

E&W: Häufig stimmt die Statistik mit dem subjektiven Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger nicht überein, auch bei der Jugendgewalt nicht. Woran liegt das?

Bernd Holthusen: Tatsächlich ist das Risiko, Opfer von Gewalt zu werden, in den vergangenen Jahren nicht gestiegen, das subjektive Bedrohungsgefühl hingegen schon. Ein Grund dafür ist, dass Medien über besonders schwere Gewalttaten häufig berichten, auch unter Zuhilfenahme der Bilder von Überwachungskameras. So rücken brutale Taten nah an den Einzelnen heran. Was die Jugendgewalt angeht, gilt zudem: Das Risiko, als Erwachsener Opfer zu werden, ist sehr gering. Meist trifft es Jugendliche gleichen Alters und Geschlechts.

E&W: Was sagt die Statistik zur Jugendgewalt?

Holthusen: Im Hellfeld, also in der Polizeilichen Kriminalstatistik, hat die Jugendgewalt seit den 1990er-Jahren erheblich abgenommen. Außerdem gibt es Dunkelfelduntersuchungen, etwa Schülerbefragungen. Die sind zwar nicht für das gesamte Bundesgebiet repräsentativ; eine rückläufige Tendenz zeichnet sich aber auch dort ab. Es spricht viel dafür, dass die Präventionsarbeit der vergangenen 25 Jahre gewirkt hat.

E&W: Wie hat sich die Gewalt an Schulen entwickelt?

Holthusen: Laut Statistik der Bundesunfallkassen, die sogenannte Raufunfälle an Schulen erfasst, bei denen Schüler verletzt und ärztlich behandelt werden, geht diese ebenfalls zurück.

E&W: Heißt das, es gibt keinen Grund mehr zur Sorge?

Holthusen: Nein, das heißt es nicht. Die Prävention muss fortgesetzt werden: Jedes Opfer ist eins zu viel. Aber es ist auch „normal“, dass Jugendliche in der Adoleszenz-Phase hin und wieder Grenzen austesten. Der Ladendiebstahl als eine Art Mutprobe ist typisch dafür, ebenso Raufereien unter jungen Männern. Wenn Jugendliche in der Gruppe unterwegs und alkoholisiert sind, kann eine Situation schnell eskalieren. So kommt es zu ungeplanten, spontanen Gewalttaten.

E&W: Heißt „normal“: Es ist nicht so schlimm?

Holthusen: Das wäre zu einfach ausgedrückt. Aber Jugendliche stehen nicht gleich am Beginn einer kriminellen Karriere, wenn sie Kaugummis klauen oder in Streit geraten. Problematisch wird es, wenn schwere Delikte sich häufen. Die Polizei spricht dann von Mehrfach- oder Intensivtätern; pädagogisch reden wir lieber von mehrfach auffälligen und belasteten Jugendlichen. Bei diesen jungen Menschen geht es nicht nur um Straffälligkeit. Sie haben in der Regel viele andere Probleme, etwa im sozialen Umfeld oder in der Familie.

E&W: Wie groß ist die Gruppe dieser Intensivtäter?

Holthusen: Unter jenen Jugendlichen, die im Laufe ihres Heranwachsens straffällig werden, gehören etwa fünf Prozent zu diesem Spektrum. Diese relativ kleine Gruppe begeht etwa die Hälfte aller Straftaten im Bereich der Jugenddelinquenz. Das ist eine große Herausforderung für alle beteiligten Institutionen.

E&W: Bei Jugendgewalt denkt man zuerst an junge Männer. Welchen Anteil haben Frauen?

Holthusen: Lange Zeit waren lediglich zehn Prozent der Täter weiblich. Inzwischen steigt die Anzahl der Mädchen und jungen Frauen, wenn auch nur sehr leicht. Weibliche Jugendliche werden am ehesten zwischen 14 und 18 Jahren straffällig, junge Männer zwischen 18 und 21.

E&W: Werden Täter auch Opfer und Opfer zu Tätern?

Holthusen: Ja. Jugendliche, die Gewalttaten begehen, werden häufig auch Opfer und umgekehrt. Wenn wir uns den Verlauf der einzelnen Gewalttaten anschauen, ist gerade zu Beginn oft gar nicht klar, wer Täter und wer Opfer ist. Das entwickelt sich meist spontan. Das heißt allerdings nicht, dass jedes Opfer automatisch zum Täter wird.

E&W: In der Wissenschaft ist der Zusammenhang zwischen Gewalterfahrung und -ausübung mehrfach belegt.

Holthusen: Ja, viele Täter haben selbst Gewalt erlebt. Trotzdem darf man das nicht generalisieren. Wenn Prävention erfolgreich sein soll, muss sie auf den Einzelfall schauen.

E&W: Welche sind dann die Ursachen von Jugendgewalt?

Holthusen: „Die" Jugendgewalt gibt es ebenso wenig wie „den" Gewalttäter. Wir sehen sehr unterschiedliche Tätertypen, die in sehr unterschiedlichen Konstellationen straffällig werden. Natürlich lassen sich Muster erkennen – etwa Gewalterfahrung in der eigenen Familie oder dass Jugendliche nicht gelernt haben, Konflikte friedlich zu lösen. Dann haben sie ein höheres Risiko, selbst gewalttätig zu werden.

E&W: Ist das die Hauptursache?

Holthusen: Gewalterfahrung in der Kindheit und Jugend greift als Erklärung längst nicht bei allen. Die Sache ist komplexer. Nehmen wir den G20-Gipfel in Hamburg, der von Ausschreitungen begleitet war: Dort ging es eher um politisch motivierte Gewalt. Andere Muster erleben wir bei Hooligans. Wieder ganz anders ist es bei jungen Geflüchteten, die häufig in großen Einrichtungen auf sehr engem Raum ohne Privatsphäre zusammenleben; da sind Konflikte programmiert. Sicher haben viele Geflüchtete im Herkunftsland oder auf der Flucht Gewalterfahrung gemacht – aber das allein muss nicht den Ausschlag für Delinquenz geben. Es ist immer ein Zusammenspiel sehr unterschiedlicher Faktoren.

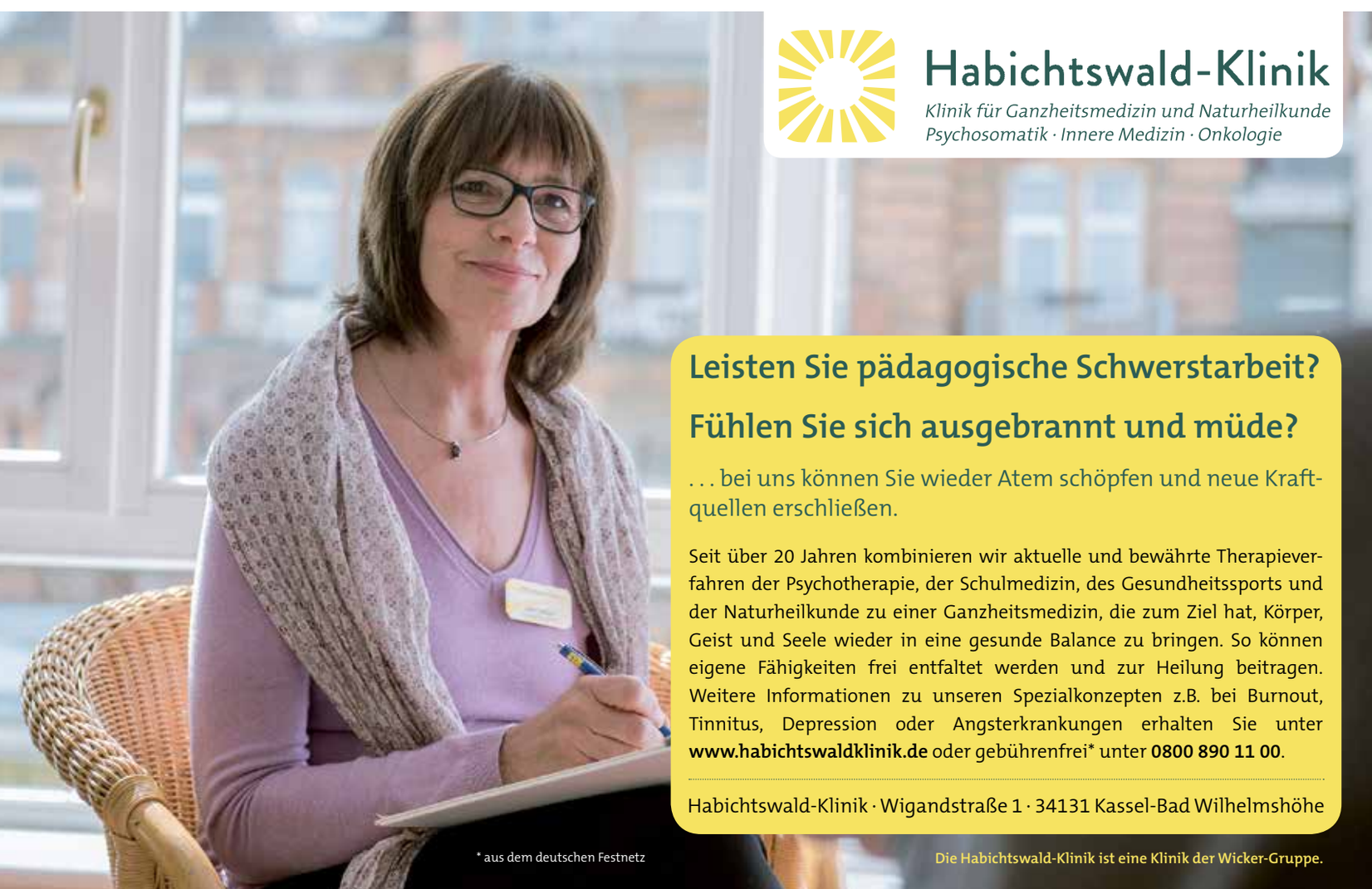
E&W: Was bedeutet das für die Prävention?

Holthusen: Erfolg haben kann nur ein differenziertes, zielgruppenspezifisches Vorgehen ohne pauschale Zuschreibungen. So sollte es bei der Präventionsarbeit mit männlichen Jugendlichen zum Beispiel um problematische Rollenbilder gehen. Bei der Arbeit mit jungen Geflüchteten müssen wir außerdem daran arbeiten, dass die Lage in den Unterkünften ein jugendgerechtes Aufwachsen überhaupt ermöglicht.

E&W: Was können Schulen tun, um Jugendgewalt zu verhindern?

Holthusen: Sehr viel – und sie tun auch viel. Allerdings reicht es nicht, ab und zu ein Anti-Aggressions-Projekt anzubieten. Gewaltprävention muss fester Bestandteil der Schulentwicklung sein. Sonst wirkt sie nicht nachhaltig.

Interview: Katja Irle,
freie Journalistin



Sinnentleerte Machtdemonstration

// Starke Jungs – inwieweit hängen Geschlecht und Gewalt zusammen? Und wann schlägt männlicher Habitus in Aggression um? Der Jugendgewaltforscher Prof. Joachim Kersten warnt vor problematischen Zuschreibungen. //

E&W: Beunruhigt Sie das Thema Jugendgewalt?

Joachim Kersten: Es hat mich als Forscher über Jahrzehnte beschäftigt, aber nicht beunruhigt. Allerdings war Jugendgewalt bisher rückläufig. Jetzt steigt sie wieder an, aber wohl stärker in der Wahrnehmung eines Teils einer ohnehin verunsicherten Bevölkerung als in der Polizeistatistik.

E&W: Warum?

Kersten: Weil wir in Deutschland eine Million Neuankömmlinge haben, unter ihnen ein Großteil junger Männer im Alter zwischen 15 und 25 Jahren – einer Altersphase, in der Jugendgewalt nun einmal stattfindet. Wenn eine so große Gruppe hierher flüchtet, kann es daher auch zu einem Anstieg von Gewalt kommen.

E&W: Heißt das: Jugend- ist gleich Jungengewalt?

Kersten: Klar, das Geschlecht spielt eine Rolle. Einen größeren Einfluss hat allerdings die prekäre soziale und wirtschaftliche Lage. Da sieht es bei vielen Heranwachsenden mit Migrations- oder Fluchthintergrund in der Tat nicht rosig aus, wenn sie nach Europa kommen.

E&W: Machismo, Männlichkeitswahn seien gewaltauslösende Faktoren, heißt es. Stimmt das?

Kersten: Solche Zuschreibungen – die zum Teil aus der feministischen Ecke stammen – halte ich für problematisch. Nur weil junge Männer „südländisch" aussehen, sind sie nicht gleich Machos und als solche gewalttätig. Was man wissen sollte: Hinter einem bestimmten Männlichkeitsgebaren stecken historisch oft andere soziokulturelle Traditionen.

E&W: Gekränkte Ehre, verletzte Männlichkeit verursachen kein Gewalthandeln?

Kersten: Das kann man so nicht sagen. In schwierigen familiären Verhältnissen, in denen es Gewalt gibt, kann Familienehre durchaus zu einer sehr grimmigen Angelegenheit werden. Das sind jedoch Einzelfälle. Historisch betrachtet ist es so: Für Männer in früheren patriarchalen Gesellschaften waren die Verteidigung des Territoriums, nicht zuletzt die Versorgung sowie der Schutz der Familien, überlebenswichtig. In einer demokratischen Gesellschaft ist diese Einstellung obsolet und sinnentleert. Trotzdem wird sie heute von einigen jungen Männern vehement reklamiert. Sie verteidigen ihr „Terrain", notfalls mit Fäusten, selbst wenn es nur das Wohngebiet ist. Auf diese Weise grenzen sie sich gegenüber allem ab, was nicht ihren tradierten Vorstellungen von Männlichkeit und Geschlechterverhältnis entspricht. Sie wollen zeigen, dass sie sich zumindest als „Mann" Respekt verschaffen können. Ein Gehabe, mit dem Schwulenhass, Frauenverachtung, Fremdenhass durchaus einhergehen können. Äußere Symbole, wie bestimmte Kleidung zu tragen, spezielle Autos oder Motorräder zu fahren, sind wichtige Elemente dieser sinnentleerten Machtdemonstration. Junge Heranwachsende machen das aber nicht, weil sie zu blöd sind, sondern, weil sie oft über keine anderen Ressourcen verfügen, männliche Identität wirkungsvoll darzustellen.

Übrigens gibt es auch Mädchengruppen, die – in vergleichbarer sozialer Situation – bisweilen eine überbetonte, aggressive Weiblichkeit demonstrieren.

E&W: Aggressive Männlichkeit, die aus dem Ruder läuft, gibt es nicht nur in den Cliquen junger Migranten und Geflüchteter!

Foto: Jakob Kersten/zplusz

Joachim Kersten hat eine Forschungsprofessur an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster, lehrte an den Universitäten in Melbourne, Tokio und Maastricht sowie an der Northwestern University/USA. Er ist Autor zahlreicher Publikationen zum Thema Jugendgewalt.

Kersten: Ja, die Vorfälle beim Hamburger G20-Gipfel sind genauso wie die Ereignisse in Köln Silvester 2015/16 Ausdruck einer aus dem Normen- und Regelgefüge geratenen Männlichkeit. Sie unterscheiden sich jedoch sehr stark. Auf der Kölner Domplatte herrschte ein sich am Übergriff berauschendes Gemeinschaftserlebnis vor. Ein sogenanntes „Antanzen“ artete plötzlich in eine Bedrohung wehrloser Opfer aus und erzeugte ein situativ entstandenes Gefühl der Überlegenheit. Die Angreifer wollten in aller Öffentlichkeit dem „dekadenten“ Westen schaden. Beim G20-Gipfel hingegen fand eine geplante Gewaltaktion statt. Aus ganz Europa reisten – dem Verhalten von Hooligans nicht unähnlich – gewaltbereite Autonome an, um Rabatz zu machen. Und man darf bei den Ausschreitungen in Hamburg nicht vergessen, dass das polizeiliche Verhalten zur Gewalt-Eskalation beitrug.

E&W: Was ist mit der brutalen Militanz junger Neonazis?

Kersten: Genausowenig wie junge gewaltbereite Autonome sind Neonazis oder Hooligans berechtigt, andere Menschen anzugreifen und herumzumarodieren; letztere sind besonders grob, laut und brutal. Insgesamt gilt: Gewalt ist von keiner Seite politisch zu legitimieren.

E&W: Welche Rolle spielt die Straße bei gewalttätigen Auseinandersetzungen?

Kersten: Das hat man in den USA zum Beispiel sehr genau untersucht. Ethnographische Studien haben gezeigt, dass in vernachlässigten Wohnbezirken, meist in Slums, unter den Jugendgangs ein anderes Wertesystem als in der übrigen Gesellschaft gilt. Notgedrungen müssen sich alle Bewohner des Quartiers den Gang-Normen fügen, um keinen Schaden zu nehmen. Jugendbanden entwickeln – das hat der Soziologe Elijah Anderson nachgewiesen – eine eigene Hierarchie; ihre Bosse bestimmen den „Code of the Street“. Gang-Mitglieder drücken ihre „Macht“ körperlich, durch Drohgebärden und das Tragen von Waffen aus.

E&W: Trifft das auch auf die deutsche Gesellschaft zu?

Kersten: Nicht in dem Ausmaß wie in den USA oder in Mexiko. Aber es gibt auch bei uns in bestimmten Quartieren Clans, etwa in Berlin-Neukölln, die die Nachbarschaft mit ihrem aggressiven oder bedrohlichen Verhalten verunsichern.

E&W: Übernimmt die Straße in diesen Fällen die Sozialisation?

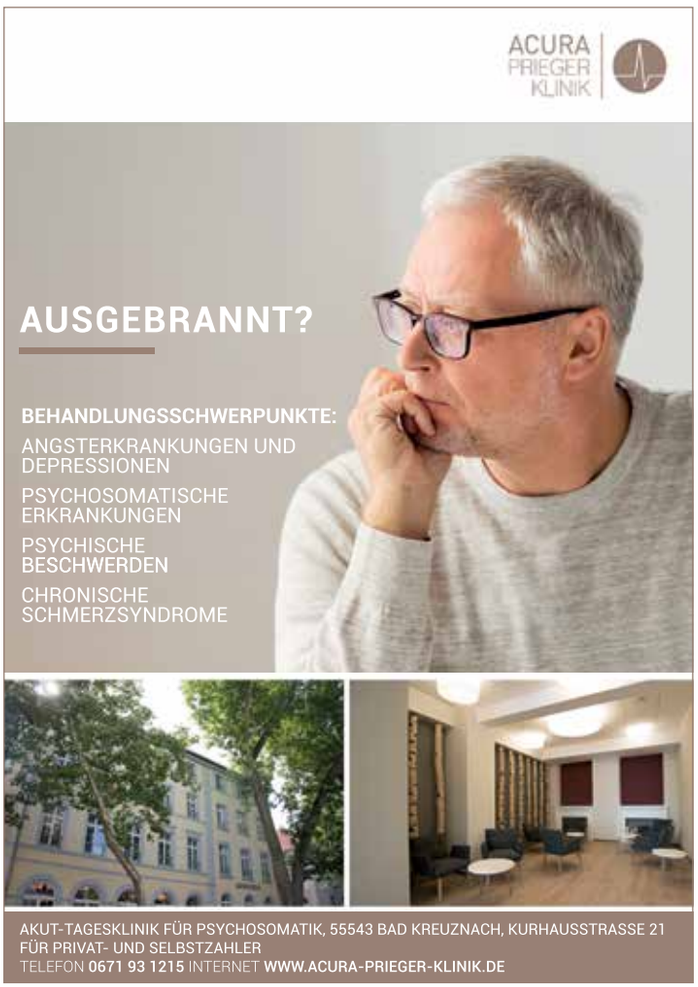
Kersten: Die jungen Männer lieben ihre Familie, sind gehorsame Söhne, die zum Sonntagessen kommen. Doch das, was sich auf der Straße abspielt, hat für sie ein anderes Gewicht. Das Zugehörigkeitsgefühl, das entsteht, indem man das Wertesystem der Straße mitvertritt – wo man sich in der Nähe einer machtvollen und unangreifbaren Gemeinschaft von Außenseitern bewegt –, schafft einen Zusammenhalt, der ebenso stark sein kann wie familiäre Bindungen. Deswegen kommt Sozialarbeit durch Ermahnungen, Sport- oder Freizeitprogramme nur schwer an diese 13- bis 18-Jährigen ran.

E&W: Das klingt, als ob man Gewalt nicht vorbeugen könnte.

Kersten: Doch – wenn man bereits in den Kitas, spätestens aber in der Grundschule beginnt, über gewisse Rituale sowohl ein Gemeinschafts- als auch ein Schamgefühl zu entwickeln. Wenn ich lerne, für mein negatives Verhalten in der Gruppe Scham zu ertragen, ohne dass mein Selbstwert gefährdet ist, muss ich Fehlverhalten nicht mehr verdrängen, auch nicht durch mehr Gewalt. Doch das Einüben von Scham kommt mir in den Bildungsinstitutionen generell zu kurz.

Interview: Helga Haas-Rietschel, E&W-Redakteurin

Website des Autors mit weiterführenden Informationen: www.dhpol.de/de/hochschule/Departments/kersten.php



Mit klaren Regeln zur friedlichen Schule

// **Selbst wenn sich gewaltsame Konflikte nicht ganz vermeiden lassen: Schulen, die mit einem Leitbild und einer konsistenten Strategie den Anfängen wehren, haben es leichter. Dazu gehören auch feste Zeiten für soziales Lernen.** //

Foto: Kay Herschelmann

Der Lehrer und Sprecher der Jungen GEW, Ryan Plocher, macht in seinen Klassen unumwunden klar: „Wir akzeptieren an unserer Schule keine Gewalt."

Manchmal halten es die Schülerinnen und Schüler für einen Scherz: Ist doch witzig, einen Klassenkameraden zur Begrüßung beim High Five mit einer in der Hand verborgenen Pinnadel zu stechen. „Nein, Kids", sagt Lehrer Ryan Plocher dann entschieden. „Das ist kein Streich, sondern Gewalt. Und die akzeptieren wir an unserer Schule nicht." Die Schulregel ist unstrittig: „Wir verletzen uns nicht, auch nicht im Scherz. Wir gehen respektvoll miteinander um", so Plocher. Die Konsequenz für die Nadelstich-Vorfälle ist an der Berliner Fritz-Karsen-Schule in einem klaren Verfahren geregelt: ab zur Schulleitung, dann zum medizinischen Check. Infektionsgefahr.

Seit drei Jahren arbeitet Ryan Plocher an der Fritz-Karsen-Schule im Süden des Bezirks Neukölln (siehe auch Seite 28 f.). Für den 32-Jährigen – der auch einer der Sprecher der Jungen GEW Berlin ist – ist ein konsequenter Umgang mit jeder Form von Gewalt Pflicht. Gerade hier, wo manche Schüler erleben, dass in Familie und Nachbarschaft Konflikte mit Gewalt gelöst werden, sollen sie in der Schule erfahren, dass es anders geht: respektvoll, friedlich, verbal; egal ob es Streit auf WhatsApp gibt oder einen Tritt gegen das Schienbein. Wie, üben Plocher und seine Kollegen mit den Schülern systematisch ein. In Kommunikationstrainings trainieren sie Regeln der Gruppendiskussion: ausreden lassen, alle einbeziehen, wertschätzend nachfragen. In Sozialtrainings für jede Klassenstufe, entwickelt von den Schulsozialpädagogen, werden vier Stunden im Monat in Rollenspielen oder Gesprächsrunden altersspezifische Themen reflektiert. Im wöchentlichen Klassenrat üben sie, selbstorganisiert Entscheidungen zu treffen und Konflikte zu lösen.

Ruhig bleiben

Wenn es trotzdem zu gewaltsamen Konflikten kommt, weiß Plocher, wie er reagieren muss: ruhig bleiben, die Kontrahenten trennen, sie ihre Perspektiven auf den Streit aufschreiben lassen, anhören, austauschen, Konsequenzen besprechen. Sicher, manchmal ist es schwierig, im Eifer des Konflikts souverän die Kontrolle zu behalten. Und manchmal ist es besser, einen aufgebrachten Schüler zum Gespräch zu den Sozialpädagogen im Erdgeschoss zu schicken. Ein- bis zweimal im Monat passiert das. Bei Schlägereien muss Plocher den Direktor informieren und eine Gewaltmeldung machen. Plocher: „Entscheidend ist: Wir Kolleginnen und Kollegen arbeiten in der Prävention und im Umgang mit Gewaltvorfällen eng zusammen und werden von der Schulleitung gut unterstützt."

Gewalt an der Schule gehört zum Alltag von Lehrkräften. Zwar sind laut Polizeistatistik Gewaltvorfälle leicht rückläufig, ein Grund für Entwarnung ist das nicht. „Es wird immer noch zu wenig für die Prävention getan. Ein Teil der Schulen reagiert erst, wenn ein akutes Problem auftritt", kritisiert der Berliner Schulpsychologe Klaus Seifried.

Immerhin: Schulen sind sensibler geworden. Galt es vor zehn Jahren noch als Makel, einen Gewaltvorfall zu mel-

Foto: dpa

Gewalt an der Schule gehört zum Alltag von Lehrkräften. Selbst wenn laut Polizeistatistik Gewaltvorfälle leicht rückläufig sind, gibt es keinen Grund für Entwarnung.

Bundesweiter Wegweiser zu Gewaltpräventionsprogrammen:
www.gruene-liste-praevention.de

Schulpsychologische Beratungsstellen, Informationen zur Gewaltprävention von Classroom Management bis zur Umsetzung von sozialem Lernen:
www.schulpsychologie.de

Materialien zur Gewaltprävention und Links zu Mobbing, psychischen Auffälligkeiten in der Schule und Krisennachsorge. Gute Praxistipps!
www.kompetenzzentrum-schulpsychologie-bw.de

den, sei das heute Standard, so Seifried. Auch suchen sie im Konfliktfall eher Hilfe bei Schulpsychologischen Beratungsstellen als früher. Und eine wachsende Zahl von Schulen pickt sich aus dem Strauß der Präventionsangebote von öffentlichen Einrichtungen, Vereinen und privaten Anbietern Maßnahmen heraus – Antigewalttrainings, Streitschlichterprogramme oder Präventionsworkshops. „Doch Einzelmaßnahmen reichen nicht“, sagt Albrecht Lüter, Leiter der Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention in Berlin. „Schulen brauchen eine konsistente Strategie, die auf ihre Probleme und den Sozialraum vor Ort abgestimmt ist.“ Eine Vergleichsstudie seiner Arbeitsstelle bestätigt: Schulen, die Gewaltprävention und Krisenintervention systematisch verankern, haben niedrigere Gewaltquoten, als jene, die auf Einzelmaßnahmen setzen*.

Klarheit schaffen

Lüter empfiehlt erstens: Die Schulleitung müsse deutlich signalisieren, dass das Thema wichtig ist und die Kolleginnen und Kollegen unterstützt werden. Zweitens: Die Einrichtung eines Präventions- und Krisenteams – Lehrkräfte, Schulleitung, Hausmeister –, das sich bereits im Vorfeld überlege, wie sich Gewalt verhindern lässt. Wo gibt es Konfliktherde? Was kann man dagegen tun? Kommt es zu Gewalt, ist dieses Team zuständig für die Ursachenanalyse: Was sind die Hintergründe? Wo hakt es, dass es dazu kommen konnte? Was lässt sich verbessern? Drittens: Die Entwicklung von Schulregeln, die in einem Leitbild zusammengefasst und konsistent eingehalten werden müssten, „Classroom Management“ nennen das Experten: Was ist erlaubt, was nicht? Mit welchen Schritten wird auf Gewalt reagiert, wer ist im Krisenfall für was zuständig? Auf dieser Basis, sagt Lüter, könne eine Schule ein Präventionskonzept mit altersgerecht gestuften Maßnahmen entwickeln und „langsam auf alle Jahrgänge ausrollen“. Das Ziel: „Sozialkompetenz und kooperatives Lernen einüben und ein gutes Schulklima schaffen.“

Für den Schulpsychologen Seifried funktioniert so ein Konzept nur, wenn die Beziehung zur Lehrkraft stimmt: „Fühlen sich Schüler wertgeschätzt und folgen klaren Regeln, lernen sie lieber und entwickeln eine bessere Beziehung zu ihren Klassenkameraden.“ Wichtig sei, mehr Zeit für Klassenleiterstunden und soziales Lernen im Stundenplan zu verankern. „Sonst heißt es schnell: Wir brauchen die Zeit für Fachunterricht“, beobachtet Seifried. Darüber hinaus bräuchten Lehrkräfte mehr Unterstützung bei den Themen Gewaltprävention und soziales Lernen durch regelmäßige Supervision, Teambesprechungen und Fortbildungen. Seifried: „In der Ausbildung werden Pädagoginnen und Pädagogen darauf leider immer noch nicht vorbereitet.“

Anja Dilk,
freie Journalistin

***www.jugendgewaltpraevention.de/content/publikationen**

Die Lehrkraft von morgen

// Welche Kompetenzen brauchen Lehrerinnen und Lehrer, wo und wie werden ihnen diese vermittelt? Die Zukunft der Lehrkräftebildung stand auch auf dem Gewerkschaftstag der GEW in Freiburg im Zentrum (s. Schwerpunkt der E&W 6/2017). In der Online-Zeitschrift „Schulpädagogik heute“ denken Pädagoginnen und Pädagogen in eine ähnliche Richtung wie die Bildungsgewerkschaft. //

„Super Arbeit!“, lobte Andreas Keller vom GEW-Vorstand die Kolleginnen und Kollegen, die das Thema zwei Jahre lang vorbereitet hatten. Intensiv hatten die Akteure im „Zukunftsforum Lehrer_innenbildung“* darüber debattiert, was gute Lehrerinnen und Lehrer ausmacht (E&W berichtete kontinuierlich). Dass gute Bildung von guten Lehrkräften abhängt – klar. Aber was heißt das genau? Die Auseinandersetzung darüber wird längst geführt, nicht nur in der GEW. „Es geht um mehr als die Erfüllung von Standards und den Nachweis formaler Kompetenzen“, sagt Keller. Entscheidend sei, dass Lehrkräfte qualifiziert würden, Kinder und Jugendliche wie Erwachsene zur kritischen Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Verhältnissen zu befähigen. Das bedeutet: Populismus und Demokratieabbau, Gefahren für die Umwelt sowie die soziale Spaltung sind Themen, auf die Lehrerinnen und Lehrer eingehen können müssen.

Radikaler Umbau nötig

Es ist kein Zufall, dass auch in der Erziehungswissenschaft seit einiger Zeit verstärkt über eine Reform der Lehrer(aus)-bildung diskutiert wird. So plädiert Klaus Moegling, Professor für Politikdidaktik an der Universität Kassel, für einen radikalen Umbau der Lehramtsausbildung. „Kinder, Jugendliche und auch Erwachsene haben ein Recht auf gute Bildung“, stellt Moegling in der Online-Zeitschrift „Schulpädagogik heute“ fest**. Er prognostiziert: Gesellschaften, welche die notwendigen Ressourcen dafür nicht bereitstellen „und zu wenig systemische Kreativität für die Reform der Lehrerbildung entwickeln“, werden schon bald an der Komplexität einer zunehmend globalisierten Welt scheitern. Deshalb müsse dringend gehandelt werden, „hierfür darf es keine Tabus geben“. Moeglings Vorschläge zum Gegensteuern:

- Die Studiendauer sollte für Lehrämter gleich lang sein und nach Stufen,

Welche Schritte sind zuerst nötig, um die Lehrkräftebildung zu verbessern? Die Qualität des Studiums? Ein modernes Lehrerleitbild zu schaffen? Oder dass notwendige Reformen keine Order von oben sein dürfen, sondern ein partizipativer Prozess sein müssen?

Foto: dpa

nicht nach Schulformen organisiert werden.
- Wissenschaft und Praxis sollten – über die Praxissemester hinaus – das ganze Studium über parallel erfolgen. Moegling nennt ein duales Studienmodell als Option, bei dem das bisherige Referendariat entfallen würde.
- Wichtig ist dem Kasseler Politikdidaktiker, dass die notwendigen Reformen keine Order von oben, sondern ein partizipativer Prozess sind. Lehrerinnen und Lehrer, Gewerkschaften und andere Akteure müssten daran auf Augenhöhe beteiligt werden.

Die Vorschläge decken sich in weiten Teilen mit den von der GEW in Freiburg verabschiedeten Leitlinien*. Auch die sehen eine konsequente Verflechtung von Theorie und Praxis über alle Ausbildungsphasen hinweg vor – und eine Orientierung der Ausbildung an Klassenstufen statt an Schulformen. Im Gewerkschaftstagsbeschluss wird betont, dass Unis, Seminare und Fortbildungseinrichtungen dafür allerdings auch ausreichend ausgestattet werden müssten. Ohne zusätzliches Geld und vor allem Personal werde es nicht gehen – und mit der Einstellung in den Schuldienst dürfe der Eifer der Länder in Sachen Lehrkräftebildung nicht nachlassen: Auch die Fortbildung, fordert die GEW, müsse reformiert werden, um sie flexibler, familien- und bedarfsgerechter zu machen.

Moegling treffe mit vielen seiner Kritikpunkte ins Schwarze, konstatiert Svenja Jaster vom Zentrum für LehrerInnenbildung (ZfL) an der Universität zu Köln. „Die mangelnde Theorie-Praxis-Verzahnung, ein Übermaß an Prüfungen, die Ungleichbehandlung der verschiedenen LehrerInnengruppen oder das Fehlen von Unterstützung für einen guten Berufseinstieg“, nennt die Erziehungswissenschaftlerin als Baustellen**. Allerdings dürfe man neben Inklusion als aktueller Herausforderung auch „Diversity, Internationalisierung, Digitalisierung sowie die Frage der Eignungsreflexion bestimmende Themen in der (zukünftigen) LehrerInnenbildung“ nicht ausblenden, schreibt Jaster in einer Erwiderung auf die Moegling-Thesen.

Die eigene Eignung für den Lehrerberuf, sagt sie, sei dabei ein Aspekt, der von Studierenden ausgiebig reflektiert werden sollte. Am Kölner ZfL – hier werden knapp 15 000 Studierende von mehreren Hochschulen in rund 1 000 möglichen Fächerkombinationen ausgebildet – sei die Eignungsreflexion „als selbstreflexiver Prozess und Bestandteil der berufsbiografischen Entwicklung“ ein entscheidender Baustein der Ausbildung. Im Studium müsse Platz sein für die Auseinandersetzung mit einem gewandelten Berufsbild, sagt Jaster: „Inklusion und Diversity, die Aufnahme geflüchteter SchülerInnen, aber auch der Einsatz digitaler Medien sind dabei nur einige der drängenden Themen.“ Hier böten gut organisierte Praxisphasen den Studierenden die Chance, ihre Berufswahl noch einmal überprüfen zu können. Das sei eine zentrale Option und führe weit über ein rein fachorientiertes Praktikum hinaus.

Zugang für alle

Auch die GEW-Delegierten hatten in Freiburg das Thema Diversity diskutiert: Sie forderten, dass alle Studierwilligen Zugang zum Lehramtsstudium bekommen müssten. Denn erst wenn Herkunft, Behinderung oder Geschlecht bei der Studienwahl keine Rolle mehr spielten und es alleine um die Eignung und Neigung zum Lehren gehe, entstehe unter den Pädagoginnen und Pädagogen ein echter Spiegel der Gesellschaft.

„Der Lehrerbildung fehlt ein modernes Lehrerleitbild“, konstatiert passend dazu der Potsdamer Erziehungswissenschaftler Wilfried Schubarth** (s. auch S. 2) und verweist auf die vielen Akteure und widerstrebenden Interessen, die eine Konsensfindung erschweren. Er nennt weitere Probleme, die angegangen werden müssten: Die Lehrkräftebildung spiele an vielen Universitäten „eine eher nachgeordnete Rolle“, und die Zersplitterung vieler Fächer in kleinste Unterdisziplinen behindere „einen systematischen Kompetenzaufbau und die ganzheitliche Entwicklung einer Lehrerpersönlichkeit“. Eine Identifikation der Studierenden mit ihrem Beruf werde dadurch schwieriger. Unabhängig von den langfristig anzugehenden Reformen rät Schubarth allerdings zunächst zu kleineren Schritten, um sich nicht in grundlegenden Debatten zu verlieren: „Eine Verbesserung der Qualität des Lehramtsstudiums ist wichtiger als eine Strukturreform.“

Ein Aspekt, dem auch Jaster etwas abgewinnen kann. Gleichzeitig weist sie auf die Probleme im Alltag hin. Zwar gebe es viel Einigkeit beim Thema Praxisbezug, aber das sei gar nicht so leicht umzusetzen, sagt sie: Mehr Praxis führe nicht automatisch zu einer besseren Ausbildung. „Eine gute Vorbereitung und Begleitung“ seien hier die entscheidenden Faktoren: Der organisatorische Spielraum für Schulen, Hochschulen, Studierende, Lehrkräfte und Dozenten sei „häufig nicht sehr groß und verlangt ein hohes Maß an Koordination“. Wer bessere Praxisbetreuung wolle, müsse also zum Beispiel die begleitenden Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen entlasten. Eine Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung aber erfordert mehr Mittel von den Ländern.

Eine Forderung, die auch die GEW erhebt – nicht erst seit dem Gewerkschaftstag. Schon zum Weltlehrertag 2016 hatte die Vorsitzende Marlis Tepe verlangt: „Deutschland muss deutlich mehr Geld in seine Bildungseinrichtungen stecken, um die Qualität der Lehr- und Lernprozesse zu verbessern.“ Die in Freiburg verabschiedeten Leitlinien für eine innovative Professionalisierung der Lehrkräfte sind deshalb mehr als nur reine Antragslyrik: Sie zeigen die Vision einer besseren Aus- und Weiterbildung – und benennen gleichzeitig die konkreten Schritte, die jetzt gegangen werden müssen.

Armin Himmelrath,
freier Journalist

***GEW-Zukunftsforum Lehrer_innenbildung (hier auch der Beschluss des Gewerkschaftstages): www.gew.de/lehrer-innenbildung/zukunftsforum-lehrer-innenbildung/**

****Die Beiträge von Klaus Moegling, Svenja Jaster und Wilfried Schubarth finden sich sämtlich in der Online-Zeitschrift „Schulpädagogik heute“: www.schulpaedagogik-heute.de**

Bildungsurlaub ist eine schöne Sache. Doch für Mütter oder Väter, die ihre Kinder mitnehmen möchten, ist das Bildungsangebot noch rar.

Foto: dpa

Ohne Kinder ins Seminar

// **Wer seinen Nachwuchs mit in den Bildungsurlaub nehmen möchte – oder muss –, findet kaum Angebote. Dabei werden Familienbildungsmaßnahmen als Gewinn für alle wahrgenommen.** //

Gleitschirmfliegen, Stressprävention durch Yoga oder Englisch lernen in Kapstadt – wer seinen gesetzlichen Anspruch auf bezahlten Bildungsurlaub wahrnehmen will, kann sich aus einer Vielzahl von Anbietern, Themen und Kursorten etwas Passendes aussuchen. Wer allerdings seine Kinder mitnehmen möchte oder muss, hat so gut wie keine Auswahl. Bildungsurlaube, die sich an Familien richten, sind eine Rarität. Das zeigt eine Suche auf der Homepage des für Anbieter kostenpflichtigen Portals Bildungsurlaub.de*: Gerade einmal 72 von 3 429 Bildungsurlauben bieten im zweiten Halbjahr 2017 Kinderbetreuung an.

In anderen Datenbanken ist es noch nicht einmal möglich, gezielt nach Kinderbetreuung während des Bildungsurlaubs zu suchen – das gilt auch für das Weiterbildungsportal der Bundesagentur für Arbeit**. Dabei sind viele Eltern auf eine Kinderbetreuung angewiesen. Denn zum einen gibt es keinen „Teilzeit-Bildungsurlaub“. Auch wer nur 20 Stunden arbeitet, muss das Programm von Vollzeitbeschäftigten absolvieren, in der Regel 40 Unterrichtsstunden pro Woche. Das heißt: Die Kinder sind vielleicht bis zum Mittag in Kita oder Schule – aber das Seminar geht bis zum Abend.

Weit weg von zu Hause

Zum anderen finden viele Angebote in Seminarhäusern weit weg von zu Hause statt. Alleinerziehende mit jüngeren Kindern sind damit von der Teilnahme ausgeschlossen. Auch Mütter und Väter, deren Partnerinnen oder Partner aufgrund eigener Arbeitsbelastung kaum zu Hause sind, haben ein Problem. Nicht ausgeschlossen, dass auch aus diesem Grund der Anteil der Bildungsurlaubenden verschwindend gering ist: Nur ein bis zwei Prozent aller Beschäftigten nähmen ihren Anspruch wahr, stellt das DGB-Bildungswerk fest. Versuche, das Problem zu lösen, gibt es kaum. Eine Ausnahme ist die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Marburg. Seit einigen Jahren gibt Christine Amend-Wegmann eine Broschüre heraus, die Bildungsurlaube mit Kinderbetreuung auflistet – allerdings nur für Hessen und nur für die Schulferien***. „Meine Vorgängerin hatte häufiger Frauen in der Beratung, die dringend freie Zeit für sich selbst gebraucht hätten, denen ein Bildungsurlaub gutgetan hätte. Aber als Alleinerziehende konnten sie ihr Recht kaum wahrnehmen“, sagt die Gleichstellungsbeauftragte. Und nein, ihr sei kein vergleichbares Angebot bekannt.

Also müssen sich Eltern selbst auf die Suche nach Angeboten machen. Manchmal lohnt ein Anruf bei Seminarhäusern, die eine Kinderbetreuung auf Anfrage möglich machen. Vereinzelte Anbieter wie die ver.di-eigene GewerkschaftsPolitische Bildung gGmbH organisieren grundsätzlich Kinderbetreuung.

Das ist allerdings auch eine Kostenfrage. Denn wenn die Seminare für die Teilnehmenden bezahlbar bleiben sollen,

müssen die Träger Geld zuschießen. Nicht nur wegen der Bezahlung der Betreuerinnen und Betreuer, sondern auch, weil bei Familienbildungsmaßnahmen nicht die vollen Sätze für Kost und Logis in Rechnung gestellt werden. „Sonst wird das für Familien einfach zu teuer“, erklärt Dieter Niermann, Leiter des Bildungswerks der Bremischen Evangelischen Kirche. Die Kirche leiste sich entsprechende Angebote dennoch. „Familie gehört zu unserem Markenkern“, sagt Niermann. „Wir wollen nicht, dass Mütter und Väter ihre Bildung auf Eis legen müssen, bis die Kinder groß sind.“ Anders als früher richteten sich Bildungsurlaube zudem häufig an die ganze Familie, sagt Niermann. Das heißt: Die Kinder werden nicht mehr im Nebenraum oder auf dem Spielplatz verwahrt, während sich die Erwachsenen bilden. Sie nehmen selbst teil.

Kinder machen mit

„Da hat man einfach mehr voneinander“, erzählt die Bremer Projektmanagerin Katrin Gerhard, „und man kann manches Gelernte gleich in die Praxis umsetzen.“ Fünf Mal nahm die Mutter von vier Kindern an einem Familienbildungsurlaub teil. „Für mich war das auch eine günstige Gelegenheit, gemeinsam Zeit zu verbringen“, sagt die 52-Jährige. Zuletzt war sie mit ihrem Jüngsten auf der ostfriesischen Insel Langeoog. Ihr Sohn sei nach anfänglicher Skepsis begeistert gewesen. Mit den Kindern der anderen Teilnehmenden bastelte er eine Fernbedienung für Erwachsene. „Mach Quatsch mit mir“, stand darauf, „Gib mir Süßigkeiten“ oder auch „Hör auf zu schimpfen“. Die Fernbedienung, die für die Eltern erstellt wurde, war weniger lustorientiert: „Beeil dich“, „Aufräumen“, „Bettfertig machen“!

Nach Hause gefahren sei sie nicht nur mit Einsichten in ihre Familiendynamik, erzählt Gerhard, sondern auch mit neuer Energie: „Es ist erholsam, nicht zu Hause zu sein, sich mit anderen Themen zu befassen und gemeinsam etwas zu erleben.“ Dabei ist Erholung ausdrücklich kein Ziel des Bildungsurlaubs. Aber vielen Eltern, berichtet die Seminarleiterin Carolin Winter, würde es auch guttun, sich ein paar Tage um nichts kümmern zu müssen und eine feste Tagesstruktur vorgegeben zu bekommen. Allerdings achtet die Pädagogin darauf, dass die Familien auch Zeit alleine verbringen können. Damit die ständige Präsenzpflicht im Seminarraum nicht in Stress ausartet.

Eiken Bruhn,
taz-Redakteurin

***www.bildungsurlaub.de/home.html**
****http://kursnet-finden.arbeitsagentur.de/kurs/**
*****www.marburg.de/portal/meldungen/bildungsurlaub-2017-mit-kinderbetreuung-in-den-hessischen-schulferien-900000591-23001.html**

Gesetze zum Bildungsurlaub

Gesetzliche Regelungen zum Bildungsurlaub gibt es in allen Bundesländern außer Bayern und Sachsen. Im Grundsatz haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Anspruch auf fünf Tage im Jahr (Ausnahme: Saarland). Beamte sind nicht in allen Bundesländern anspruchsberechtigt; in vielen Ländern müssen sich Lehrkräfte in der unterrichtsfreien Zeit weiterbilden. Für Auszubildende gelten in einigen Ländern Einschränkungen. Die meisten Bundesländer erkennen lediglich Bildungsurlaube an, die der beruflichen oder politischen Weiterbildung dienen. Ein Überblick über die gesetzlichen Regelungen findet sich auf der Website des DGB-Bildungswerks: www.bildungsurlaub-machen.de. E.B.

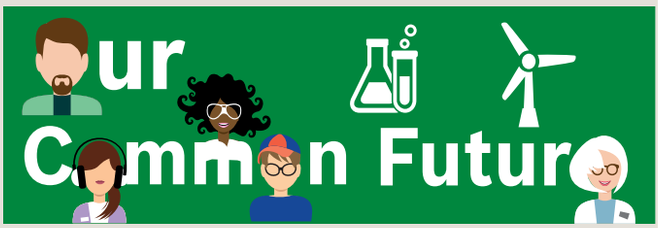
PARKKLINIK Wiesbaden Schlangenbad
Private Akutklinik für psychische und psychosomatische Gesundheit

DIE PRIVATKLINIK FÜR BURNOUT-FOLGEERKRANKUNGEN.

Die Parkklinik Wiesbaden Schlangenbad hilft Ihnen, mittels intensiver voll- und teilstationärer, störungsspezifischer Therapie mit den Folgen eines Burnout zurechtzukommen. Durch unseren exzellenten Personalschlüssel mit ausschließlich Fachärzten, vollapprobierten psychologischen Psychotherapeuten und spezialisierten Fachtherapeuten gelingt Ihr Weg zurück in ein erfülltes und gesundes Leben – und das in entspanntem Ambiente inmitten schönster Natur.

Lernen Sie uns kennen auf www.parkklinik-schlangenbad.de

Parkklinik Wiesbaden-Schlangenbad GmbH
Rheingauer Straße 47
65388 Schlangenbad | +49 6129 48 83-490
info@parkklinik-schlangenbad.de



Our Common Future:
Schüler, Lehrer, Wissenschaftler forschen für die Welt von morgen

Nachhaltigkeit – was ist das eigentlich? Durch gemeinsame Forschungsprojekte und einen alle zwei Jahre stattfindenden bundesweiten Kongress sollen Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler weiterführender Schulen Einblick in aktuelle Nachhaltigkeitsforschung erhalten.

Lehrkräfte und Wissenschaftler mit einer Projektidee können sich bei der Stiftung um Fördergelder bewerben. Neugierig geworden? Weitere Informationen finden Sie unter www.bosch-stiftung.de/ourcommonfuture

Robert Bosch Stiftung

„Bildungsförderung ganz vorne“

// Ernst Dieter Rossmann ist bildungs- und forschungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. //

E&W: Eine „nationale Bildungsallianz“ kündigt die SPD für die Zeit nach der Bundestagswahl an. Was ist das?

Ernst Dieter Rossmann: Ein Forum, in dem sich Akteure von Bund, Ländern und Kommunen, Wirtschaft und Gewerkschaften zusammenschließen. Ziel ist, der Bildungsgerechtigkeit und der Bildungsqualität über die gesamte Biografie eines Menschen einen höheren Stellenwert zu geben.

E&W: Die Ergebnisse des letzten großen Forums, des Dresdner Bildungsgipfels 2008, sind in nicht so guter Erinnerung. Jedes Jahr rechnet der Bildungsökonom Klaus Klemm vor, was alles nicht erreicht wurde.

Rossmann: Die Bildungsallianz ist geradezu ein Gegenentwurf zu einem eintägigen Gipfel. Statt hehrer Ziele wollen wir Aufgaben definieren; und vereinbaren, wer was anpackt. Das ist übrigens auch ein Weg, das Kooperationsverbot praktisch anzugehen. Wir schauen in allen Bereichen: Wer sollte was mit wem umsetzen?

E&W: Welche großen Baustellen sollen angegangen werden?

Rossmann: Wichtige Ziele sind: gute frühkindliche Bildung für alle, Ausbau der Ganztagsschulen, Ausbildungsgarantie, gestärkte Hochschulen, Ausbau der Weiterbildung. Ein zentrales Thema wird auch die zweite und dritte Chance sein – bei Schul- und Berufsabschlüssen, in Aus- wie Weiterbildung. Dazu passt, dass wir die Bundesagentur für Arbeit in eine Agentur für Arbeit und Weiterbildung und die Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung umwandeln wollen. Beide sollen stärker präventiv tätig werden. Ein echtes „Chancenkonto“ für jeden Beschäftigten ist unser Leitziel.

E&W: Außerdem wirbt die SPD mit einer Million mehr Ganztagsplätzen. Richtig wirksam, sagen Studien, sei die Ganztagsschule nur, wenn sie gebunden, also verpflichtend ist.

Rossmann: Wir sind weise genug, nicht in ideologische Schlachten zu gehen. Die Erfahrung zeigt, dass man mit Zwang nicht sehr weit kommt. Wir wollen gute Praxis so attraktiv machen, dass Eltern und Schüler von selbst motiviert sind. Beim Krippenausbau ist das hervorragend geglückt. Und: Die Ganztagsschule steht nicht in erster Linie dafür, Deutschland in Bildungsstudien nach oben zu rücken. Sie ist ein sozial integratives Modell, das Schüler, Eltern und Lehrer entlastet, Zeit für Kommunikation und Interessenentwicklung bietet und Schulleben ausgestaltet.

E&W: Und sie steht für eine Achillesferse sozialdemokratischer Bildungspolitik: für die zu selten glückende Entkopplung von Herkunft und Bildungserfolg.

Foto: Benno Kraehan

Ernst Dieter Rossmann

Rossmann: Das ist nicht die Achillesferse der SPD, sondern des Bildungssystems. Die Beharrungskräfte ständischer Bildung in Deutschland zu überwinden, ist ein langer Weg. Da geht es um Systemfragen, um Einstellungen und Förderwege. Vieles wurde gerade auf Druck der SPD erreicht – auch in dieser Legislaturperiode: etwa die Lockerung des Kooperationsverbots, die Förderung von Schulen in finanzschwachen Kommunen, die Stärkung der Hochschulen, die Verbesserungen beim BAföG und vor allem beim Meister-BAföG. Da haben wir für mehr Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung gesorgt. Das ist uns ganz wichtig.

E&W: Dennoch sind an den Hochschulen Arbeiterkinder weiterhin klar in der Minderheit.

Rossmann: Das liegt aber auch daran, dass immer mehr Kinder in Akademikerfamilien aufwachsen – häufig mit Eltern, die eine klassische Aufstiegsbiografie haben. Ohne Disparitäten schönreden zu wollen: Die Bildungsstruktur der Bevölkerung hat sich bereits stark verändert, mit deutlich mehr höheren Schulabschlüssen und mehr Durchlässigkeit. Jetzt muss es um mehr Integration und Inklusion gehen. Gute Bildungschancen für alle, das ist das Ziel. Deswegen steht die Bildungsförderung in unserem Wahlprogramm ganz vorne. Kanzlerkandidat Martin Schulz will hier deutlich mehr investieren.

E&W: Wenn Schulz Kanzler werden sollte – wer wird Bildungsminister? Seit Edelgard Bulmahn gab es, trotz zwei Regierungsbeteiligungen, keine SPD-Ministerin.

Rossmann: Dafür hat die SPD die Familienpolitik stark gemacht und die frühkindliche Bildung und Förderung massiv ausgebaut. Alle Ressorts konnten wir nun einmal nicht besetzen. Allgemein ist mein Plädoyer: Die SPD muss sowohl im Bereich Familie wie in der Bildung Prioritäten durchsetzen und sich für Förderung in der gesamten biografischen Entwicklung des Lernens stark machen. Nur das eine oder das andere anzustreben, genügt nicht. Wir wollen beides: Bildungsgerechtigkeit von Anfang an – und dann ein Leben lang.

Interview: Jeannette Goddar,
freie Journalistin

Was wollen die Parteien?

Am 24. September wird ein neuer Bundestag gewählt. Im Wahlkampf spielt Bildung, jenseits gängiger Parolen, keine herausragende Rolle. Deshalb wollte E&W wissen, was die Parteien planen: in Sachen Ganztagsschule und Inklusion, Chancengleichheit und Vergleichbarkeit, Studienfinanzierung und Hochschulstellen. Gespräche mit bildungspolitischen Experten aller im Bundestag vertretenen Fraktionen finden Sie auf den Seiten 22–25 (s. auch GEW-Kommentar Seite 26 und E&W-Schwerpunkt 7-8/2017 sowie die Positionen der GEW zur Bundestagswahl: www.gew.de/15-positionen).

„Bessere Hochschul-Grundfinanzierung“

// **Nicole Gohlke ist hochschul- und wissenschaftspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Bundestag.** //

E&W: Als die jüngste Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW) veröffentlicht wurde, kommentierten Sie, Union und SPD trieben die „Verarmung der Studierenden“ voran. Große Worte!

Nicole Gohlke: Das sagen nicht wir, sondern das DSW. Eine Reihe Studierender ist von Armut betroffen. Wie sonst ist die Feststellung zu interpretieren, dass es Studierende gibt, die am Ende des Monats am Essen sparen, weil sie sich das nicht mehr leisten können?

E&W: Was tun?

Gohlke: Die zentrale Stellschraube ist das BAföG, das nur noch 18 Prozent der Studierenden bekommen. Wir fordern zehn Prozent mehr; zusätzlich eine Wohnkostenpauschale auf einem realistischen Niveau. Den Freibetrag, der über die BAföG-Berechtigung entscheidet, wollen wir ebenfalls um zehn Prozent erhöhen. Außerdem: Das Darlehensmodell wollen wir durch einen Zuschuss ersetzen, weil es insbesondere Studierwillige aus nicht so gut gestellten Elternhäusern von den Hochschulen fern hält. Höchstförderdauer sowie Altersgrenze gehören abgeschafft – beide führen dazu, dass ein Studium mit Arbeits- und Familienphasen kaum zu vereinbaren ist.

E&W: Außerdem wollen Sie 100 000 unbefristete Stellen an Hochschulen schaffen – das sind doppelt so viele, wie die GEW fordert.

Gohlke: Ja, und selbst damit würde nicht einmal jede zweite befristete in eine dauerhafte Beschäftigung überführt! Konkret fordern wir, dass der Bund jede Stelle, die entfristet oder neu geschaffen wird, zwei Jahre mit 10 000 Euro pro Jahr fördert. In dem gleichen Programm sollen die zurzeit vereinbarten 5 000 auf 10 000 Tenure-Track-Stellen verdoppelt werden.

E&W: Wer soll das bezahlen? Linke-Chef Bernd Riexinger sprach im Mai auf dem GEW-Gewerkschaftstag von 60 Milliarden Euro, die in das Bildungssystem fließen sollen (s. E&W 6/2017).

Gohlke: Die Zahl bezieht sich auf eine GEW-Studie, laut der der Investitionsstau bei 56 Milliarden liegt*. Den wollen wir beheben – und können das auch finanzieren: Mit einer Steuerreform, die unter anderem eine Vermögensteuer einführt, und Umschichtungen etwa zu Lasten des Verteidigungshaushalts würden 100 Milliarden Euro frei. Was das 100 000-Stellen-Programm angeht: Das kostet 200 Millionen – gegenüber 500, die die Exzellenzinitiative jedes Jahr verschlingt. Wenn wir die abschaffen, wird genug Geld frei.

Foto: Katja-Julia Fischer

Nicole Gohlke

E&W: Hat die Exzellenzinitiative in der deutschen Hochschullandschaft sichtbare Spuren hinterlassen?

Gohlke: Der ewige Wettbewerb ist der falsche Weg. Wir brauchen eine anständige Grundfinanzierung aller Hochschulen und ein Festschreiben des Hochschulpakts auf dem Niveau von 2016. Und nicht einerseits zehn Harvards, die von Studierenden aus Akademikerfamilien besucht werden; andererseits eine Masse von B-Hochschulen mit weniger Förderung, weniger Renommee, schlechteren Studienbedingungen. Spezielle Förderungen schließt das nicht aus – diese könnten ja etwa durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) stattfinden.

E&W: In Ihrem Programm fordern Sie zudem eine „kritische Wissenschaft“, die zur Lösung „sozialer Spaltungen“ und des Klimawandels beiträgt. Ist das ein Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit?

Gohlke: Das sagt die Union auch. Wir sagen: nein. Wissenschaft sollte sich in den Dienst der Gesellschaft stellen und gewisse Standards einhalten; dazu gehören Nachhaltigkeit und Geschlechtergerechtigkeit. Vor allem aber wenden wir uns gegen eine unternehmerische Hochschule, die ihre Arbeit immer stärker an den Interessen der Wirtschaft ausrichtet. In Wahrheit wird die Wissenschaftsfreiheit doch von ganz anderer Seite bedroht: Wissenschaftler können sich längst nicht mehr aussuchen, wozu sie forschen. Sie müssen nach jedem Geldgeber greifen, der sich anbietet.

E&W: Gibt es Vorbilder linker Hochschulpolitik in den Ländern? Der ehemalige Berliner PDS-Kultur- und Wissenschaftssenator Thomas Flierl fiel offen gestanden eher durch Kultur auf.

Gohlke: Nun ja – heute betreut der Regierende Bürgermeister das Ressort mit, das scheint mir auch keine ideale Lösung. Tatsächlich aber ist richtig: Bildung ist ein Topthema, um das man sich auch prügeln muss. Und dass wir es, in Thüringen wie auch in Berlin, der SPD überlassen, finde ich nicht glücklich.

Interview: Jeannette Goddar,
freie Journalistin

***„Bildungsfinanzierung der öffentlichen Hand – Stand und Herausforderungen“, Roman Jaich, 2016: www.gew.de/bifi-jaich-pdf**

„Kooperationsgebot nötig“

// Özcan Mutlu ist bildungspolitischer Sprecher der Grünen im Bundestag. //

E&W: Auch nach der Niederlage von Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen (NRW) wollen die Grünen in ihrem Wahlprogramm: „Mit guter Inklusion Türen öffnen.“

Özcan Mutlu: Selbstverständlich. Inklusion ist ein Menschenrecht, mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention 2009 in deutsches Recht überführt. Und: Dass Kinder – und zwar alle – in inklusivem Unterricht besser lernen, ist wissenschaftlich belegt.

Foto: privat

Özcan Mutlu

E&W: Dennoch wird das NRW-Debakel wesentlich auf die Schulpolitik Ihrer Kollegin Sylvia Löhrmann zurückgeführt. Die stand unter dem Motto Inklusion.

Mutlu: Das war kein „Motto“ – Sylvia Löhrmann hat sich als einzige Ministerin bundesweit für Inklusion stark gemacht. Mit einer Umgestaltung des Schulsystems, flankiert durch Mittel für Integrationshelfer und Barrierefreiheit, für zusätzliches Personal. Um Inklusion ernsthaft umzusetzen, hat sie auch wirklich Geld in die Hand genommen.

E&W: Woran also hat es gelegen?

Mutlu: Vielleicht gab es Unzulänglichkeiten in der Kommunikation. Vielleicht ging es zu schnell – obwohl: Wir sind seit acht Jahren in der Pflicht; irgendwann müssen wir ja anfangen. Falls es aber an Ressourcen gefehlt hat, wie behauptet wird, ist das tragisch. Und nur ein weiteres Zeichen, dass Länder und Kommunen mit den Herausforderungen – von Inklusion über Digitale Bildung und Ganztag bis zur Infrastruktur – überfordert sind.

E&W: In Sachen Infrastruktur dürfen nun 3,5 Milliarden Euro des Bundes in Schulen fließen.

Mutlu: Ja, mithilfe einer weiteren Mogelpackung. Das Kooperationsverbot gehört abgeschafft. Beziehungsweise: Wir brauchen ein Kooperationsgebot. Wir wollen den Ländern nichts wegnehmen, wir wollen sie unterstützen. Angesichts eines Investitionsbedarfs von 35 Milliarden Euro können diese Mittel nur ein erster Schritt sein.

E&W: Das vorwegnehmend locken die Grünen in ihrem Wahlprogramm mit zehn Milliarden Euro für 10 000 Schulen. Ist das ein Brennpunktschul-Programm?

Mutlu: Jein. Es ist ein Schritt, Schulen dort für die Zukunft fit zu machen, wo das Geld dafür fehlt: mit Maßnahmen zur Barrierefreiheit und lebenswerten Bildungsräumen, Mensen und Küchen für Ganztagsangebote. So bekommt zumindest ein Teil der Schulen bessere Bedingungen – auch dafür, Benachteiligungen auszugleichen. Unterstützung für Schulen in sozial schwierigen Quartieren brauchen wir zusätzlich. In Berlin hat die Rütli-Schule gezeigt, dass es möglich ist, Schulen „umzudrehen“ – mit nahezu demselben Personal und denselben Schülern. Ein zentrales Thema ist auch: Die Lehrkräfte müssen auf die Schüler, die sie unterrichten, vorbereitet werden. Das gilt insbesondere in Hinblick auf die interkulturelle Vielfalt.

E&W: Ist da seit Ihrer eigenen Schulzeit viel passiert?

Mutlu: Ja und Nein. Ich war zunächst in einer „Ausländerregelklasse“, in der nur Kinder türkischer Eltern unterrichtet wurden. Hätte meine Lehrerin mich da nicht rausgenommen – wer weiß, wo ich abgeblieben wäre! Dort haben genau die Menschen schlechte Erfahrungen gemacht, die heute ihren Kindern vermitteln, dass Bildung nicht viel nützt. Traurigerweise taucht diese Idee immer wieder auf, etwa wenn gefordert wird, den Anteil von Migranten in den Klassen zu begrenzen. Diese Schnapsidee aus der Mottenkiste der CDU/CSU führt zu „Bussing*“. Und „Bussing“ ist nicht nur diskriminierend, sondern überall gescheitert.

E&W: Andererseits wurde seit der Schulleistungsstudie PISA an vielen Stellschrauben gedreht.

Mutlu: Das stimmt – vielleicht an zu vielen; und zu schnell; und in völliger Überforderung der Schulen. Vor allem aber hat sich an zwei Problemen nichts geändert: daran, dass in der Kultusministerkonferenz die einen Länder in die eine und die anderen in die andere Richtung ziehen. Und daran, dass Bildung nicht den Stellenwert hat, den sie benötigt: Es ist nicht die Zeit, an der Schwarzen Null festzuhalten – wir müssen massiv in die Zukunft aller, die in diesem Land leben, investieren.

E&W: Was sagt es über den Stellenwert von Bildung bei den Grünen aus, dass Ihr Landesverband Sie – den bildungspolitischen Sprecher im Bundestag – auf einen höchst unsicheren Listenplatz gesetzt hat?

Mutlu: Nun ja – ich kämpfe jedenfalls dafür, dass wir genug Plätze bekommen; außerdem um das Direktmandat in Berlin-Mitte. Und: Ja, vielleicht hat es sich mancher leichtgemacht und gedacht: Bildung ist doch Ländersache! Ich sehe das anders. Und auch sonst wissen die meisten Grünen, dass sich der Bundestag in Sachen Bildung mehr einbringen muss.

Interview: Jeannette Goddar,
freie Journalistin

***Bussing bedeutet, Schülerinnen und Schüler deutscher und nichtdeutscher Herkunft per Bustransfer gleichmäßig auf die Einrichtungen zu verteilen.**

„Bildungsföderalismus bleibt“

// Stefan Kaufmann (CDU) ist Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Bildungsausschuss des Deutschen Bundestages. //

E&W: Seit zwölf Jahren wird das Bundesbildungsministerium (BMBF) von CDU-Ministerinnen geleitet. Welches ist aus Ihrer Sicht der größte Erfolg?

Stefan Kaufmann: Als die Union das BMBF übernahm, betrug der jährliche Etat 7,6 Milliarden Euro; heute sind es zehn mehr. Das ist eine Steigerung um 130 Prozent. Schon das macht deutlich: Bildung und Forschung sind alles andere als nur ein Lippenbekenntnis.

E&W: Von den 13,2 Prozent der öffentlichen Ausgaben, die OECD-Staaten im Durchschnitt in Bildung investieren, ist Deutschland allerdings noch ein Stück entfernt.

Kaufmann: Aber wir sind sehr nah an dem Zehn-Prozent-Ziel, das wir uns selbst 2008 gesteckt haben: bei 9,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Mit dem Geld ist – vom Hochschulpakt über die Exzellenzstrategie bis zum Meister-BAföG und dem Ausbau betrieblicher Ausbildung – viel erreicht worden.

E&W: Zum BAföG wurde bei der Veröffentlichung der jüngsten Sozialerhebung auch Kritik laut: Die Sätze seien zu niedrig; nur 18 Prozent der Studierenden bekämen staatliche Hilfen.

Kaufmann: Darauf, dass sich nicht jeder Berechtigte meldet, haben wir kaum Einfluss. Tatsächlich haben wir das BAföG 2016 deutlich erhöht; möglich wurde das nur, weil der Bund die Kosten übernommen hat. Und auch das Deutschlandstipendium, das wir eingeführt haben, ist ein wichtiges zusätzliches Instrument der Begabtenförderung im Studium.

E&W: Kritiker sagen: Es habe sich kaum durchgesetzt. Und es trage zur Segregation bei, weil Unternehmen vor allem in wirtschaftlich starken Regionen fördern.

Kaufmann: Das stimmt nicht – 2016 wurden nahezu 25 000 Studierende gefördert, jeder vierte mit Migrationshintergrund, an 90 Prozent der Hochschulen. Die ländlichen Regionen fördern wir zusätzlich gezielt mit anderen Programmen.

E&W: Laut Ihrem Wahlprogramm soll die Attraktivität ländlicher Räume unter anderem durch Hochschulen erhöht werden. Soll es neue Universitäten geben?

Kaufmann: Nein, gedacht ist an einen Ausbau der Dualen und Fachhochschulen; auch in Zusammenhang mit Studiengängen, die Schwerpunktindustrien in den Regionen widerspiegeln. Wir sind sicher, dass eine weitere Diversifizierung der Hochschullandschaft guttut.

E&W: Welche großen Herausforderungen bleiben?

Kaufmann: Die verbleibenden 0,8 zum Zehn-Prozent-Ziel – aber die schaffen wir nun auch noch. Zudem wollen wir die berufliche Bildung weiter stärken. Die Durchlässigkeit des Bildungssystems und die Chancengerechtigkeit bleiben ein Thema.

E&W: Was soll angesichts der anhaltenden Kopplung von sozialer Herkunft und Bildungschancen geschehen?

Kaufmann: Wir haben bereits viel in Angriff genommen – jeden familiären Hintergrund werden wir nicht ausgleichen können. Aber wir setzen uns weiterhin dafür ein, mehr und frühe Lernanreize zu schaffen. Und wir wollen einen Rechtsanspruch auf Betreuung im Grundschulalter einführen.

Foto: privat

Stefan Kaufmann

E&W: In Ihrem Wahlprogramm heißt es, Bildung müsse „gleichwertig“ und „gesamtstaatlich“ verantwortet sein; Schulbildung gleichzeitig „Ländersache bleiben“. Wie geht das zusammen?

Kaufmann: Entscheidend ist der letzte Halbsatz – schon weil die Länder gar keine Kompetenzen abgeben wollen. Das gilt auch für die Grünen, die das Kooperationsverbot im Bund unbedingt kippen wollen; fragen Sie einmal Herrn Kretschmann!* Was wir im Bund nicht wollen, ist, Geld zu verteilen, über dessen Verwendung wir nicht mitentscheiden – und das anders eingesetzt wird als geplant.

E&W: Wie im Fall der bei den Ländern freigewordenen BAföG-Millionen, die zuweilen statt in Hochschulen in Kitas flossen?

Kaufmann: Zum Beispiel. Wir halten gemeinsame Programme wie den Digitalpakt, bei dem sich die Länder verpflichten, das Geld des Bundes einschlägig zu investieren, für den besseren Weg. Richtig ist allerdings auch: Bei der Vergleichbarkeit der Schulabschlüsse muss etwas geschehen. Immer wieder sagen Eltern mir: Es kann nicht sein, dass es kaum möglich ist, das Bundesland zu wechseln.

E&W: Und dann sagen Sie: „Doch! Wir wollen Bildungsföderalismus!“?

Kaufmann: Einerseits: Ja, das ist Wettbewerbsföderalismus. Und wissen Sie was? Die Qualität der baden-württembergischen Schulbildung würde ich als Bundestagsabgeordneter aus Stuttgart auch gern erhalten. Andererseits besteht bei der Gleichwertigkeit Handlungsbedarf: in Kooperation mit der Kultusministerkonferenz, auch wenn diese manchmal ein schwerfälliger Tanker ist. Eine Abschaffung des Bildungsföderalismus wird es nicht geben.

Interview: Jeannette Goddar,
freie Journalistin

***Winfried Kretschmann (Grüne), Ministerpräsident Baden-Württemberg (s. E&W 6/2017)**

MARLIS TEPE

Foto: Kay Herschelmann

Mehr Geld für Bildung

Die GEW verlangt von den demokratischen Parteien, die zur Bundestagswahl antreten, mehr Geld für Bildung. Ihre Vorschläge, für welche Maßnahmen diese Mittel eingesetzt werden sollen, hat die Bildungsgewerkschaft den im Bundestag vertretenen Parteien bereits im September 2016 vorgelegt. Viele Forderungen haben sich in den Wahlkampfprogrammen niedergeschlagen. Das ist gut, aber natürlich nicht ausreichend. Die Vorschläge der GEW müssen in der Realität umgesetzt werden. Dafür müssen sie in den Koalitionsverhandlungen nach der Wahl eine wichtige Rolle spielen. Der Knackpunkt: Die neue Bundesregierung muss endlich die zentrale Frage in der Bildungspolitik lösen: die dramatische Unterfinanzierung der Bildung. Die GEW hat ihre Ideen, wie der Staat mit einem gerechteren Steuersystem mehr Geld einnehmen kann, um deutlich mehr Mittel in die Bildung zu investieren, öffentlich zur Debatte gestellt und mit dem DGB Eckpunkte für ein Steuerkonzept vorgelegt.

Die 15 Kernforderungen der GEW:

- Bildungseinrichtungen sanieren und modernisieren – Neubauprogramm starten!
- Viel mehr Sozialarbeiterinnen und -arbeiter einstellen!
- Kita-Qualität bundeseinheitlich per Gesetz verbessern!
- Bundesprogramm „Sprachkitas“ ausbauen!
- Ausbildung von Lehrkräften verbessern!
- Das Recht auf ein Studium gesetzlich verankern!
- BAföG-Sätze und -Elternfreibeträge um mindestens zehn Prozent anheben!
- Den Hochschulpakt in eine dauerhafte Grundfinanzierung umwandeln!
- 5 500 Tenure-Track und 50 000 Dauerstellen an Hochschulen zusätzlich schaffen!
- Zugänge zur Bildung für Geflüchtete und Asylsuchende ermöglichen!
- Die Lehrkräfte in der Weiterbildung deutlich besser bezahlen!
- Die Beschäftigten vor Entgrenzung der Arbeitszeit schützen!
- Den Gender Pay Gap endlich richtig bekämpfen!
- Die Bildungsforschung stärken!

Um unsere Forderungen nach mehr Geld für die Bildung zu verstärken, haben wir die Initiative „Bildung. Weiter denken!“ gestartet. Ich bereise alle Landesverbände, um zu prüfen, ob wir richtig analysiert und gefordert haben. Die Lage in der Bildung ist wirklich zugespitzt. Das drückt sich besonders durch den Personalmangel aus, der sicherlich auch in zu schlechten Arbeitsbedingungen begründet ist.

In den letzten Tagen vor der Wahl habe ich eine Bitte an alle GEW-Mitglieder: Prüft die Parteien noch einmal auf Herz und Nieren: Setzen sich diese für die wichtigen Forderungen im Bildungsbereich ein? Vor allem aber: Welche Vorschläge machen sie zur Finanzierung der Maßnahmen im Bildungswesen? Wenn etwas fehlt, hakt bei den Kandidatinnen und Kandidaten in Eurem Wahlkreis nach! Jeder Kommentar erzeugt Wirkung.

Der Aufruf „Gute Bildung für alle! Appell für mehr Geld in der Bildung!“, den die GEW im Frühjahr publiziert hat, zielt genau in diese Richtung. Inzwischen haben 35 Organisationen den Appell unterzeichnet. Sie fordern die Parteien mit Blick auf den neuen Bundestag auf: Lassen Sie die Länder und Kommunen bei der Verwirklichung des Rechts auf gute Bildung für alle nicht allein! Stellen Sie deutlich mehr Geld zur Verfügung, damit Bund, Länder und Gemeinden diese essenzielle Aufgabe für die Gesellschaft dauerhaft gut erfüllen können! Denn: Alles beginnt mit guter Bildung.

Prominente aus Wissenschaft, Sport, Kunst, Wirtschaft und Kommunen unterstützen mit ihren Statements Forderungen nach guter Bildung auf Facebook und Twitter.

Jetzt seid Ihr dran! Ihr habt die Chance: die richtige Bildungs- und Finanzpolitik einzufordern und wählen zu gehen!

Marlis Tepe,
GEW-Vorsitzende

Entscheidend ist die Schuldenquote

// **Mit der Initiative „Bildung. Weiter denken!“ macht sich die GEW für mehr Geld für den Bildungsbereich stark. Sie zeigt Wege auf, wie der Staat zusätzlich Geld einnehmen kann, um seine Bildungsinvestitionen aufzustocken: beispielsweise mit einer gerechteren Einkommenssteuerpolitik, die Arme entlastet und Reiche stärker in die Verantwortung nimmt. Für ein Steuerkonzept, wie es die GEW vorgelegt hat, brauchen wir gesellschaftliche Mehrheiten. Um diese zu gewinnen, müssen unter anderem die Mythen der Steuerpolitik entzaubert werden. Dazu will E&W einen Beitrag leisten: Mit der September-Ausgabe setzt die Redaktion die Serie „Fakten contra Wirtschaftsmythen“ fort.** //

Mythos

„Deutsche Schulden könnten griechische Verhältnisse erreichen.“

Wer die öffentliche Debatte zur deutschen Haushaltslage verfolgt, muss es mit der Angst zu tun bekommen. „Tatsächlich ist der Reformbedarf in Deutschland gewaltig, wenn verhindert werden soll, dass der Staatshaushalt in den nächsten Jahrzehnten kollabiert“, schreibt die Tageszeitung „Die Welt“. Und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ warnt, während der deutsche Staat Rekordüberschüsse einfährt, könnten „deutsche Schulden griechische Verhältnisse erreichen“.

Die von massiven Sozialkürzungen gebeutelten Griechen dürften derartige Vergleiche – beide 2016 veröffentlicht – als Hohn empfinden. Mit der Realität haben sie nichts zu tun. Tatsächlich nahm der deutsche Staat im vergangenen Jahr rund 23,7 Milliarden Euro mehr ein als er ausgab. Das Plus entspricht 0,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Damit war 2016 das dritte Jahr in Folge, in denen Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen unter dem Strich einen Überschuss erzielten.

In dieser Lage soll Deutschland sich nicht mehr leisten können? Irre, aber wahr ist, dass mit solchen Behauptungen Stimmung gemacht wird: „Mit mehr als 2 000 Milliarden Euro verharrt der gesamte Schuldenstand Deutschlands immer noch auf einem viel zu hohen Niveau“, meint etwa Reiner Holznagel, Präsident des Bundes der Steuerzahler. Dabei führt der Blick auf die absolute Schuldenhöhe in die Irre. Wie viele Kredite in welcher Höhe sich ein Land leisten kann, hängt von der Wirtschaftskraft ab. Dies gibt die Schuldenquote wider, die alle aufgelaufenen Verbindlichkeiten ins Verhältnis zum BIP setzt.

Diese fällt in Deutschland rapide. Von über 80 Prozent nach der Finanzkrise 2010 wird sie laut offizieller – und viel zu vorsichtiger – Prognose bis 2020 unter 60 Prozent sinken. Damit ist der Maastricht-Wert für die Euro-Staaten unterschritten. Selbst konservative Ökonomen wie der US-amerikanische Harvard-Professor Kenneth Rogoff halten eine Schuldenquote von 90 Prozent für unproblematisch. Japan etwa lebt sogar mit einer Quote von nahezu 250 Prozent ohne Sorge vor einem Staatskollaps oder vor griechischen Verhältnissen.

Fakt

„Der deutsche Staat nimmt weit mehr ein als er ausgibt.“

Markus Sievers,
Redakteur Du Mont Hauptstadtredaktion

„Unwürdig für reiches Land“

// Auch in der Sommerzeit machte die Tour „GEW in Bildung unterwegs“ nicht Halt. In Berlin, Bayern und Baden-Württemberg verschaffte sich die Vorsitzende Marlis Tepe weitere Einblicke in den Alltag von Pädagoginnen und Pädagogen. In der Hauptstadt lernte der ganze DGB mit: Vorsitzender Reiner Hoffmann ebenso wie Vertreterinnen und Vertreter aller Mitgliedsgewerkschaften. //

GEW-Vorsitzende Marlis Tepe wirbt auf ihrer Sommertour quer durch die Republik für bessere Bildung.

In Berlin-Wedding besucht sie eine Kita und erfährt, woran es hier hakt: Nirgendwo sonst bekommen Erzieherinnen und Erzieher an staatlichen Einrichtungen so wenig Geld wie in der Hauptstadt …

Viel Schatten – und viel Licht

Der Sommerwind zerrt an den Bäumen in der Freienwalder Straße, Kinderlachen schallt aus dem Kita-Garten. Gülcan*, Anas, Saner und ihre Kameraden toben auf einem großen Holzkrokodil, zwei Erzieherinnen tanken ein paar Momente Sonne, als der Besuch kommt: GEW-Vorsitzende Tepe macht in Berlin-Wedding Station. Von Kita-Leiterin Petra Tobolt und der Berliner GEW-Vorsitzenden Doreen Siebernik erfährt sie, woran es besonders hakt: Nirgends in der Republik bekommen Erzieherinnen an staatlichen Einrichtungen so wenig Geld. Statt nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst werden sie nach dem Tarifvertrag der Länder bezahlt – und der stellt Sozial- und Erzieherberufe in der Regel schlechter. Tobolt berichtet von permanentem Personalmangel – in Zeiten, in denen Sprachlerntagebücher, Elternarbeit, Kinder mit Förderbedarf und der Anspruch auf Inklusion die Anforderungen massiv steigen lassen. Ebenfalls in der Hauptstadt trifft die Tour der GEW-Vorsitzenden auf die „DGB-Sommertour 2017“.

Gemeinsam mit Tepe besuchen DGB-Chef Reiner Hoffmann und die Vorsitzenden aller Mitgliedsgewerkschaften eine traditionsreiche Gemeinschaftsschule: die Fritz-Karsen-Schule in Britz, an der 1 250 Schülerinnen und Schüler von Klasse 1 bis 13 zusammen lernen. „Status, Herkunft, Lerngeschwindigkeit, das spielt hier keine Rolle“, erklärt Schülersprecher Leon Vasic den Gewerkschaftern: „Wir lernen gemeinsam, wir sind eine Gemeinschaft.“ Und zwar eine erfolgreiche: 40 bis 65 Prozent eines Jahrgangs schaffen den Sprung in die Oberstufe. Das liegt auch am engagierten Personal – das, von Schulleiter Robert Giese über Lehrkräfte bis zu Sonderpädagogen, den Besuch in den Sommerferien begrüßt. Ihnen sei „ein Herzensanliegen“, dass die Schule für alle stärker unterstützt wird, sagt Giese. Die Einrichtung hat ein gutes Konzept, die Lehrkräfte sind engagiert, aber die Schule hat mit einem massiven Sanierungsstau zu kämpfen. Viele Toiletten sind kaum benutzbar (s. S. 48, „Diesmal“), die Duschen defekt, es fehlt an barrierefreien und Pflegeräumen. DGB-Chef Hoffmann: „Eine Schule in einem so grottigen Zustand ist eines reichen Landes nicht würdig.“

Anja Dilk,
freie Journalistin

… gemeinsam mit DGB-Chef Reiner Hoffmann besichtigt sie den maroden Zustand der sanitären Anlagen der Fritz-Karsen-Schule in Berlin …

Fotos: Kay Herschelmann

Im Gespräch mit der Presse

Was tun gegen den Pädagogenmangel? Hilft eine andere Lehrkräftebildung; brauchen wir weit mehr Geld für Bildung? Diese Fragen diskutiert Tepe in München. Mit dem GEW-Landesvorsitzenden Anton Salzbrunn und dem Schulexperten Bernhard Baudler besucht sie Süddeutsche Zeitung, Bayeri-

schen Rundfunk und den Lokalsender Radio Lora. Nahezu alle Journalistinnen und Journalisten legen den Fokus auf das Thema Zeitverträge und fragen, ob diese Maßnahme der bayerischen Staatsregierung angesichts des Personalmangels nicht kontraproduktiv sei. Salzbrunn bejaht – und berichtet von Lehrkräften, die seit zehn Jahren von einer Befristung in die nächste rutschten: „Manche sind inzwischen so sauer, dass sie bei Tarifauseinandersetzungen trotz Befristung bereit sind, auf die Straße zu gehen. Bayern hält sich schadlos und belastet die Arbeitslosenversicherung.“ Das stark gegliederte Schulsystem und die dazugehörige Lehrkräftebildung machen die Lage im Freistaat besonders paradox: Während an Förder-, Grund-, Mittel- und beruflichen Schulen Lehrkräfte fehlen, werden auch zu Beginn des kommenden Schuljahres viele Gymnasial- und Realschullehrkräfte keine Anstellung finden. Tepe betont, ein zentraler Schritt sei die Bezahlung aller Lehrkräfte nach A 13 oder E 13. Berlin habe vorgemacht, wie es geht.

Doro Weniger,
DDS-Redakteurin, GEW Bayern

Foto: Werner Bachmaier

… in Bayern diskutiert sie mit dem GEW-Landesvorsitzenden Anton Salzbrunn (links) und Pressevertretern, warum es mehr Geld für Bildung geben muss …

Auf dem Rücken des Personals

Über den Pausenhof schallen Rhythmen. Etwa 450 Schülerinnen und Schüler der Körschtalschule in Stuttgart-Plieningen beginnen zu tanzen. Eine kleine Gruppe gibt die Choreografie vor; viele bewegen sich begeistert mit, andere schauen zu und trauen sich noch nicht mitzumachen. In die Menge hat sich Marlis Tepe gemischt, begleitet von der baden-württembergischen GEW-Vorsitzenden Doro Moritz. Vor drei Jahren wurde die Schule Gemeinschaftsschule. „Auf den Weg gemacht haben wir uns allerdings schon 2011. Da haben wir angefangen mit Lernwegelisten, Lernjobs und klassenübergreifenden Wochenplänen zu arbeiten. Und wenn man erstmal an einem Zahnrad gedreht hat, bewegt sich auch alles andere“, erzählt Schulleiterin Regine Hahn. 2012 führte die grün-rote Landesregierung die neue Schulart ein; heute gibt es in Baden-Württemberg 305 Gemeinschaftsschulen. Alle sind gebundene Ganztagsschulen, bereiten auf alle Schulabschlüsse vor, unterrichten also auf drei Niveaustufen, verzichten auf Noten, setzen auf vielfältige Methoden und verfolgen pädagogische Konzepte, die jedes Kind mitnehmen. Ohne intensive Zusammenarbeit von Lehrkräften aller Schulstufen mit Sonder- und Sozialpädagogen geht das nicht. „Wo nehmen Sie die Zeit für den immensen Organisationsaufwand her?“, will Moritz wissen. „Ohne Überstunden und großes Engagement kann man keine Gemeinschaftsschule aufbauen“, erwidert Rektorin Hahn. Tepe kann es kaum fassen: „Wenn der Staat keine Hilfestellung zur Verfügung stellt, wird das vollständig auf den Rücken der Lehrkräfte geladen. Ich werde mich in Gesprächen mit Merkel und Schäuble, mit Schulz und Gabriel dafür einsetzen, dass das Sparen an Bildung eingestellt wird. Wir brauchen mehr Geld.“

Julia Stoye,
Internetredakteurin, GEW Baden-Württemberg

***Namen geändert**
Ausführliche Berichte der Tour „GEW in Bildung unterwegs“ sind auf der GEW-Website zu finden: www.gew.de/weiter-denken/tour/.

Foto: Christoph Bächtle

… und in Baden-Württemberg tanzt sie mit Schülerinnen und Schülern auf dem Pausenhof der Körschtalschule in Stuttgart-Plieningen gut gelaunt in den Tag hinein.

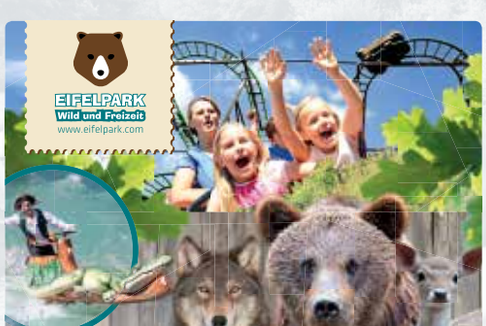
KLASSENFAHRTEN
zum Erlebnis-Gästehaus in der Eifel

youtel BITBURG

Ihr professioneller Anbieter für erlebnispädagogische Programmangebote zu unterschiedlichen Themen

Idealer Ausgangspunkt für Ausflüge, zum Beispiel:
· Wild und Freizeit im Eifelpark in Gondorf
· Ganzjähriges Freizeitvergnügen im CASCADE Erlebnisbad Bitburg
· Erlebnis Urzeit im Dinosaurierpark Teufelsschlucht

JUGENDHOTEL BITBURG · Westpark 10 · 54634 Bitburg
Tel. 065 61 / 94 44 10 · info@youtel.de · www.youtel.de



Für und Wider der Inkusion werden in der GEW zurzeit heiß diskutiert. Gerade bei vielen hochmotivierten Kolleginnen und Kollegen, so schreibt ein Leser, verstärke sich immer mehr der Frust, die „Mammutaufgabe“ Inklusion umzusetzen. Dringend notwendig sei es deshalb, die Rahmenbedingungen zu verbessern.

// „Es gibt keine Alternative zur Inklusion.“* So lautet die Überschrift des Beschlusses, den der GEW-Gewerkschaftstag mit großer Mehrheit im Mai in Freiburg verabschiedet hat. Der Beschluss beschreibt, welche personellen und materiellen Voraussetzungen und welche Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, damit Inklusion umgesetzt werden kann – und dies nicht auf dem Rücken der Lehr- und sozialpädagogischen Fachkräfte sowie der Kinder ausgetragen wird. Dafür kämpft die GEW auf allen Ebenen. Dabei benennt sie auch die Bedingungen, wie das Nebeneinander von Förder- und allgemeiner Schule mittel- bis langfristig schrittweise aufgehoben werden kann. Das alles ist wichtig, denn die Politik ist gerade dabei, den Erfolg einer umfassenden Inklusion des Bildungswesens vor die Wand zu fahren. Der Grund: Sie stellt zu wenig Geld, zu wenig Personal und Zeit sowie wissenschaftliche Begleitung des Inklusionsprozesses bereit. Das bedeutet schlechte Arbeitsbedingungen für Lehr- und sozialpädagogische Fachkräfte sowie schlechte Lernbedingungen für die Schülerinnen und Schüler. Eine ganze Reihe Kolleginnen und Kollegen ist, wie die lebhafte Leserdebatte und die Diskussion in den GEW-Landesverbänden zeigen, mit dem Gewerkschaftstagsbeschluss nicht einverstanden. In den Leserbriefen werden die Berichterstattung in der Mai-Ausgabe der E&W (Schwerpunkt Inklusion) und der Inklusionsbeschluss des Gewerkschaftstages, über den E&W in der Juni-Ausgabe berichtet hat, thematisiert. Die folgenden Seiten dokumentieren die Debatte zu dem umstrittenen Thema. //

Alle müssen ran!

(E&W 5/2017, Seite 6 ff.: Schwerpunkt Inklusion)

Mich haben die Berichte der Kolleginnen und Kollegen über ihre Inklusionserfahrungen sehr bewegt. Allerdings: So lange es nicht selbstverständlich ist, dass Menschen mit ihren Einschränkungen bzw. besonderen Begabungen überall in den Betrieben, den Geschäften, bei den Behörden, den Gewerkschaften und in sonstigen Einrichtungen tätig werden können, kann sich die Gesellschaft zurücklehnen und erleichtert feststellen, dass sich in den Schulen in Sachen Inklusion schon eine Menge tut. Sorry – so nicht! Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe! Auch Betriebe, Geschäfte, Gewerkschaften und sonstige Einrichtungen müssen da ran! Nur so wird das eine runde Sache, die den so beschulten Kindern und Jugendlichen Hoffnung macht.

Lutz Wedel, Elbe

Foto: Dominik Burschardt

Realität wahrnehmen!

Zunächst einmal ein Dankeschön für die lebendigen Berichte aus dem schulischen Alltag. Sie zeigen das Engagement vieler Kolleginnen und Kollegen, ohne die ein solches Vorhaben illusionär wäre. Das ermutigt! Allerdings kann sich die E&W-Redaktion doch nicht auf das Thema Motivation beschränken, sondern hat einen gewerkschafts- und bildungspolitischen Anspruch. Das bedeutet: Ja, wir sollen Inklusion in Angriff nehmen – müssen dabei aber auch das schulpolitische Umfeld reflektieren. Das deutsche Schulsystem ist eben nicht inklusiv, sondern mit seiner Zwei- bis Viergliedrigkeit genau auf das Gegenteil ausgelegt: auf Auslese und Separation, und damit auf die Grundannahme, dass etwa an einem Gymnasium bereits die Inklusion eines Realschülers ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Natürlich müssen wir uns für Inklusion engagieren. Aber dies wird nicht gelingen, wenn wir nicht die Strukturen unseres Schulsystems explizit in Frage stellen, die Inklusion bei uns schwieriger macht als in anderen Ländern. Dass dies hier nicht geschieht, nicht einmal durch Klaus Klemm – der weiß das besser als ich –, enttäuscht mich. Da hilft auch die engagierte Kollegin an einem Berliner Gymnasium nicht, wenn sie sich für ihre heterogene Schülerschaft einsetzt. „Alle sollen mitkommen können“, müsste doch richtiger heißen: „Alle, die vorher ausgelesen worden sind, sollen mitkommen können.“ Also bitte den guten Willen zur Änderung durch Wahrnehmung der Realität ergänzen!

Thomas Isensee, Berlin

Frust wird größer

Vielen Dank für die umfassende Berichterstattung zur Inklusion. Doch selbst bei hoch motivierten Lehrerinnen und Lehrern, die diese „Mammutaufgabe“ in Regelschulen in Nordrhein-Westfalen umzusetzen versuchen, verstärkt sich immer mehr der Frust. Ich befürchte, dass ohne eine Verbesserung der Rahmenbedingungen mit mehr Personal- und Sachressourcen die Gruppe der „Inklusionsgegner“ immer größer wird. Schade, dass Sie in diesem Zusammenhang nicht auf den sehr sehenswerten Dokumentarfilm „Ich. Du. Inklusion – wenn Anspruch auf Wirklichkeit trifft“ hingewiesen haben.

Rolf Haßelkus, Bonn

So nicht!

Der Grundgedanke inklusiver Bildung ist nachvollziehbar und sinnvoll. Leider übersehen die Befürworter dieser Idee in ihrer Blauäugigkeit aber die praktischen Konsequenzen: Denn a) sind die Lehrerinnen und Lehrer dafür nicht ausgebildet, b) sind die Schulen dafür nicht eingerichtet, c) fehlt es vorn und hinten an menschlichen

Das **Montessori-Zentrum Hofheim** ist eine Bildungseinrichtung in freier Trägerschaft, in der etwa 360 junge Menschen begleitet werden. Das Zentrum betreibt neben einem **Kinderhaus** eine staatlich anerkannte Schule mit **6-jähriger Grundschule** ab Eingangsstufe, einer **integrierten Gesamtschule**, die zum staatlichen Haupt- oder Realschulabschluss führt, und einer **gymnasialen Oberstufe**, die zum Zentralabitur führt. Wir arbeiten durchgehend nach dem reformpädagogischen Ansatz Maria Montessoris und begreifen Lernen als einen persönlichkeitsbildenden lebenslangen Prozess.
Die Kinder und Jugendlichen arbeiten grundsätzlich in jahrgangsgemischten Gruppen. Kinder mit besonderen Bedürfnissen sind uns in jeder Altersstufe willkommen.

Wir suchen ab 1.2.2018 oder früher für die Sekundarstufe und die gymnasiale Oberstufe eine/n ausgebildete/n

Physiklehrer/in – gerne mit Zweitfach Mathematik –, der/die

- Freude an der Arbeit mit jungen Menschen hat und sie in ihrer Persönlichkeit respektiert,
- Experte/in ist und über seine/ihre Fachgrenzen hinaus blickt,
- Fachlehrer/in ist, seine/ihre Aufgabe aber in der Begleitung und Unterstützung des ganzen Menschen sieht,
- im Team mit uns Unterricht weiterentwickeln möchte im Sinne selbstgesteuerten und nachhaltigen Lernens wie Montessori dies für die 3. Entwicklungsstufe konzipiert hat,
- bereits Montessori-Pädagoge/in ist oder bereit ist, sich darauf einzulassen und ausbilden zu lassen.

Voraussetzungen: 1. und 2. Staatsexamen für Sekundarstufe II

Wir bieten
- eine angenehme und sehr kollegiale Arbeitsatmosphäre
- eine angemessene Bezahlung angelehnt an TV-H

Bewerbungen richten Sie bitte an:
Montessori-Zentrum Hofheim e.V., Schloßstraße 11, 65719 Hofheim

Weitere Informationen erhalten Sie über unsere Homepage **www.montessori-hofheim.de** oder über unsere Verwaltung bei Frau Lampe, E-Mail: **lampe@montessori-hofheim.de,** Telefon: **06192/309222**

Mit Kraft ins neue Leben

AKUTKLINIK URBACHTAL
PRIVATKLINIK FÜR PSYCHOSOMATIK UND PSYCHOTHERAPIE

* Depressionen
* Angststörungen
* Chronische Schmerzen
* Traumafolgestörungen
* Burnout
* Lebenskrisen

* Hochfrequente Therapien
* Herzlichkeit und Mitgefühl
* Individualität in familiärem Kreise
* 60 Betten / 30 Therapeuten

Psychosomatisches Privatkrankenhaus
beihilfefähig

88339 Bad Waldsee
0 75 24 990 222
(auch am Wochenende)
www.akutklinik.de

wie finanziellen Ressourcen, d) fehlen Perspektiven, was mit den Kindern nach dem Ende ihrer Schulpflicht geschehen soll, und e) können Förderschulen z. B. im Bereich der Lernbehinderung viel erfolgreicher arbeiten.

Ich unterrichte an einer Grundschule in Bayern (Brennpunktschule, 80 Prozent Migrationsanteil, 60 Prozent der Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten). Ich hatte immer wieder Kinder, die auf Grund ihrer Lernbehinderung – trotz aller Individualisierungs- und Differenzierungsmaßnahmen – in einer Regelklasse nicht adäquat zu unterrichten waren. Haben die Eltern einem Besuch der Förderschule nicht zugestimmt, folgte oft ein Leidensweg: sinkendes Selbstbewusstsein, resignierende Vergleiche mit den Mitschülern, abfallende Leistungen, Lernunwilligkeit, Druck machende Eltern etc. Am Ende stand häufig entweder wieder die Förderschule – womit zwei Jahre verloren waren –; oder die Kinder wurden bei beantragter Notenaussetzung „durchgezogen“ und standen am Ende ohne jeden Abschluss da. Da hätten sie auf einer Förderschule mehr Chancen gehabt. Fazit: Freiwillige Inklusion ja – aber nicht als Sparmaßnahme und auf Kosten aller Betroffenen.

Jochen Adam, Ulm

GEW auf Kurs?

(E&W 6/2017, Seite 6 f.: „Keine Alternative zur Inklusion“, und S. 10: „Inklusion ist alternativlos“)

Nun haben es die Erfinder der Inklusion also geschafft, die GEW voll auf Kurs zu bringen, damit diese auf Gedeih und Verderb durchgesetzt werden kann. Gab es noch Zweifler und Mahner, so wurden diese mit einer schönen Wunschliste ruhiggestellt. Dabei ist alles nur auf eine willkürliche Auslegung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zurückzuführen. Bei realistischer Betrachtung der Verhältnisse müsste jedem einleuchten, dass es in Deutschland niemals gelingen wird, alle Schulen personell, technisch und organisatorisch so auszustatten, dass sie für jeden Schüler mit speziellem Förderbedarf geeignet sind. Dafür die funktionierenden Förderschulen abzuschaffen, halte ich für einen fatalen Irrweg, auf dem die betroffenen Kinder einem Experiment mit ungewissem Ausgang ausgeliefert werden. Für das Scheitern wird dann wie üblich keiner die Verantwortung übernehmen. Dass die GEW da die Vorreiterrolle übernehmen will, beweist nur, dass sie sich wider besseren Wissens dem Willen der Obrigkeit beugt. Für mich ist es damit sinnlos, Gewerkschaftsmitglied zu bleiben.

Herta Schödwell, Schwarz

Wider die „Alternativlosigkeit“

Herzlich willkommen in Merkel-Land! In Ihrem Heft vom Juni muss man nur wenige Seiten blättern, um darüber informiert zu werden, was „alternativlos“ ist. Alternativlos ist und bleibt aber das Gegenteil von „weiter denken“. Als jemand, der im Bereich SBBZ mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung tätig ist, erlebe ich täglich, wie lebensfern und engstirnig diese Prinzipienreiterei ist und wie pädagogische Systematiken aufgebaut werden, in die Schülerinnen und Schüler anschließend gequetscht werden sollen. Auch Eltern machen diese Erfahrung. Diskutieren ist notwendig, Denken ganz gewiss auch. „Alternativlos-Geplapper“ braucht niemand.

Jochen Klumpp, Heidelberg

Entsetzlicher Beschluss

Mit Entsetzen habe ich den Beschluss des Gewerkschaftstages zur Inklusion zur Kenntnis genommen. Die Abschaffung von Förderschulen beachtet nicht, dass es außer lern- und leseschwachen Kindern auch Mädchen und Jungen gibt, die spezieller Förderung bedürfen. Die Generalisierung des Begriffs Förderbedarf, unter dem Menschen von Migranten bis zu Schwerstmehrfachbehinderten in einen Topf geworfen werden, deutet auf Unkenntnis hin und ist wohl eher dem Einspargedanken geschuldet. Pädagoginnen und Pädagogen mit zwei Fächern, die zur allgemeinen Pädagogik und Methodik allgemeine Sonderpädagogik, fünf verschiedene und sehr differenzierte Fachpädagogiken mit therapeutischen Kenntnissen bedienen sollen, müssten nicht nur Universal-, sondern auch organisatorische Genies sein. Dies zu fordern, ist eine Zumutung für alle Betroffenen und in der Praxis die Verweigerung von guten Förderbedingungen für die, die sich am wenigsten wehren können. Ein langzeitschreiendes, weil von der Reizüberflutung im Klassenraum überfordertes Kind muss „separiert“ werden. Auch ein Kind mit Down-Syndrom wird einem Fachunterricht ab Klasse 5 nicht folgen können und braucht „Separierung“; und sei es in einer Klassenecke. Damit aber werden diese Kinder stärker separiert als in einer Förderschulgruppe. Erste Erfahrungen zeigen, dass Kinder, die die Grundschulzeit inklusiv absolvierten, unselbstständiger und weniger selbstbewusst in der Förderschule ankamen und dort zu fröhlichen, selbstbewussten Kindern wurden. Die Lösung bieten eigentlich nur Schulkomplexe, die partielles Miteinander organisieren und individuellen Förderbedarf ermöglichen (als spezielle Form der Integration fachlich seit langem bekannt). Behinderte Kinder erfahren sich in einer Gruppe von „Behinderten“ meist weniger behindert. Auch der Selbsthilfegruppeneffekt wird allgemein nicht angezweifelt.

Petra Hardt, Suhl

Viele Wege sind möglich

„Alternativlos; abschaffen; Parallelsysteme aufheben“ – mit diesen Stichworten wird eine Ideologie transportiert, laut der es den einen richtigen Weg gibt, und die GEW weiß, wohin er geht. Müssen wir diskutieren, ob für manche Schülerinnen und Schüler eine inklusive Beschulung und für andere eine Schule, in der sie „Gleiche unter Gleichen“ sein können, die bessere Alternative ist? Ich war immer der Meinung, dass eine möglichst vielfältige Schullandschaft das Ziel sein sollte – so dass möglichst viele Kinder und Eltern möglichst große Auswahlmöglichkeiten, also Alternativen, haben. Statt alternativlos Strukturen abzuschaffen, die in langer Zeit gewachsen sind und entwickelt wurden, wäre es auch möglich zu überlegen, wie Inklusion auch hier, an den SBBZen – wie über-

all in unserer Gesellschaft – weiterentwickelt werden kann.
Denn Ideologie („Wir schaffen Gleichheit, indem wir alle zusammenstecken“) hemmt gerne mal die Sicht auf die – gut gelebte – Realität und auf Alternativen aller Art. Bleiben die GEW-Funktionäre bei ihrer starren Haltung, dann ist für mich die GEW-Mitgliedschaft nicht alternativlos.

Peter Wildt, SBBZ Fö-E, Stuttgart

Ärgerlich!

Seit längerem ärgere ich mich über die Haltung der GEW zum Thema Sonderschulen/SBBZ. Inklusion ist ein lohnenswertes Ziel, wenn die Rahmenbedingungen stimmen und die Schülerinnen und Schüler die Förderung bekommen, die sie brauchen. Dies gilt es in jedem Einzelfall zu prüfen. Der Beschluss, „das Parallelsystem von Förder- bzw. Sonderschulen und allgemeinen Schulen schrittweise aufzuheben“ ist ein für mich unerträglicher Schritt in die falsche Richtung. Ich kann die Forderung der GEW, die inklusiven Bildungsangebote besser auszustatten, ebenso mit Nachdruck unterstützen, wie jene nach wissenschaftlicher Begleitung der inklusiven Settings. Die zur Headline erkorene Leitlinie „Keine Alternative zur Inklusion“ ist aber aus meiner Sicht unrealistisch, unnötig und unhaltbar. Sie geht nicht nur an den herrschenden Realitäten in den Schulen komplett vorbei. Sie ignoriert auch die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler sowie deren Menschenrecht auf adäquate Bildung, Förderung und Teilhabe. Ebenso ignoriert sie Vorstellungen sehr vieler Eltern von Kindern mit Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot. Und: die Erfahrungen und Einschätzungen zahlreicher GEW-Mitglieder, mit denen ich als GEW-Personalrat Kontakt habe.
Aus meiner Sicht hat sich eine Gewerkschaft zunächst um die Arbeitsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen zu kümmern – und diesbezüglich gäbe es im Augenblick mehr denn je zu tun – und nicht in erster Linie eine Bildungspolitik aus dem Elfenbeinturm zu betreiben, die sich ideologisch verbrämt über jede Realität, weite Teile der Basis und die Rechte und Bedürfnisse der Betroffenen hinwegsetzt.
Auch kann ich nicht akzeptieren, dass die GEW Alternativlosigkeit postuliert. In unseren Schulen wie in unserem Zusammenleben muss es immer Alternativen geben. Spätestens wenn sich herausstellt, dass ein Weg nicht zum Ziel führt oder sich auf die Entwicklung kontraproduktiv auswirkt, ist die Existenz von Alternativen schlicht und ergreifend Menschenrecht!
Weshalb ausgerechnet die GEW einen derartigen Absolutheitsanspruch erhebt, ist mir vollkommen schleierhaft! Klar ist mir aber, dass ich mich davon eindeutig distanzieren werde. Aus diesem Grund kündige ich nach 28 Jahren meine Mitgliedschaft und lege konsequenterweise, aber schweren Herzens, mein langjähriges Mandat als GEW-Personalrat nieder.

Hubert Wyrwich, Gäufelden

*www.gew.de/Beschluss-3-17-PDF

WAS STEHT WIRKLICH IN EMMA? JENSEITS DES KLISCHEES!
DAS PROBE-ABO.
DREI EMMAS ZUM HALBEN PREIS.

3 HEFTE NUR 12.50 €
(statt 22.50) + Buchgeschenk bei Bankeinzug

WWW.EMMA.DE/ABO • T 0711/7252 285

Asylsuchende Menschen müssen umfassend über ihre Rechte aufgeklärt werden. Das Bayerische Sozialministerium teilt diese Auffassung offenbar nicht und übt jetzt mit einem Schreiben auf die Träger der Asylsozialberatung Druck aus. Das rief breiten Protest hervor.

Foto: dpa

Bleibeberatung exklusive

// Das Bayerische Sozialministerium will Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in der Asylberatung offenbar davon abhalten, Geflüchtete umfassend über ihre Rechte aufzuklären. Sie werden praktisch aufgefordert, die Menschen zur Rückkehr in ihre Herkunftsländer zu bewegen. Mehr als 2 000 Fachkräfte und 70 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler protestierten. //

Asylsuchende nicht darüber zu informieren, welche Rechte sie haben, wenn sie abgeschoben werden sollen? Für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in Beratungsstellen ist das ein absurder Gedanke – für das Bayerische Sozialministerium offensichtlich nicht. Es schickte den Trägern der Asylsozialberatung im Frühjahr ein Schreiben, das sie über die „Dos and Don´ts“ ihrer Arbeit aufklärte – und unverhohlen damit drohte, bei Nichteinhaltung die Förderung zu streichen. Schwerpunkt der Asylberatung, heißt es in dem Rundbrief, sei, Asylsuchende „objektiv und realistisch“ über ihre Situation aufzuklären – inklusive des Hinweises auf eine etwaige Ausreisepflicht; oder auch auf die Anerkennungsquoten im Asylverfahren insgesamt.

Nicht vereinbar

Explizit nicht vereinbar mit dem Förderzweck der Asylsozialberatungsrichtlinie – vulgo: der Mittelvergabe – sei die Kommunikation von Hinweisen des Bayerischen Flüchtlingsrats, wie sich Menschen „bevorstehenden Abschiebungen entziehen können“ und „welche weiteren Rechtsmittel eingelegt werden können“. „Rein vorsorglich“ wies das Ministerium zudem darauf hin, „im Wiederholungsfall“ sei ein Widerruf der Förderung möglich.

Das Schreiben rief breiten Protest hervor. „Wir sind Sozialarbeiter/innen und keine Abschiebehelfer/innen“, empört sich der Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit (AKS) in München in einem Aufruf an das Ministerium, den „Drohbrief“ sofort zurückzunehmen. Unter den Protestierenden sind auch viele Organisationen, darunter die GEW Bayern. „Das Schreiben ist nicht hinnehmbar“, sagt AKS-Sprecher Rafael Alfaro. Für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter stehe im Mittelpunkt, ihre Klientinnen und Klienten umfassend zu beraten – und zwar unabhängig von staatlichen Interessen.

Das betont auch die Geschäftsführerin der GEW München, Siri Schultze: Die Qualität der Arbeit dürfe nicht durch staatliche Einflussnahme eingeschränkt werden, „indem einseitige Beratung und das Verschweigen wesentlicher Informationen angeordnet werden“. Das gelte für alle Fachgebiete. Insbesondere Flüchtlinge wüssten häufig nichts über ihre Rechte und Möglichkeiten. Die Gewerkschafterin hält es für „hochproblematisch“, wenn sich das Sozialministerium dieses Nicht-Wissen bewusst zunutze mache: „Dahinter steckt die Intention, dass diese Menschen nicht hierbleiben sollen.“ Sie fordert die Regierung auf, sich lieber der Integration von Geflüchteten in die Gesellschaft zu widmen – anstatt ihnen ihre Rechte vorzuenthalten und sie von vornherein auszugrenzen.

Bleibefrage: elementar

Tatsächlich ist die Frage, was sie tun können, um zu bleiben, für zahlreiche Geflüchtete elementar. Viele erhielten derzeit die Ablehnung ihres Asylantrags, berichtet AKS-Sprecher Alfaro: „Sie haben alle Angst, dass sie zurückgeschickt werden.“ Natürlich seien Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter keine Juristen und leisteten keine Rechtsberatung. Aber sie könnten sehr wohl darauf hinweisen, welche Rechtsmittel möglich seien. Mehr noch: Es sei ihre Pflicht. Seiner Meinung nach wäre es „illegal“, Geflüchtete nicht in vollem Umfang über ihre Möglichkeiten aufzuklären.

Doch viele Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter seien durch den Ministeriumsbrief verunsichert, sagt der AKS-Sprecher. Er ist allerdings trotzdem optimistisch, dass sich durch das Schreiben in der Praxis kaum etwas ändern werde: „Wir gehen davon aus, dass die Arbeit nach wie vor so gemacht wird, wie die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter es für richtig halten.“

Kathrin Hedtke,
freie Journalistin

Schmutzige Gewinne

// Ob Aktienkauf oder Altersvorsorge: Nur wenige Menschen wissen, dass sie mit ihren Geldanlagen nicht selten Kinderarbeit unterstützen. Einerseits liegt das an der mangelnden Berichtspflicht für Banken und Fonds-Anbieter. Doch auch Anleger könnten mehr Interesse zeigen. //

Sie fällen Bäume, graben in sengender Hitze Erde um und versprühen Gift ohne Schutzmaske, damit die Pflanzen gedeihen: Im Tabakanbau ist Kinderarbeit nach wie vor weit verbreitet. Mitarbeiter von Menschenrechtsorganisationen wie Unfairtobacco oder Human Rights Watch haben selbst Fünfjährige auf Tabakfeldern in Malawi, Brasilien oder Indonesien angetroffen. Die Kinderarbeiter verpassen nicht nur den Unterricht. Sie werden auch krank. Allein in Malawi im Süden Afrikas nehmen diese Kinder laut einer Studie von Plan International bis zu 54 Milligramm Nikotin am Tag über die Haut auf. Dieselbe Menge steckt in 50 Zigaretten.

Dass sie mit ihrem Ersparten oder über ihre Altersvorsorge Kinderarbeit fördern oder jedenfalls von ihr profitieren, wissen häufig weder Aktienanleger noch Rentner und Pensionäre, die eine Riester- oder Rürup-Rente abgeschlossen haben oder von einem Versorgungsfonds der Bundesländer profitieren. Auch die Länder erlauben nämlich zur Sicherung des Ruhestands ihrer Beamten und Angestellten neben Staatsanleihen Aktien – und machen davon in Zeiten von Niedrigzinsen auch bei Rücklagen für angestellte Lehrkräfte zunehmend Gebrauch. Investments in die Tabakindustrie sind weit verbreitet.

Nicht nur Kinderarbeit auf Tabakplantagen wird unterstützt. „Anlagestarke Bereiche sind auch Gold- oder Coltanminen, in denen Kinder schürfen, sowie Investments in Rohstoffe wie Kakao, Baumwolle und Palmöl, die von Kindern geerntet werden. Indirekt betrifft das Thema auch Anlagen bei der Rüstungsindustrie – diese bringt ja Kindersoldaten hervor“, erklärt Antje Ruhmann, Kinderrechtsexpertin bei terre des hommes. Oft, ergänzt sie, deckten gerade die renditestarken Fonds Sektoren ab, „die prädestiniert sind für Kinderarbeit“. Und nur wenige Unternehmen am Kapitalmarkt könnten ausschließen, dass über ihr Geschäft, an irgendeinem Punkt der oft den ganzen Globus umspannenden Lieferkette, auch Minderjährige ausgebeutet werden.

Große Intransparenz

Dass so wenige Verbraucher wissen, wo ihr Geld landet, liegt zum einen an der großen Intransparenz: „Es gibt so gut wie keine Berichtspflicht für Versicherungen und Banken, ob sie das Geld nachhaltig investieren“, kritisiert Thomas Küchenmeister und spricht von einem „großen schwarzen Loch“. 2011 gründete er Facing Finance; die Organisation veröffentlicht Berichte über fragwürdige Geschäfte zwischen Banken und Firmen. Küchenmeister verweist aber auch auf mangelndes Interesse der Anlegenden, die sich in aller Regel lediglich für Risiken und Erträge interessierten: „Selbst wer Bio kauft und das Auto stehenlässt, guckt oft weg, wenn es um nachhaltige Geldanlagen oder seine Altersvorsorge geht.“ Ruhmann ergänzt: „Viele verknüpfen das Thema Geldanlage gedanklich nicht mit Kinderarbeit.“ Küchenmeister geht davon aus, dass zurzeit lediglich etwa drei Prozent aller Anlagen soziale und ökologische Mindestkriterien berücksichtigen. Gemeinsam mit Gewerkschaften wie ver.di, Verbraucherzentralen und Hilfs-

Kindern eine Kindheit geben

Mach mit! Unterstütze die Projekte der GEW-Stiftung *fair childhood.*
Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00
BIC: BFSWDE33MUE

www.fair-childhood.de

fair childhood ist eine Treuhandstiftung unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds

Ja, ich möchte mehr Informationen *fair childhood.* Bitte sendet mir weitere Informationen zu.

E&W 09/2017

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

Bitte sende diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:

fair childhood
GEW-Stiftung „Bildung statt Kinderarbeit“
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main

fair childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

organisationen wie Brot für die Welt fordert Facing Finance von Bund und Ländern, soziale und ökologische Kriterien für ihre Pensionsfonds festzulegen – kurz: unethische Investments auszuschließen. Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) kritisiert auf Anfrage der E&W, Richtlinien für „die Verwaltung der Mittel von Versorgungsrücklagen und Versorgungsfonds, mit denen unethische Investments ausgeschlossen werden können“ seien „derzeit noch die absolute Ausnahme“. Als Positivbeispiel verweist der DGB auf das Land Berlin: Dort bleiben Unternehmen, die Kinderarbeit zulassen, bei den Anlagestrategien für die Versorgungsrücklagen außen vor.

Davon, dass der Staat darauf achte, mit Kinderarbeit und Ausbeutung keine Kasse zu machen, „sind wir leider weit entfernt“, erklärt Verbraucherschützer Küchenmeister. Mehr noch: Die Berichtspflicht bei der privaten Altersvorsorge sei „sogar zurückgefahren worden, Geld und Investment werden mehr geschützt als das Interesse von Kindern“. Bei der vom Staat unterstützten Riester-Rente etwa genüge eine jährliche Eigenerklärung der beteiligten Unternehmen, dass ökologische oder soziale Vorgaben berücksichtigt werden. Damit, so der Facing-Finance-Gründer weiter, mache sich die Bundesregierung unglaubwürdig: „Deutschland verbietet Kinderarbeit und hat die UN-Kinderrechtskonvention unterzeichnet, erlaubt aber gleichzeitig allen Banken, Bürgern und staatseigenen Unternehmen, am Finanzmarkt von Kinderarbeit zu profitieren.“ Küchenmeister: „Das ist ein Skandal.“

Schwierig zu erkennen

„Saubere“ Produkte, die Investitionen in Unternehmen ausschließen, welche Kinderarbeit oder Tierversuche zulassen, nach Erdöl bohren oder auf Gentechnik, Waffen, Landraub oder Atomkraft setzen, gibt es auf dem Finanzmarkt durchaus. Diese sind allerdings schwierig zu erkennen. Verbraucherzentralen bemängeln, ein all-

Im Tabakanbau ist Kinderarbeit nach wie vor verbreitet wie hier auf Java. Die Kinderarbeiter verpassen nicht nur den Unterricht. Sie werden durch die Aufnahme von Nikotin auch krank. Doch welcher Aktienanleger weiß, dass er über seine Altersvorsorge Kinderarbeit fördert oder von ihr profitiert?

Foto: Marcus Bleasdale for Human Rights Watch

gemeingültiges Gütesiegel für ernsthaft ökologische oder faire Investments gäbe es nicht. Küchenmeister sagt: „Viele Anbieter bemänteln sich mit nichtssagenden Siegeln. Da muss man schon genau hinschauen."

So bleiben Anlegern nur folgende Möglichkeiten: Entweder sie wenden sich an Umweltbank, EthikBank, Triodos Bank oder die älteste Ökobank GLS: Deren Geschäftsmodelle sind transparent und orientieren sich an ökologischen und sozialen Standards. Oder sie kümmern sich selbst um nachhaltiges Investment, haken immer wieder nach, studieren Portfolios und Rankings. Das allerdings kostet Zeit – und Nerven: „In ihren Berichten führen Fonds zwar die Namen der Unternehmen auf, in die sie investieren – doch dann weiß man immer noch nicht, was sich dahinter verbirgt", erläutert Küchenmeister. Selbst nachhaltige Akteure in der Finanzbranche verbreiteten in ihren Hochglanzbroschüren schwammige Angaben.

Wie Nachhaltigkeit definiert wird, bestimmen die Anbieter der Finanzprodukte außerdem in der Regel selbst. So rühmen sich viele Fonds und Banken damit, mit dem UN Global Compact eine Initiative für verantwortungsvolle Unternehmensführung unterzeichnet zu haben. „Damit glauben sie, sie sind aus dem Schneider", konstatiert Küchenmeister. Dabei seien auch Hersteller von Atomwaffen dem Pakt beigetreten.

Außerdem picken die meisten nachhaltigen Fonds die Aktien nach dem „Best-in-Class-Ansatz" heraus. Das bedeutet: Das Geld des Fonds wird in den jeweiligen Branchenprimus investiert – also in jenes Unternehmen, das innerhalb der eigenen – möglicherweise durchaus schmutzigen Branche – ökologische und ethisch-soziale Standards noch am besten umsetzt. Dies kann zu der bizarren Situation führen, dass sich im Portfolio eines solchen Fonds Aktienanteile von Ölkonzernen wie BP finden – weil BP auch einer der weltweit größten Hersteller von Solarzellen ist.

Martina Hahn,
freie Journalistin

Weitere Informationen:

- Altersvorsorge: www.faire-rente.de (von Facing Finance e. V.) und Broschüre „Wie fair ist meine Riester-Rente?" Download: www.facing-finance.org/de/2017/05/wie-fair-ist-meine-riester-rente
- Kriterien: Brot für die Welt und Südwind-Institut für Ökonomie und Ökumene haben Kriterien formuliert, die Finanzanlagen außer aus sozialer und ökologischer auch aus entwicklungspolitischer Sicht bewerten: www.fairworldfonds.de.
- Grüne Anlagen: Natur-Aktien-Index NAI: www.nai-index.de; EcoTopTen Plattform für ökologische Spitzenprodukte: www.ecotopten.de
- Hilfe: „Leitfaden Fair investieren" (Brot für die Welt) https://info.brot-fuer-die-welt.de/blog/fair-investieren-entwicklung-foerdern-geht; „Leitfaden für ethisch-nachhaltige Geldanlage" (EKD, 2016): www.ekd.de/ekdtext_113.htm, außerdem www.facing-finance.org; https://urgewald.org; www.nachhaltiges-investment.org; www.eurosif.org
- Rating-Agentur: Oekom Research: www.oekom-research.com
- Checkliste Faire Geldanlage in: Martina Hahn: „Fair einkaufen – aber wie?", Frankfurt a. M., 2016 M.H.

Für das Fünf-Städte-Heim Hörnum/Sylt suchen wir zum 01.03.2018

eine/einen Hausleiterin/Hausleiter oder ein Hausleiterpaar

Das Fünf-Städte-Heim ist ein Jugenderholungs- und Schullandheim mit rund 440 Jugendbetten. Zu unseren Gästen gehören Kinder und Jugendliche aus Schulen, Sportvereinen sowie Jugendverbänden aus dem ganzen Bundesgebiet.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.fuenf-staedte-heim.de (Aktuelles/Stellenangebote).

Ihre vollständige Bewerbung richten Sie bitte unter Angabe Ihrer Gehaltsvorstellung an: Fünf-Städte-Verein Pinneberg e. V., Wassermühlenstr. 7, 25436 Uetersen oder per Mail: info@fuenf-staedte-heim.de

"Den Menschen im Blick"

Geprägt von dieser Philosophie erbringen wir seit über 20 Jahren eine medizinische Versorgung auf höchstem Niveau in den Bereichen Psychosomatik, Psychotherapie und Naturheilverfahren.

Die in traumhafter Landschaft des Allgäus und in unmittelbarer Nähe zum Bodensee gelegene Privatklinik mit ausschließlich Einzelzimmern ist eine Klinik zum Wohlfühlen.

Das Konzept unserer Klinik soll sowohl naturwissenschaftlich-schulmedizinischen als auch psychosomatischen Ansprüchen gerecht werden und ist u. a. ideal geeignet zur Behandlung von Burn-out, Angsterkrankungen und Depressionen.

Ein Aufenthalt dauert in der Regel 4-6 Wochen, integriert verschiedene psychotherapeutische Behandlungsmethoden und ist dem Grunde nach beihilfefähig.

Bei Fragen zu einem Aufenthalt hilft Ihnen unser Patientenservice gerne weiter.

Panorama Fachklinik Scheidegg
Privatklinik Hubertus
Psychosomatik. Psychotherapie. Naturheilverfahren.
www.panorama-privatklinik.de * 0800 / 7 234 005

PANORAMA KLINIKEN SCHEIDEGG / ALLGÄU

Erzieherinnen gesucht

// Die Nachfrage nach Erzieherinnen und Erziehern ist in den vergangenen Jahren – unter anderem durch den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder, die jünger als drei Jahre sind – stark gestiegen. Nun steht die frühe Bildung vor einem Fachkräftemangel. Die Ausbildungskapazitäten halten mit dem steigenden Bedarf nicht Schritt. //

Die gute Nachricht ist: Der Ausbau der öffentlich geförderten Kinderbetreuung hat zu einem erheblichen Personalzuwachs im Kita-Bereich geführt. Die Zahl der dort Beschäftigten stieg zwischen 2006 und 2016 von rund 415 000 auf mehr als 666 000 – das entspricht einem Beschäftigungsplus von 61 Prozent. Damit sind in der frühen Bildung heute annähernd genauso viele pädagogische Beschäftigte tätig wie Lehrkräfte im allgemeinbildenden Schulwesen. Dies geht aus dem Fachkräftebarometer Frühe Bildung* hervor, das im Frühsommer erschienen ist. Kleinkinderbetreuung sei eine der Branchen mit dem stärksten Zuwachs an Personal, heißt es in dem von der Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte (WiFF) erarbeiteten Bericht.

Die gute Nachricht hat aber auch eine Kehrseite: Die Gewinnung von Erzieherinnen und Erziehern hält mit dem tatsächlichen Bedarf kaum Schritt. Dies gilt vor allem für den pädagogischen Nachwuchs. Zwar ist laut Fachkräftebarometer die Zahl der Fachschulen für Sozialpädagogik seit 2011 um 21 Prozent auf 593 Schulen bundesweit gestiegen – mit Zuwächsen vor allem bei privaten, nichtkirchlichen Fachschulen. Allerdings schließen von den jährlich rund 36 000 Ausbildungs-Startern lediglich 27 000 die Ausbildung erfolgreich ab. Hinzu kommen knapp 3 000 Absolventen der kindheitspädagogischen Studiengänge.

„Das ist zu wenig“, sagt der Kita-Experte der GEW, Björn Köhler. Bis 2025 könne damit lediglich der durch Ruhestand und sonstige Abgänge aus dem Beruf bedingte Personalbedarf gedeckt werden; diesen schätzt der Leiter des Vorstandsbereichs Jugendhilfe und Sozialarbeit auf rund 264 000 in den kommenden acht Jahren. Bis dahin würde aber für fast jedes zweite Kind, das jünger als drei Jahre ist, bundesweit ein Betreuungsplatz benötigt. Derzeit werden laut Statistischem Bundesamt erst knapp 30 Prozent dieser Altersgruppe in einer öffentlichen Einrichtung oder von einer Tagesmutter betreut. Einen höheren Personalbedarf sieht Köhler auch durch die Zuwanderung auf die Einrichtungen zukommen. Würde man, wie von der GEW gefordert, den Personalschlüssel für alle Altersgruppen nach wissenschaftlichen Standards verbessern, wäre in jedem Jahr noch einmal die gleiche Zahl von Neueinstellungen erforderlich, zusätzlich bräuchte es jährlich zwischen 8 000 und 10 000 Absolventinnen und Absolventen.

Gute Jobchancen

Für die Beschäftigten hat der derzeitige Engpass allerdings einen Vorteil: Erzieherinnen und Erzieher haben so gute Job-Chancen wie nie zuvor. Das bekommt auch Manuela Saupe, Leiterin einer Kita in Berlin, zu spüren: „Das größte Problem ist im Moment der Personalmangel.“ Die Ausbildungskapazitäten seien in Berlin zwar erhöht worden, „aber sie reichen bei weitem nicht aus“. Der Träger ihrer Einrichtung betreibt berlinweit 56 Kitas, kaum eine davon sei mit 100 Prozent Fachkräften belegt. Im 14-Tage-Takt würden derzeit Bewerberinnen und Bewerber zu Gesprächen eingeladen, erzählt Staupe: „Im Schnitt gibt es für eine Stelle zehn Interessenten.“ Weil diese allerdings meist mehrere Bewerbungen parallel laufen hätten, „können sie sich ihre Kita faktisch aussuchen“.

Jürgen Amendt,
Redakteur „neues deutschland“

***www.fachkraeftebarometer.de/downloads**

Der Bedarf an Fachkräften für Krippen und Kitas ist viel größer als die Zahl der jungen Menschen, die für den Erzieherberuf ausgebildet werden.

Foto: Alexander Paul Englert

2016 (Stichtag: 1. März) besuchten nach Angaben des Statistischen Bundesamtes bundesweit mehr als 719 000 Kinder unter drei Jahren eine Kita, die Betreuungsquote lag bei 32,7 Prozent (2006: 13,6 Prozent). Zum selben Zeitpunkt wurden gut 2,3 Millionen Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt in einer Kita betreut, ihre Zahl stieg allein gegenüber 2015 um knapp 39 000. Die Betreuungsquote in dieser Altersgruppe kletterte von 87,6 (2006) auf 94 Prozent (2016). J.A.

Arbeiten an deutschen Auslandsschulen

Die deutsche schulische Arbeit im Ausland ist ein bisher wenig untersuchtes Forschungsgebiet. Am 5./6. Oktober findet in Nürnberg auf Initiative der GEW und einer deutschen Universität zum dritten Mal eine Tagung zum Auslandsschulwesen statt. Die Tagung von GEW und Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg richtet sich an Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft wie Praxis, die sich mit schulischer Arbeit im Ausland beschäftigen.
Nähere Informationen:
www.gew.de/auslandsschularbeit

Franz Dwertmann,
ehem. Vorsitzender der AG Auslandslehrerinnen und -lehrer der GEW (AGAL)

Filmtipp: „Voneinander lernen“

„Wir schaffen das“ – wie man „das“ schafft, was Integration überhaupt ist und wie sie gelingen kann, zeigt der 90-minütige Film von Paul Schwarz „Voneinander lernen. Miteinander handeln. Integration auf dem Lande“ am Beispiel von fünf Migranten und Geflüchteten. Eineinhalb Jahre hat Schwarz junge Menschen aus Syrien, Kurdistan, der Ukraine und der Türkei in ihrem Alltag begleitet. Der Film spielt in einer ländlichen Region (Uchte, Niedersachsen) und gibt auch Antworten auf die Frage, wie sich Integration und sozialer Zusammenhalt auf dem Land von jenen in der Stadt unterscheiden.
Die DVD ist für zehn Euro plus Porto erhältlich: schwarzpaul@t-online.de oder jugendzentrum@uchte.de. E&W

GGG-Tagung: „Demokratie effektiv leben“

Extremismus und Populismus stehen zurzeit im Fokus vieler Debatten. Diesen Herausforderungen muss sich auch die Schule stellen – insbesondere dann, wenn sie sich als demokratiestiftend und inklusiv versteht. Eingebettet wird die Tagung der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule (GGG) (Motto: „Demokratie offensiv leben – unsere Antwort auf aktuelle Herausforderungen!“) in eine Veranstaltungsreihe mit den Frankfurter Gesamtschulen. Programm und Anmeldung (bis 20. Oktober) für die am 17. November in der Paul-Hindemith-Schule, Frankfurt am Main, stattfindende Tagung: www.ggg-bund.de.

Gerd-Ulrich Franz,
GGG-Bundesvorsitzender

STAMM Verlag E&W Verlagsreisen

Silvesterreise nach Danzig und Masuren

Mit der MS CLASSIC LADY in winterlicher Seenlandschaft

30.12.2017 - 05.01.2018 — 7-tägige Städte-/Schiffsreise

ab € 1.080,-
p. P. in Doppelkabine
zzgl. Flug nach Danzig
und zurück ab Warschau

Erleben Sie einen glanzvollen Jahreswechsel in der alten Hansestadt Danzig, wenn das „Juwel der Ostseeküste“ unter dem großen Silvesterfeuerwerk erstrahlt. Danach tauchen Sie ein in das außergewöhnliche Naturerlebnis, das Masuren im Winter bietet, und genießen die Ruhe und Beschaulichkeit im Land der tausend Seen. Sie unternehmen eine Schlitten- oder Kutschfahrt durch den Winterwald und eine Stocherkahnfahrt auf dem Urwaldflüsschen Kruttinna. Außerdem besuchen Sie die Halbinsel Popielno, auf der Urwildpferde, eine Rückzüchtung des Tarpans, ausgewildert wurden. Abgerundet wird das Programm von einer Führung durch die imposante Festungsanlage der Marienburg.

Das beinhaltet unsere Reise

- 3 x Übernachtung auf dem Schiff
- 3 x Übernachtung in Danzig im 4-Sterne Hotel
- 6 x Halbpension (Frühstück und Abendessen)
- 2 x Mittagessen in Masuren (davon 1 x aus dem Biwak-Topf)
- Transfers und Ausflüge mit im örtlichen Reisebus ab Danzig bis Warschau
- örtliche Reiseleitung ab Danzig bis Warschau
- Eintritte und Besichtigungen laut Programm
- Informationsmaterial (1 x pro Kabine)
- Sicherungsschein

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0
Veranstalter: ts|medialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

RECHT UND
RECHTSSCHUTZ
09/2017

Informationen der
GEW-Bundesstelle für Rechtsschutz.
Verantwortlich: Katrin Löber,
Volker Busch, Gerhard Jens
69. Jahrgang

Foto: zplusz

Unbefristeter Anspruch

// Erfolgreich klagte ein Beamter gegen die Befristung des Anspruchs auf Nachzahlung des Familienzuschlags für gleichgeschlechtliche Lebenspartner. Nach europäischem Recht ist der Anspruch weder zeitlich begrenzt noch verjährt. Das bestätigte das Oberverwaltungsgericht (OVG) Niedersachsen. //

Das Land Niedersachsen muss einem Lehrer nachträglich einen Familienzuschlag für vier Jahre zahlen. Der Einwand des Landesversorgungsamtes, der in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft lebende Beamte habe die Ansprüche nicht rechtzeitig geltend gemacht, blieb vor Gericht erfolglos. Der Anspruch sei weder auf das laufende Haushaltsjahr begrenzt noch verjährt, urteilte das OVG Niedersachsen.

Der Kläger hatte einen Familienzuschlag rückwirkend für die Zeit vom 16. Juli 2004 bis zum 30. September 2008 gefordert. Im Juli 2004 hatte er eine eingetragene Lebenspartnerschaft geschlossen; am 16. April 2009 hatte er dies dem Versorgungsamt gemeldet. Das Amt bewilligte den Zuschlag dann lediglich ab dem 1. Oktober 2008. Den Widerspruch des Lehrers wies es mit der Begründung ab, dass er die Leistung nicht rechtzeitig beantragt habe. Das OVG sprach dem Mann den Zuschlag für den geforderten Zeitraum jedoch zu. Begründet, so das Gericht, sei der Anspruch in der europäischen Richtlinie zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf aus dem Jahr 2000 (RL 2000/78/EG). In dieser gibt die Europäische Union (EU) ihren Mitgliedstaaten einen allgemeinen Rahmen gegen Diskriminierung wegen Religion, Weltanschauung, Behinderung, Alters oder sexueller Neigung vor. Die Regelung zum Familienzuschlag im Niedersächsischen Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz widerspricht nach Auffassung des OVG dem Gleichbehandlungsgrundsatz und setzt die EU-Richtlinie nicht vollständig um. Für verpartnerte Beamte sei das Verfahren für die Zahlung des Familienzuschlags ungünstiger als für verheiratete: Nach dem niedersächsischen Gesetz besteht ein Anspruch auf Nachzahlung für verpartnerte Beamte erst ab dem Jahr, in dem diese den Anspruch geltend machen. „Eine solche zeitliche Einschränkung sieht die Richtlinie 2000/78/EG aber nicht vor“, stellte das Gericht fest. Der Familienzuschlag stehe Beamten, welche die Voraussetzungen erfüllten, zu, ohne dass sie einen Antrag stellen müssten. Wenn von verpartnerten Beamten ein Antrag verlangt werde, stelle sie das schlechter, urteilte das OVG. Da der Zuschlag Bestandteil der Besoldung sei, müsse die Behörde ihn rückwirkend für den Zeitraum ab der Eheschließung beziehungsweise der Gründung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft zahlen – nicht erst ab dem Beginn des Jahres, in dem der Familienstand angezeigt wurde. „Der niedersächsische Erlass, der die rückwirkende Zahlung des Familienzuschlags nur ab dem Beginn des Haushaltsjahrs vorsieht, in dem die Verpartnerung angezeigt worden ist, schränkt deshalb unzulässig den Anspruch der verpartnerten Beamten unmittelbar aus der Richtlinie 2000/78/EG ein.“ Verjährt ist der Anspruch des Klägers nach Einschätzung des OVG auch nicht. Die Verjährungsfrist habe nicht mit dem Beginn der eingetragenen Lebenspartnerschaft 2004 eingesetzt, entschied das Gericht und berücksichtigte dabei die verworrene Rechtslage. Die Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft sei bis 2009 in den nationalen Beamtenbesoldungsgesetzen nicht vorgesehen gewesen. Das habe sich erst geändert, nachdem das Bundesverfassungsgericht über die Hinterbliebenenversorgung von Lebenspartnern und Ehepaaren entschieden hätte. Infolgedessen könnte auch die Verjährungsfrist frühestens Ende 2009 eingesetzt haben, entschied das OVG. Der Kläger habe 2012 rechtzeitig vor Ablauf der dreijährigen Frist den Zuschlag beantragt.

Barbara Haas,
freie Journalistin

Oberverwaltungsgericht Niedersachsen vom 24. November 2015 – 5 LB 81/15

Widerstand will gelernt sein

// Die Welt von heute benötigt den mündigen Bürger: der Nein sagt, widerspricht, wenn nötig einschreitet. Die gute Nachricht ist: Wer heute widersteht, muss nicht mehr um sein Leben fürchten. Was es allerdings braucht, ist solide politische Bildung. //

Der Ruf nach Widerstand ist populär: gegen die Herrschaft von Banken, das Finanzkapital, Freihandelsabkommen, aber auch gegen „Islamisierung", „Lügenpresse", „Volksverräter". Solche Appelle fordern auch die vorherrschende Bildungspraxis heraus – in der es meist eher um Anpassungen an Gegebenes geht. Ist Mündigkeit ohne die Fähigkeit, Nein zu sagen, ohne die Kompetenz zum Widerstand* also, überhaupt möglich? Wann ist Widerstand gerechtfertigt oder gar geboten? Und wie können die Voraussetzungen für widerstandskompetente Mündigkeit erworben werden?

Nach Immanuel Kant bedeutet Mündigkeit, sich auf die Vernunft zu besinnen und selbst zu denken. Mündige Menschen lassen sich weder durch Menschen noch durch Strukturen instrumentalisieren. Dies beginnt damit, dass der Mündige etwa Werbebotschaften, Leitbilder oder Ideologien nicht ungeprüft übernimmt. Das ist der Startpunkt zu weiteren Schritten: etwa zu widersprechen, wo Zustimmung erwartet wird, oder einzuschreiten, wenn Inakzeptables geschieht.

Wer in seinem Widerstand gegen Instrumentalisierungsversuche konsequent ist, der wird zudem andere anstiften. Der konsequent Widerständige wird sich in jene Prozesse einmischen, in denen Informationen, Geld und Macht verteilt und Spielregeln definiert werden. Er wird nicht nur für ein anderes Verhalten, sondern auch für andere Verhältnisse kämpfen – wenn es seine Vernunft gebietet. Das macht deutlich: Widerstand ist nichts für Feig- und Schwächlinge. Je stärker jemand innerlich ist, desto leichter tut er sich. Mündigkeit erfordert also Bedingungen, die Menschen zu starken Persönlichkeiten werden lassen – in Familien, Schulen, Medien etc. Wer widerstandsfähig ist, muss aber auch wissen, wann genau diese Fähigkeit zum Tragen kommen darf, soll oder muss. Widerstandskompetenz als Teilkompetenz von Mündigkeit erfordert eine solide politische Bildung. Geschärft werden muss vor allem das Bewusstsein für den wichtigen Unterschied zwischen Werten (Menschenwürde, Menschenrechte) und Strukturprinzipien (Rechtsstaat, Demokratie, Sozialstaat) einerseits, die wir aus guten Gründen als Maßstäbe für unser politisches Urteilen und Handeln anerkennen, und all jenen Normen und Standards, die eher unverbindlich und veränderbar sind, mögen sie auch noch so sehr als alternativlos gelten. Widerstandskompetenz mündet also in eine leidenschaftliche politische Haltung, verbunden mit politischem Differenzierungsvermögen.

In Deutschland wird das Widerstandsthema oft lediglich mit dem Nationalsozialismus in Verbindung gebracht. Welch ein Irrtum! Auch heute gibt es reichlich Gründe, zu widerstehen! Jeder kann wissen, wenn er es denn will, dass unsere Wirtschaftsweise die ökologischen Grenzen unseres Planeten überschreitet, dass die Armen der Welt durch ihre spottbillige Arbeit den Reichtum der Reichen erst ermöglichen, dass immer mehr Menschen gezwungen sind, in anderen Ländern Zuflucht zu suchen, dass die Welt nicht friedlicher geworden ist und dass auch in den westlichen Gesellschaften das Vertrauen in die normativen Grundlagen der Aufklärung schleichend erodiert: zugunsten eines handfesten Nützlichkeitsrassismus, verbunden mit dem Recht des Stärkeren. Anders als zu Zeiten des Nationalsozialismus muss, wer sich heute widersetzt, nicht um sein Leben, sondern höchstens um seine Bequemlichkeit und seine Karriere fürchten. Lasst uns also Sand in dieses menschenverachtende Getriebe streuen. Solche Widerständigkeit ist bitter nötig – und kann unser Leben obendrein bereichern.

Fritz Reheis,
Akad. Dir. i. R., Lehrbeauftragter am Lehrstuhl Allgemeine Pädagogik der Otto-Friedrich-Universität Bamberg

***Der Autor ist Mitherausgeber des Sammelbands „Kompetenz zum Widerstand. Eine Aufgabe der politischen Bildung", Schwalbach/Ts. 2016.**

Problem noch nicht gelöst

(E&W 4/2017, Seite 6 ff.: Schwerpunkt „Berufswahl: Was will ich werden?“

Das Thema Berufswahl, Berufsorientierung, Studienorientierung etc. ist seit Jahrzehnten, trotz des umfangreichen bundesweiten Programms „Schule – Wirtschaft/Arbeitsleben“ von 1999 bis 2007, ein nicht hinreichend gelöster Dauerbrenner in den und der allgemeinbildenden Schulen. Dort ist diese Aufgabe im Rahmen des Bildungsauftrages von der Grundschule bis zum Gymnasium zu lösen. Nicht hinreichend heißt, dass es zwar viele Schulen gibt, in denen versucht wird, das Thema fachübergreifend und fächerverbindend zu lösen, längst jedoch nicht in allen Kollegien. Offensichtlich scheinen die Ergebnisse, ebenso wie die vielen Modellversuche, in den ministerialen Akten zu ruhen und an Schulen inzwischen vergessen zu sein. In dem Programm, aber auch in dem Wettbewerb „Fit für Leben und Arbeit – neue Praxismodelle zur sozialen und beruflichen Integration von Jugendlichen“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 2002, wurden bereits die Fragen und Probleme aufgegriffen, die in den Beiträgen in E&W – leider ohne Berichte aus erfolgreichen Schulen (das Berufskolleg zählt dabei als Beispiel nicht, weil das nachsorgt) – angesprochen werden. Es gehe, so Prof. Dieter Timmermann auf der Abschlusstagung von SWA 2007 u. a. darum, gemeinsame Orientierungsmaßnahmen von allgemein bildenden Schulen mit Partnern aus Ausbildungsbetrieben, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Weiterbildungseinrichtungen, Schulverwaltungen, Hochschulen oder berufsbildenden Schulen innovativ, nachhaltig wirksam und transferierbar anzustreben. Programmleiter Gerd Famulla führte zu den erreichten Erkenntnissen u. a. aus, dass der Begriff der Berufsorientierung gegenüber seiner Verengung auf Berufswahlunterricht zu erweitern sei, die Arbeits- und Berufsorientierung bzw. das Übergangsmanagement – durchaus in Kooperation mit Arbeitsagenturen und Betrieben – stärker in die Schulen zu verlagern und dort auszubauen sei. Arbeits- und Berufsorientierung im erweiterten Sinne könne nur gelingen, wenn sie als Aufgabe der ganzen Schule begriffen wird. Zum Schluss betonte Famulla, dass Arbeits- und Berufsorientierung eine genuin kooperative, gemeint ist interdisziplinäre, Bildungsaufgabe sei. Insgesamt gingen dieses umfassende Programm und die Ergebnisse weiter, als die Ausführungen der verschiedenen Wissenschaftlerinnen zehn Jahre später vermuten lassen.

Dieter Hölterhoff, Hamburg

Woher kommt die Kompetenz?

So lobenswert es ist, dass Berufsorientierung zur Kernaufgabe der gesamten Schule aller Schulformen in den Bundesländern gehört, so beklagenswert ist es, dass etliche Kollegen ja nur Schüler – Student – Lehrer sind. Woher nehmen die Kollegen eigentlich ihre Kompetenz zur Begleitung der berufsorientierenden Maßnahmen ihrer Schülerinnen und Schüler? Die systemische Ausbildung zu Berufs- und Studienorientierung gehört in die Lehrer- sowie in die Sozialpädagogikausbildung an den (Fach-)Hochschulen, ehe es eine Diskussion über Rollenklischees und Geschlechterstereotype geben kann.

Lutz Wedel, Elbe

Unpassendes Schlusswort

(E&W 4/2017, Seite 28 f.: „Verheerende Bilanz des Neoliberalismus“)

Guter Artikel, wiederum, bis auf den Schluss: „Die Lösung für die durch diese neoliberale Politik ausgelösten Krisen liegt in einem Wiederaufbau des Wohlfahrtsstaates über massive staatliche Ausgabenerhöhungen – vor allem in Bildung.“ Ein Schlusswort, das ich sehr unpassend finde. Es ist durch Wiederholung nicht besser geworden. Hieße es: „Eine Lösung für die durch diese neoliberale Politik ausgelösten Krisen wird es ohne [einen Wiederaufbau des Wohlfahrtsstaates und] eine massive Erhöhung der staatlichen Ausgaben für Bildung [bei gleichzeitigen Einsparungen an anderen Stellen sowie Einnahmenerhöhungen] nicht geben“ – ich wäre einverstanden.

Sebastian Zschernig, Pirna

Ad absurdum geführt

(E&W 5/2017, Seite 25 f.: „Gegner des Nationalsozialismus“)

Die Bundes-GEW gab im November bekannt, dass „unabhängige Historikerinnen und Historiker“ die Geschichte der GEW erforschen sollen. GEW-Vorsitzende Marlis Tepe versicherte, die Bildungsgewerkschaft werde die „Forschungsresultate ergebnisoffen diskutieren und bewerten. Im Rahmen dieses Projekts soll auch zur Vita des ersten GEW-Vorsitzenden Max Traeger geforscht werden“. Doch ohne dies abzuwarten, wurde ein Artikel platziert, der als Ergebnis präsentiert: Max Traeger „Gegner des Nationalsozialismus“. Der Verfasser Hans-Peter de Lorent ist eindeutig kein unabhängiger Wissenschaftler. Früher war er Vorsitzender der GEW Hamburg. Nun soll ausgerechnet er über einen noch früheren Vorsitzenden der GEW Hamburg urteilen. Sein Artikel ist denn auch nicht „ergebnisoffen“, sondern apologetisch. So bezeichnet er z. B. die DDP, der Traeger angehörte, deren Abgeordnete 1933 für das Nazi-Ermächtigungsgesetz gestimmt haben, gar als „linksliberale Partei“. Hätte die E&W schon jetzt etwas zu Max Traeger bringen wollen, dann hätte sie jedenfalls auch der Gegenposition Raum geben müssen, welche die Umbenennung der Max-Traeger-Stiftung fordert. Das ist ein minimaler Standard fairer Auseinandersetzung. Mit diesem Artikel als „Startschuss“ wurde das berechtigte und nötige Anliegen aber völlig ad absurdum geführt.

Wolfgang Häberle, Aschaffenburg

Chance vertan

(E&W 5/2017, Seite 38 f.: „Kein Hollywood-Movie“)

Outsourcing ist vielleicht nötig gewesen, um diese Rezension zeitlich passend ins Heft zu setzen, aber dass sogar in einer Zeitschrift für Lehrer zum Thema Schule Nicht-Lehrer über Unterricht schreiben, ist enttäuschend. Denn man findet die üblichen Klischees und noch schlimmer: die üblichen unlogischen Schlussfolgerungen. Kreuzberg ist hedonistisch und unangepasst, Schüler sind faul (respektive: halten sich dafür), haben Angst vor Mathe, das Schulsystem ist unflexibel. Schülerinnen und Schüler, die scheitern, sind „gegen den Strich gebürstet“ (!?) oder „ticken eben ein bisschen anders“. Geschwafel von Journalisten, die meinen, Schule zu kennen, weil sie selbst mal auf eine gegangen sind. Zu Ende zu denken, wurde dort wohl nicht gelehrt. (Ich gebe zu, dass das auch nicht das Übliche ist.) Die Kernbotschaft des Films ist ja wohl: Glaube, Liebe, Hoffnung. Dass das „nichts Besonderes“ sein soll, ist eine der Fehlannahmen in diesem Artikel. Es gibt weitaus mehr Lehrkräfte, die an den Misserfolg ihrer Schülerinnen und Schüler glauben, als solche, die vor allem das Potenzial sehen. Wenn also die innere Haltung der Lehrkräfte ausschlaggebend ist: Wieso sind dann am Ende Familienverhältnisse, persönliche Schwierigkeiten, Unreife und Pubertätsprobleme für das Scheitern der Jugendlichen verantwortlich?

Wenn die positive Haltung der Lehrkräfte zu ihren Schülerinnen und Schülern und ihr Interesse am Einzelnen zu besseren Leistungen führen (was absolut richtig ist), dann müsste sich der Blick auf die Auswahl der Lehramtskandidaten und auf die Ausbilderinnen und Ausbilder (nicht: Ausbildung) richten. Wer selbst wie ein unliebsamer Untertan misstrauisch beäugt und gern mal gemaßregelt und sogar öffentlich gedemütigt wird („faule Säcke“), dem wird eine positive Haltung gegenüber seinen eigenen „Untergebenen“ zumindest sehr schwer gemacht. Entmutigende Bedingungen an Schulen ist ein Dauer-Thema in E&W. Warum verschenken Sie dann eine solche Gelegenheit, das Thema an einer wichtigen Stelle sachkundig zu beleuchten?

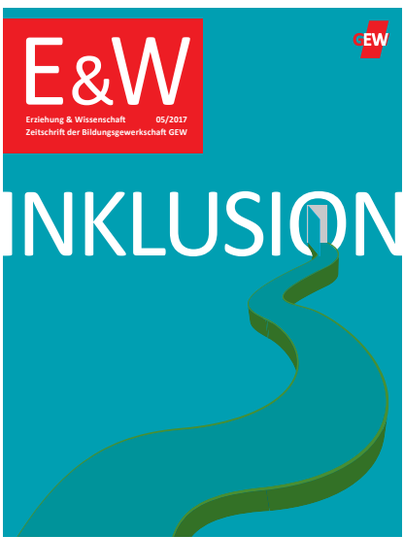
Micaela Grohé, Berlin

Unsichtbare Frauen

(E&W 5/2017, Seite 44: „Wenn ich groß bin, werde ich Humankapital!“)

Frauen werden von der GEW unsichtbar gemacht! Es ist mehr als ärgerlich, wenn in einem Artikel beschrieben wird, dass Lehrbücher der Volkswirtschaftslehre mit Deutungsmustern – sogenannten Frames – arbeiten, welche unser Entscheidungsverhalten beeinflussen. Zu diesem Thema haben zwei Professorinnen, Silja Graupe und Elisabeth Wehling, geforscht. Zu sehen sind sie nicht! Stattdessen platziert die E&W Prof. Sascha Spoun im Bild, der sich für den interdisziplinären Ansatz in der Ökonomie stark macht. Einsatz für Geschlechterdemokratie – wie ihn die GEW laut Satzung propagiert – sieht anders aus.

Elke Gabriel, Frauenvertreterin der Senatsbildungsverwaltung in Berlin



Keine Aufgabe der GEW

(E&W 6/2017, Seite 16: „Diametral zur AfD – aktiv gegen rechts“)

Der Gewerkschaftstag 2017 hat die GEW-Mitglieder aufgefordert, sich „Aktiv gegen rechts“ zu engagieren. Mir war nicht klar, was an dem Begriff „rechts“ so schlimm sein soll, und so habe ich gegoogelt. Das österreichische „Politiklexikon für junge Leute“ definiert „rechts“ wie folgt: „Rechts steht für ein Demokratieverständnis, bei dem innerhalb der Demokratie die individuellen Freiheiten wichtiger sind als Gleichheit.“ Vorsichtshalber habe ich noch ein Lexikon herangezogen, das von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegeben wird. Dort werden als „rechte Werte“ genannt: „Betonung der Unterschiede, Autorität, Distanz, geregelte Umgangsformen, das ‚Sie‘, Disziplin, das Nationale.“ Ich denke, die GEW hat genügend Aufgaben. Der Kampf gegen „rechts“ gehört nicht dazu.

Rolf Schikorr, Berlin

Kein Parteienbekenntnis!

Unsere Delegierten lehnten bei dem GEW-Gewerkschaftstag im Mai in Freiburg den Antrag ab, die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft mit einem Parteienbekenntnis zu verknüpfen. Ein Glück. In der DDR brachte mich diese Verknüpfung zum Gewerkschaftsaustritt.

Über das klare Veto gegen den Antrag auf Satzungsänderung (Beschluss 1.5*) wird in der E&W so berichtet, dass bereits die Überschrift „Diametral zur AfD“ erkennen lässt, dass die Autorin nicht das Veto, sondern die abgelehnte Vorlage befürwortet. Entgegen ihrer Aussage richtet sich der Beschluss nämlich gegen „Gruppierungen, die die Gleichheit aller Menschen bestreiten“, gegen „rechtspopulistische Parteien“ und gegen „Gruppierungen der extremen Rechten“ – dass ein Charakteristikum auf die AfD zuträfe, wurde hingegen nicht beschlossen.

Mich in dem Sinne vertreten zu sehen, dass ein GEW-Mitglied eine Parteienpräferenz hätte, gleich welcher Art, lässt mich um unsere politisch freie Gewerkschaft sorgen. Dass ich nicht Mitglied der AfD bin und sie auch nicht wähle, ist dabei völlig gleichgültig: Ich möchte die gesellschaftliche Mittlerrolle meiner Gewerkschaft stärken und mich nicht politisch bevormunden lassen. Wenn ich mich politisch engagieren will, trete ich in eine Partei ein. Parteien und Gewerkschaften müssen getrennt bleiben. Ich bedanke mich bei den Delegierten für ihren weisen Beschluss.

Hanno Steinke, Taucha

***www.gew.de/beschluss-1-5-PDF**

Strahlung: Reale Gefahr

(E&W 6/2017, Seite 25: „Digitalisierung kritisch und konstruktiv mitgestalten“)

Auf dem GEW-Gewerkschaftstag im Mai in Freiburg wies ein Delegierter auf die Gefahren für die Gesundheit durch

von mobilen Endgeräten ausgehende Strahlung hin. Diese Gefahr ist real. Sie besteht nicht nur durch die Strahlung von Tablets und Smartphones, sondern auch durch jene, die von W-Lan-Zugangsstellen (Access Points, Router) ausgeht. So entsteht ein andauerndes Strahlengewitter.

Für weitere Informationen empfehle ich die Website der Kompetenzinitiative zum Schutz von Mensch, Umwelt und Demokratie e. V. (www.kompetenzinitiative.de) sowie jene des Vereins Diagnose Funk e. V. (www.diagnose-funk.org). Da ich selbst mittelgradig elektrosensibel bin, arbeitslos und chronisch krank, empfehle ich auch den Artikel „W-Lan und Elektrosmog zwangen sie zum Umzug – Diagnose Elektro-Hypersensibilität (EHS)“ (www.diagnose-funk.org/publikationen/artikel/detail&newsid=1201) sowie das Thema „Digitale Medien“ (www.diagnose-funk.org/themen/digitale-medien). Als Alternative empfehle ich den Verantwortlichen in den Schulen sowie den Gewerkschaften, ihren Vertrauensleuten und den Personalräten, die für Arbeitsschutz zuständig sind, sich über die ungefährliche Visible Light Kommunikation (VLC) (www.diagnose-funk.org/themen/mobilfunk-alternativen/visible-light-communication) zu informieren und alles daran zu setzen, dass die W-Lan-Technik so lange verhindert wird, bis VLC-Endgeräte auf dem Markt sind. Die von der Fraunhofer-Gesellschaft entwickelte Technik ist marktreif. Hersteller in Asien haben technische Standards und Normen gesetzt, es fehlt nur die Unterstützung der Politik. Scheinbar wollen Mobilfunkbetreiber und Gerätehersteller nicht von ihrer Gewinnabsicht mit eindeutig schädigender Technik abrücken. Also müssen sie durch gesellschaftlich relevante und wirkmächtige Organisationen dazu gezwungen werden. Die GEW sollte sich – wie bei anderen gesellschaftlichen Themen – im Interesse ihrer Mitglieder und Kollegen und vor allem im Sinne der empfindlichen kindlichen Gehirne engagieren. Mir ist nicht mehr viel Kraft gegeben, dies zu tun. Dazu braucht es gesunde und engagierte Menschen.

Thomas Kleber, Taufkirchen/Vils

Mythen, allerorten

(E&W 6/2017, Seite 41: „Realitätsfremde Bedenken“)

Der Beitrag zur Einkommensteuer bildet eher „Mythos contra Mythos“ als „Fakten contra Wirtschaftsmythen“ ab. Fakt ist, dass Millionäre in Frankreich 2013 und 2014 75 Prozent Einkommensteuer zahlen mussten – was jedem Franzosen etwa einen Eurocent pro Tag einbrachte. Nun konnte der Ökonom Thomas Piketty das beim Verfassen seines 2013 erschienenen Buchs „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ nicht wissen. Fakt ist aber auch: In Deutschland galten unter den Bundeskanzlern Helmut Schmidt (SPD) wie Helmut Kohl (CDU) 56 Prozent Spitzensteuer (zuletzt mit Soli) ab einem Einkommen von etwa 55 000 Euro pro Jahr. Dadurch war damals die Ungleichheit (Gini-Index) der verfügbaren Einkommen in Deutschland deutlich niedriger als heute mit 47,5 Prozent ab Viertelmillion (mit Soli). Nur von Top-Verdienern mehr zu verlangen, nutzt wenig.

Dietrich Stauffer, Köln

Pädagogisches Ethos?

(E&W 6/2017, Seite 42 f.: „Aktiv gegen Abschiebung“)

Die Gesprächspartner der GEW sind Verbandsmuslime, Debatten mit liberalen/säkularen Muslimen vermeidet sie. Sie positioniert sich pro Lehrerinnen-Kopftuch und illustriert ihre Magazine mit kopftuchtragenden Schülerinnen. Nun ruft die GEW zum politischen Widerstand auf – aus „pädagogischem Ethos“ sollen Lehrer gegen Abschiebung aktiv werden. Das hätte „in der Vergangenheit schon viel bewirkt – und immer wieder die Abschiebung von Kindern und Jugendlichen verhindert“. Rät die GEW allen Ernstes zum Widerstand gegen Gerichtsentscheidungen? Ich empfehle dringend den Beitrag von Julian Nida-Rümelin „Zur Legitimität von Grenzen“. Dort steht: „Eine unregulierte Migration steht in der Tradition der Freihandelsideologie. Sie zerstört den Sozialstaat und untergräbt politisches Handeln im Nationalstaat. Globale Armut bekämpft sie nicht“ (erschienen in: Über Grenzen denken. Eine Ethik der Migration, Hamburg 2017).

Karola Blume-Kullmann, Ettlingen

Männer-Mangel

(E&W 7-8/2017, Gesamtausgabe)

Ist eigentlich jemandem aufgefallen, dass in der Juli-/August-Ausgabe der E&W als unmittelbar pädagogisch Handelnde fast nur Frauen abgebildet wurden? Die abgebildeten Männer sind entweder Ausländer (Afrikaner, Araber) oder vertreten andere Bereiche. Ist das ein zutreffender Spiegel der Wirklichkeit?

Regina Neumann, Marburg

Ehemalige Täter!

(E&W 7-8/2017, Seite 4: „Erster Lehrstuhl für Holocaust-Forschung“)

Der Text fordert mit einem Zitat des hessischen Wissenschaftsministers Boris Rhein (CDU) zum Widerspruch heraus: „Gerade im Land der Täter darf es kein Vergessen geben.“

1. Der Begriff „Land der Täter“ vermittelt Ausschließlichkeits- wie Ewigkeitscharakter durch die Tatsache, dass im Präsens formuliert wird und nicht im Perfekt. Damit wird Schuld bis in weit entfernte Generationen festgeschrieben. Sauber formuliert müsste vom „Land der ehemaligen Täter“ gesprochen werden.
2. Allerdings bildet auch das „Land der ehemaligen Täter“ die Realität nicht genau ab. Hunderttausende standen dem Hitler-Regime entgegen, waren ungehorsam und leisteten Widerstand, im Großen und Kleinen. Denken wir an Georg Elser, die Edelweißpiraten, Sophie Scholl, Wilhelm Krökel, den Betriebsratsvorsitzen-

STAMM Verlag E&W Verlagsreisen

Musikalischer Jahreswechsel in Erfurt

30.12.2017 - 02.01.2018 — 4-tägige Musikreise

ab € 698,-
p. P. im Doppelzimmer
EZ-Zuschlag € 120,- p. P.

Inklusive: Neujahrskonzert im Theater Erfurt, Orgelkonzert und Silvesterfeier im Hotel

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter
www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung 0521 / 96768-0

Veranstalter: ts|medialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN

Von hier an geht es aufwärts

Am „grünen Gürtel“ von Baden-Baden bieten wir Ihnen:
- Intensiv und **individuell** ausgerichtete Einzel- /Gruppenpsychotherapie
- sicheres **Auffangen von Krisen**, kreative Stärkung Ihres **Potentials**
- Förderung der **Bewegungsfreude**, erlebnisintensive Aktivitäten
- moderne Einzelzimmer und **Genießer-Küche** mit Restaurantcharakter
- Wir behandeln die gängigen psychotherapeutischen **Indikationen**

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Telefon: 07221/39 39 30

Gunzenbachstr. 8, 76530 **Baden-Baden**
www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

TimeTEX

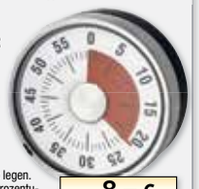
So leben Lehrer/innen leichter

System-Schulplaner
A4-Plus 2017/2018
- Wochenübersicht auf 2 Seiten, senkrecht
- Jahres- und Projektplaner
- bis zu 12 Klassen à 6 Seiten

Art. 10750-43

nur 9,95 €

Zeitdauer-Uhr „Automatik“
Compact
Gutschein-Code: EW6227
Art. 61970-43
statt 9,95 €
nur 8,00 €



Artikel in den Warenkorb legen. Der Gutschein wird als prozentualer Rabatt (19,6 %) abgezogen. Gültig bis 31.10.2017.

nur 8,– € Sonder-Preis

TimeTEX Hermedia Verlag GmbH · 93337 Riedenburg · Tel. 09442 92209-0 · www.timetex.de

ZARB *Arbeitsblätter kreativ & schnell erstellen*

Das unentbehrliche Basiswerkzeug für Lehrkräfte: Mit ZARB erstellen Sie differenzierte Lernaufgaben aus deutschen oder fremdsprachigen Texten, alltagstaugliche Arbeitsblätter, die fördern und fordern.
Direkt im Textprogramm erzeugen Sie neue Rätsel, Lücken- und Fehlertexte, Schüttel- oder Schlangentexte und mehr. Kompetenzorientierte Übungen zu Wortschatz, Rechtschreibung, Grammatik, Satzbau, Textaufbau und Inhalt entstehen mit wenigen Mausklicks.

hans zybura software
Waldquellenweg 52 • 33649 Bielefeld • Fon 0521.45366590 • info@zybura.com • www.zybura.com

Jahn-Lederwaren

Lauter Einserkandidaten!
Lehrertaschen made by Jahn.
www.jahn-lederwaren.de

Eine kleine Anzeige.

Für eine große Tat.
Werden Sie Lebensspender.

Kämpfen Sie mit uns gegen Blutkrebs. Lassen Sie sich jetzt als Stammzellspender registrieren. Alle Infos zur Stammzellspende finden Sie unter **www.dkms.de.**

DKMS
Deutsche Knochenmarkspenderdatei gGmbH

DKMS Wir besiegen Blutkrebs.

schulfahrt.de Klasse Reisen.

Klasse Reisen. Weltweit.

z. B. **Gardasee**
7 Tage inkl. Prog.
mit Verona + Venedig
ab **229,–** €

z. B. **Dublin**
5 Tage inkl. Prog.
Flugreise
ab **279,–** €

Schulfahrt Touristik SFT GmbH
Herrengasse 2
01744 Dippoldiswalde

Ihr Reiseveranstalter
Tel.: 0 35 04/64 33-0
www.schulfahrt.de

Service-Center Frankfurt 069/96 75 84 17

FAPP - Frankfurter Arbeitskreis für Psychoanalytische Pädagogik e.V.
Institut für Weiterbildung und Forschung in Psychoanalytischer Pädagogik und Sozialer Arbeit

17. Fachtagung: Angst erleben - Herausforderungen und Bewältigungsmöglichkeiten im pädagogischen Alltag mit Vorträgen von
Dipl.-Psych. A. Staehle, Prof. Dr. Dr. R. Haubl, Prof. Dr. K. Gröning und Arbeitsgruppen

11. November 2017, Goethe-Universität, Frankfurt, Campus Westend
Info/Anmeldung: Tel.: 069 - 70 16 55, sekretariat@fapp-frankfurt.de

Weitere Infos/Fortbildungsangebote unter: www.fapp-frankfurt.de

den der Kriegsmarinewerft in Wilhelmshaven, oder meine Großmutter, die Bäuerin Margarete Adam, die ihr Mutterkreuz wutentbrannt auf den Misthaufen warf. Oder an die vielen Berlinerinnen und Berliner, die 4 000 jüdische Mitbürger lebend durch die Nazi-Zeit brachten. Sie alle beleidigt das Zitat des hessischen Ministers. Und was ist mit den vielen Kriegskindern – alles Täter? Zudem ist der Spruch rein männlich formuliert – was ist mit Frauen?

3. Schließlich formuliert der Minister das immer wieder zu hörende „... darf es kein Vergessen geben". Bereits Ende der 1970er-Jahre begann – praktisch in jedem Dorf und in jeder Stadt – ein schier unglaubliches, vor allem ehrenamtliches Aufarbeiten der Verbrechen der Nazis. Ausstellungen wurden gezeigt, Bücher geschrieben, Archive initiiert, Gedenkstätten errichtet, Veranstaltungen durchgeführt – ein bis heute andauerndes, zutiefst ehrenwertes Arbeiten. Hinzu kamen und kommen Forschungsarbeiten der Universitäten. Etwas Vergleichbares gibt es weltweit nicht.
4. Zudem ist die Thematik in den Lehrplänen der Schulen aller Bundesländer festgeschrieben, auch in Hessen.

Harmut Büsing, Wilhelmshaven

Kein Ganztag!

(E&W 7-8/2017, Seite 10: „Sehr durchwachsene Bilanz")

Wer, Herr Professor Bos, denkt eigentlich an die Lehrer?

Ich kann das Gequatsche über die Ganztagsschule nicht mehr hören! Nein, nein, nein, ich möchte NICHT bis zum Nachmittag in der Schule bleiben. Unter anderem deshalb, weil ich – bisher – Beruf und Familie gut verbinden konnte und die Flexibilität, am Nachmittag/Abend nach meinen Bedürfnissen arbeiten zu können, sehr schätze. Sonst hätte ich gleich einen – besser bezahlten – Beruf in der Wirtschaft wählen können.

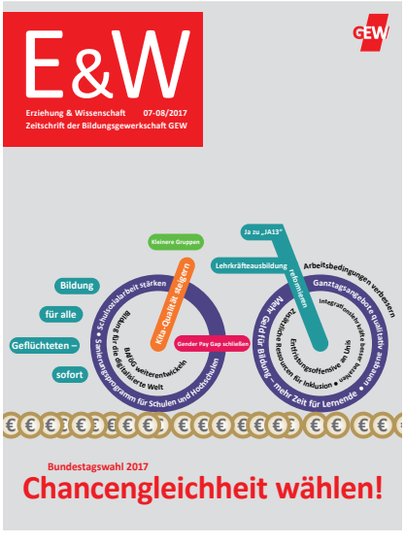
Norbert Maldener, Markt Indersdorf

JA 13 – für ALLE!

(E&W 7-8/2017, Seite 22 f.: „Mehr Mut zur Entgeltgleichheit!")

„Grundschullehrerinnen sollen genauso bezahlt werden wie die Lehrkräfte an anderen Schularten. Das fordert die GEW mit ihrer ‚JA13'-Kampagne ..." – so lautet die Bildunterschrift zu dem Artikel „Mehr Mut zur Entgeltgleichheit!". Wann wollen Sie eigentlich mal explizit darauf hinweisen, dass u. a. auch viele Realschullehrer/innen und auch viele Gesamtschullehrer/innen, die ausschließlich in der Sekundarstufe I unterrichten, ebenfalls nach A12 bezahlt werden? Dieses wird nur ganz selten erwähnt, oft genug aber gar nicht!

Mathilde Erling, Pulheim



Tieferliegende Probleme

(E&W 7-8/2017, Seite 34 f.: „Politik in die Pflicht nehmen")

Der anschaulichen Darstellung des Zustands unseres Schulsystems – vom Nachwuchsmangel und der Ausdünnung der universitären Ausbildung über die permanente Überforderung der Lehrkräfte durch immer neue Anforderungen und in verfallenden Gebäuden – kann jeder nur zustimmen. Natürlich muss die GEW die Politik in die Pflicht nehmen! Mehr Geld für die Bildung ist natürlich das politische Banner, hinter dem sich alle zusammenführen lassen.

Das verführt allerdings dazu, jene politischen Probleme auszublenden, die sich nicht mit Geld zuschütten lassen: Ist Inklusion lediglich eine Frage des Geldes – in einem Schulsystem, das ansonsten strikt auf frühe Aufteilung setzt?

Und ist es Zufall, dass sich in Thüringen gerade an der Regelschule ärmere und Jugendliche mit Migrationshintergrund konzentrieren? Dass die niedrigsten Gehälter dort gezahlt werden, wo Inklusion im weitesten Sinne längst Alltag ist – in der Grundschule und in jenen Schularten, in denen sich die Jugendlichen mit den größten Problemen konzentrieren? Auch die Vorstellung, wie Bildungsverwaltungen Rundschreiben zu der Frage entwickeln, wie zu entscheiden ist, wer Gymnasial- und wer Hauptschulbehinderter ist, möchte ich gar nicht weiterverfolgen! Das Thema ist zu ernst für satirische Scherze.

Wer die Politik in die Pflicht nehmen will, darf sich nicht darum drücken, die wirklichen politischen Probleme anzusprechen, möglicherweise aus Sorge, irgendjemandem – auch in den eigenen Reihen – auf die Zehen zu treten. Da gerät die Glaubwürdigkeit in Gefahr!

Thomas Isensee, Berlin

Lernunwilliger Murat

(E&W 7-8/2017, Seite 48: „Diesmal")

Ich möchte Bezug nehmen auf das Cartoon auf der letzten Seite. Auch der uninteressierteste Bürger hat so langsam mitbekommen, dass der größte Teil von „MURAT" und seinen „COUSINS" oder „BRÜDERN" wenig an Bildung interessiert ist. Das Erlernen der Sprache in einem Land, in dem ich unbedingt leben möchte, ist ja nun eine Grundvoraussetzung für Bildung. Die Statistiken sprechen eine andere Sprache. Wenn von einem Sprachkurs mit 25 Teilnehmern nach einer Woche noch 15 und am Ende lediglich noch fünf erscheinen, frage ich mich, ob E&W ihre Botschaft nicht weit verfehlt hat. Was dies noch zusätzlich mit dem Status von MURAT zu tun hat, erschließt sich mir absolut nicht. Fakt ist, dass der Bundesrepublik durch bildungsunwillige „MURATS" Millionen Euro verloren gehen.

Eckhard Dreyer, Reichenbach/Vogtland

E&W-Briefkasten
Postanschrift der Redaktion:
Gewerkschaft Erziehung
und Wissenschaft
Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.
E-Mail: katja.wenzel@gew.de
Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.

Klassenfahrten Versailles
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Andalusien
Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung. Für Wanderer ein Paradies.
T: 05171/16343 **www.la-ruca.de**

vinculum MUNDI
Ihre Reiseleiter in PARIS
für Klassenfahrten und Gruppenreisen
Stadtrundfahrten
Ausflugsprogramme
Rundreisen
erfahren
agenturunabhängig
preisgünstig
Tel.: +33 6 52 22 30 30
www.vinculum-mundi.com

• **Berlin – Stadtführungen**
• **Schülertouren mit dem Rad, zu Fuß, im Bus**
TRAVEL SITE
030-21805214
www.travelxsite.de

TOSCANA
Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl. Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041 info@aglioni.it, **www.aglioni.it**

Insel Rügen: Ferienwohnungen mit moderner Ausstattung in Putbus, für 2-4 Pers., mit Balkon, 2 Schlafzimmer, von privat, ruhig, sonnig, Natur pur, Tel. 038301 60289
www.alte-tischlerei-putbus.de

Klassenfahrten, Abi- & Studienreisen nach Berlin
www.berlinreisen.de

AGARIA TOURS
Fachveranstalter für Pragreisen
Entspannt auf Klassenfahrt!

Info: 040/2809590 • nachprag@agaria.de • agaria.de

Behutsam die Welt entdecken
✓ Fernreisen weltweit
✓ Studien- und Begegnungsreisen
✓ preiswerte Flugtickets für Schüleraustausch

www.Alternativ-Tours.de
Alternativ-Tours Otto-Suhr-Allee 59
Tel. (030) 21 23 41 90 10585 Berlin
AMERIKA • ASIEN • AUSTRALIEN

Seit 1966
Friesland Charter
Gruppenfahrten auf traditionellen Segelschiffen
Auf IJsselmeer und Binnengewässer
8 bis 60 Personen
• Klassenfahrten
• Wochenendarrangements
Familie Koopmans
De Slinke 19, NL 9011 WV Jirnsum
Ruf 0031-566-631604
An Bord 0031-6-50681864
E-mail: info@frieslandcharter.nl
Internet: www.frieslandcharter.nl
Klipper DE HOOP****

Symposium
„Alle(s) im Blick!"
Mittwoch, 22. November 2017
in der Akademie Heiligenfeld in Bad Kissingen
Erfolgreicher Umgang mit verhaltensauffälligen und traumatisierten Schülern
Akademie Heiligenfeld
... Bildung inmitten von Leben!
Akademie Heiligenfeld GmbH • Altenbergweg 6 • D-97688 Bad Kissingen
Telefon +49 (0)971 84-4600 • Telefax +49 (0)971 84-4220
www.akademie-heiligenfeld.de • info@akademie-heiligenfeld.de

Klassenfahrten London
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
london@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Die Wollmarshöhe
Klinik Wollmarshöhe
Akutfachkrankenhaus für psychosomatische Medizin
Kurzzeittherapie bei Burn-out und Stressfolgeerkrankungen
Für Privatversicherte, Beihilfeberechtigte, Selbstzahler
Stationär, teilstationär, ambulant
Therapeutisch-ganzheitliches Konzept - moderne Diagnostik und Therapieplanung
Neurologische und psychokardiologische Abklärung
Zeitgemäße Einrichtung und Ausstattung, schönes Ambiente, nähe Bodensee (Bodnegg)
Gerne senden wir Ihnen unser Exposé.
info@klinik-wollmarshoehe.de
Information / Auskunft:
07520 927-0
www.wollmarshoehe.de

Schullandheim im Nordschwarzwald
15 Autominuten von Baden-Baden entfernt liegt unser "Else-Stolz-Heim". Mit 41 Betten bietet es 36 Jugendlichen nebst Betreuern Platz und ist für Selbstversorger mit allem Komfort eingerichtet. In herrlicher Lage, mitten im Wald, nur 400 m von der Schwarzwaldhochstraße entfernt am Unterplättig, genießen Sie einen ungestörten Aufenthalt. Gute Wandermöglichkeiten bis auf über 1000 m Höhe (Badener Höhe) und im Winter Skisportmöglichkeiten. Lifte sind mit dem Bus erreichbar.
AWO Baden-Baden gGmbH Rheinstr. 164 76532 Baden-Baden
Tel. (0 72 21) 36 17-20 Fax (0 72 21) 36 17-50 www.awo-bb.de

Ihre Anzeige in der E&W
Telefon:
0201 84300-32

www.schulorganisation.com
Dokumentation · Organisation
Rechtssicherheit täglich

Berlin-Klassenfahrten
030 / 29 77 83 0
BERLIN UNLIMITED
Städtereisen International
4 Tage „Mittenmang - ein Streifzug durch Berlin" ab **89,00 €** p.P.
inkl. 3 x Ü/F, Stadtrundfahrt und Currywurst, Spreebootstour, "Unterwegs in Berlin" - junge Berliner zeigen Ihre Stadt
5 Tage „Grenzgänger" ab **105,00 €** p.P.
inkl. 4 x Ü/F, geführte Mauertour, Mauermuseum „Haus am Checkpoint Charlie", DDR-Museum, Führung durch das ehemalige Stasigefängnis
Telefon: 030 / 29 77 83 0
info@berlinunlimited.com
www.berlinunlimited.com

Wie Engel uns begleiten offenbart der Prophet Jakob Lorber! Sie können ein kostenloses Buch unverbindlich anfordern bei Helmut Betsch, Bleiche 22/58, 74343 Sachsenheim. Sie verpflichten sich zu nichts!

Diesmal

Sanierung dringend erwünscht!